

Wirtschaftsdemokratie neu denken – Eine Herausforderung angesichts der neuen Weltwirtschaftskrise

Helmut Martens

Dieter Scholz¹

Dezember 2010 / Januar 2011

¹ Der folgende Text ist entstanden in Anknüpfung an vielfältige aktuelle Debatten im Rahmen des Forums Neue Politik der Arbeit (www.FNPA.de). Ganz im Sinne dieses Dialogprojekts zwischen gewerkschaftsnaher Wissenschaft und außerwissenschaftlicher gewerkschaftlicher Praxis haben wir uns in gemeinsamer Autorenschaft darum bemüht, die Unterschiede des Zugriffs auf einen gemeinsam Gegenstand politischer und theoretischer Praxis produktiv zur Reibung zu bringen. Anregungen und konstruktive Kritik haben wir von vielen erhalten. Frieder Otto Wolf danken wir für zahlreiche Hinweise und eine kritische Lektüre des Manuskripts.

| | | |
|----|--|----|
| 1. | Vor den Herausforderungen der Krise - einleitende Bemerkungen..... | 5 |
| 2. | Vielfältige Krisenentwicklungen überlagern und verstärken sich wechselseitig - Krise und Macht im Shareholderkapitalismus (Wer zahlt die Zeche? Oder die Zuspitzung der Verteilungskrise / Mehrfach einander überlagernde ökonomische Krisenentwicklungen / Zerstörung von natürlichen Lebensgrundlagen / Inhumane Arbeitswelt / Krise der Demokratie / Krieg und Gewalt / Fazit) | 10 |
| 3. | Die widerständigen Kräfte und Potentiale gegen das „Weiter so“ der herrschenden Politik zur Geltung bringen (Widerstand, Selbstbehauptung, Demokratie / Arbeitsgesellschaft und demokratische Politik / Demokratie in der Ökonomie / Neue Wirtschaftsdemokratie als Herausforderung) | 22 |
| 4. | Neue Wirtschaftsdemokratie als Herausforderung: Aus Erfahrungen lernen und an Widersprüche anknüpfen..... (Markt/Plan, direkte/indirekte Steuerung in einer gemischten Wirtschaft / Staat, Demokratie, soziale Bürgerrechte / Lernen, Wissen, Emanzipieren / Kulturelle Auseinandersetzungen und demokratische Transformationen / Viele globale Praxen – und eine vorläufige allgemeine Definition der Fragestellung nach einer neuen Wirtschaftsdemokratie) | 33 |
| 5. | Historische Erfahrungen als Fundsachen - Global denken, lokal handeln: (Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie / Sozialstaat/Wohlfahrtsstaat / Regionale Strukturpolitik/Branchenpolitik / Potenziale der Unternehmensplanung Öffentliche/kommunale Unternehmen / Genossenschaften und Gemeinwirtschaft/ Solidarische Ökonomie, Belegschaftsinitiativen, alternative Ökonomie) | 41 |
| 6. | Anspruch und Wirklichkeit oder vom Anspruch zur Wirklichkeit? (Politische Passivität und Wirtschaftsdemokratie / Gewerkschaften, Klassenkonflikte und Wirtschaftsdemokratie / Die Gewerkschaften zwischen Institution und sozialer Bewegung / Von der Emanzipation am Arbeitsplatz zur Emanzipation in der Gesellschaft – von der politischen Tagesarbeit zur Transformation?) | 52 |
| 7. | Die Herausforderungen annehmen | 63 |
| | Literatur..... | 67 |

1. Vor den Herausforderungen der Krise – einleitende Bemerkungen

Wer sich einen klaren und historischen Blick auf die jüngste Etappe weltwirtschaftlicher Entwicklung trotz aktueller - speziell deutscher - Wachstumseuphorien à la „XXL“ erhalten hat, der weiß, dass es ein „Weiter so“ nicht geben wird. Diverse Interessenkonflikte, Indizien, Fakten und Analysen sprechen dafür, dass die jüngste und offensichtlich größte Weltfinanzkrise aller Zeiten in ihren Ursachen, Verwerfungen und langfristigen Auswirkungen in keiner Weise bewältigt ist und auch nicht bewältigt sein kann. (Schumann u.a., 2008, Krugman 2009, Altvater 2010) Die aufgeregten internationalen Diskussionen um Konjunktur und Wachstum, Euro - Rettungsschirm, Währungs- und Handelskrieg, Inflation, Stagflation, Deflation, neue Spekulationsblasen, Staatsverschuldungen und -bankrotte, Finanzmarktregulierung usw. machen dies auch im Jahr drei nach dem Ausbruch der Krise immer wieder deutlich. Die internationale Lage der Weltwirtschaft ist fragil und eine nachhaltige Regulierung globaler und nationaler Ökonomien (bzw. von entsprechenden ‚makro-regionalen Verbänden‘ wie der EU) ist nicht in Sicht.

Die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise hat selbst innerhalb der herrschenden Eliten von Wirtschaft, Politik und Medien die feste Überzeugung erschüttert, mit der nun schon über 30 Jahre währenden „neo“liberalen Erneuerung des Kapitalismus ein grandioses Zukunftsprojekt zu verfolgen. Der FAZ Herausgeber, Frank Schirrmacher, formuliert unter dem Schock der Krise: „Was Aktienbesitzern jetzt schwant, dass sie nach Jahren der Akkumulation nichts mehr besitzen, gilt ebenso für unser Handeln und Denken“ (FAZ, 4.10.2008 zit. nach Haug 2008, S.485). Als Konsequenz werden Forderungen nach einem „verantwortlichen Wirtschaften“, sozusagen im Rückgriff auf sozial-liberale (Goudevert 2008, Steinbrück 2010, Reuter 2010) oder auch ordo-liberale (vgl. Wolf/Ptak 2010) Orientierungen des alten „Modell Deutschland“, wieder laut.

Joseph Stiglitz hat nach Ausbruch der Krise das Argument vorgetragen, dass die Finanzkrise für den liberalen Marktfundamentalismus die gleiche Qualität haben wird, wie der Fall der Mauer für den Kommunismus. (Huffington Post, 16.9.2008) Wir haben es folglich mit einer systemischen Krise zu tun, die 20 Jahre nach dem „Ende der Geschichte“ - und dem damit vermeintlich endgültigen Sieg des Kapitalismus - erneut der Frage nach grundsätzlichen Regulierungen (und perspektivisch auch die nach Alterna-

tiven zur Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise) auf die Agenda der Weltpolitik und -geschichte setzt. Der Marktfundamentalismus ist zwar bis heute nicht verschwunden, die Krise neoliberaler Ideologie und Praxis hat aber zumindest „Diskussionsräume geöffnet, in denen (wieder) Alternativen entwickelt werden können“ (Altva-ter, 2008,492). Zugleich sind die Schwächen bereits der Formulierung und erst recht der politischen Formierung eines alternativen gesellschaftspolitischen Projekts un-übersehbar. Das gilt für alle fortgeschrittenen westlichen Länder auf je nationaler Ebe-ne und auf der internationalen bzw. auf der EU-Ebene erst recht. Zulauf finden in einer um sich greifenden Verunsicherung derzeit europaweit eher rechtspopulistische Strö-mungen. In einem Wort: kritische Geister, die in unserer medialen Öffentlichkeit noch prominent zu Wort kommen (vgl. z.B. Habermas 2008, Dahrendorf 2009) sind in unse-ren zunehmend unruhigen Zeiten zu recht beunruhigt. Aber eine Linke, die sich aus der eingetretenen Unruhe heraus überzeugend zu Wort meldet – insbesondere euro-päisch zu Wort meldet - ist kaum zu hören, da bei näherer Betrachtung der „Vorrat an konkreten Alternativen noch immer dürftig“ ist (Haug, 2008, 489).

Eine Möglichkeit den Vorratsspeicher etwas zu füllen, könnte der Versuch sein, den Begriff der Wirtschaftsdemokratie neu zu denken, d.h. sich ganz elementar zu fragen, was es heute bedeuten könnte, dass es in den ökonomischen Prozessen grundlegend demokratisch zugeht. Dies geschieht gegenwärtig bereits in unterschiedlichsten Dis-kussionszusammenhängen, auch zwischen Wissenschaft und Gewerkschaften (siehe weiter unten). Dazu wollen wir im Kontext der Diskussionen des Forums Neue Politik der Arbeit einen gemeinsamen Beitrag leisten. Der Zusammenhang dieses Themas mit der Geschichte der deutschen Gewerkschaften versteht sich dabei von selbst.

Die im Folgenden unterbreiteten Überlegungen mögen bei manchen kurzatmigen Kri-senkritikern angesichts jüngster wirtschaftlicher Trends schon wieder auf geringere Resonanz stoßen. Anderen mögen sie naiv anmuten, da wir angesichts gewaltiger ökonomischer und politischer Herausforderungen überhaupt den Versuch machen, über alternative Entwicklungsmodelle und -pfade nachzudenken, die dann auch noch die seit langem prägenden Grundlinien gewerkschaftlicher Arbeitspolitik in Deutsch-land ganz erheblich überschreiten. Bei einem solchen Vorgehen produziert man ja in der Tat eine nur schwer auszuhaltende Spannung zwischen dieser in vielfältige Wider-sprüche verwickelten arbeitspolitischen Praxis, ihrer konzeptionellen Reflexion und einem gedanklichen Vorgriff. Ein Vorgriff, der allein aus gewerkschaftlicher Praxis mit

Sicherheit nie einzuholen sein wird – wie auch immer man das politische Mandat der Gewerkschaften mit vielen guten Gründen beschwören mag. Folglich zieht man sich fast unvermeidlich den Vorwurf der „Traumtänzerei“ zu. Gleichwohl: jede und jeder, die heute zu einer Diskussion über zukünftige Perspektiven gewerkschaftlicher Arbeitspolitik beitragen wollen, sind angesichts der – im negativen ebenso wie im positiven Fall - sehr tiefgreifenden Verzweigungssituation zukünftiger Gesellschaftsentwicklungen, der wir gegenüberstehen, dazu gezwungen, diese Überlegungen in einen mehr oder weniger weit abgesteckten Rahmen von Vorstellungen gesamtgesellschaftlicher Veränderungswünsche oder -notwendigkeiten zu stellen.

Grundsätzliche gesellschaftliche Reflexionen und die Suche nach Alternativen bildeten außerdem schon immer den Handlungsrahmen, die Orientierung, die Perspektive, in denen gewerkschaftliche Arbeitspolitik in der Lohnfrage, den Fragen der Arbeitszeit, der Arbeitsbedingungen usw. letztlich vermessen wurde. Gewerkschaftliche Programmdebatten, wie immer man sie beurteilen mag, sind immer ein Ausdruck dessen, dass ein Spannungsverhältnis zwischen der Reichweite gewerkschaftlicher Praxis und den ihr zugrundeliegenden gesellschaftspolitischen Perspektiven besteht. Auch etwa die Diskussionen um neue Produktionskonzepte, Automation, Humanisierung der Arbeit, Mitbestimmung im Kontext von „Mehr Demokratie wagen“ (Brandt) und die Debatten um „wirtschaftlichen und sozialen Wandel“ haben in der Reformära der 70er Jahre beispielhaft davon gezeugt.

In Abhängigkeit von der Brisanz der gesellschaftspolitischen Situation waren diese Debatten stärker oder schwächer ausgeprägt. In den bisher noch wenigen konzeptionellen gewerkschaftlichen Debatten ist nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise die grundsätzliche Kritik am Shareholderkapitalismus auf stärkere Resonanz gestoßen. (Kapitalismuskongresse des DGB 2009/10, IG Metall 2009, Huber 2010) Es spricht viel dafür, dass entsprechende grundsätzliche Reflexionen wieder zunehmen werden – sei es, dass man als Gewerkschafterin / Gewerkschafter bezogen auf einen nationalen Handlungsrahmen auf die Neubelebung der Deutschland AG setzt, wie es die IG BCE mit ihrem Konzept des „Modell Deutschland – zuerst der Mensch“ versucht oder dass man, wie der Vorsitzende der IG Metall eine neue Ausbalancierung der Deutschen Wirtschaft durch Rückgriffe auf das „nordische Modell“ einerseits und Forderungen nach einem sozial-ökologischen New Deal andererseits anregt (Huber 2010).

Die Satzung der IG Metall bewahrt angesichts dieser Diskussion eine historische Spur gewerkschaftlichen Denkens, die bis kurz vor Krisenausbruch weitgehend verschüttet war und allein in der Montanmitbestimmung als „isolierter Pragmatisierung“ (Bosdorf 1982) einer ursprünglichen wirtschaftspolitischen und -demokratischen Gesamtkonzeption Bestand hat: Die „Demokratisierung der Wirtschaft“ ist Aufgabe und Ziel der IG Metall. So heißt es in ihrer Satzung und dies mit klarem politischem und ökonomischem Auftrag. (IGM Satzung S.9) Diese historische Spur findet sich auch im Grundsatzbeschluss des letzten DGB Bundeskongresses „Umdenken – Gegenlenken – Die Krise überwinden“ wieder. Unter der Überschrift „Mitbestimmung stärken, Wirtschaftsdemokratie ausbauen“ heißt es: „Mehr Wirtschaftsdemokratie bedeutet ein Mehr an betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung, eine demokratische Selbstverwaltung der Wirtschaft, plurale Eigentumsformen und eine bessere Regulierung und makroökonomische Steuerung“. Unabhängig von unterschiedlichen Vorstellungen zur Wirtschaftsdemokratie hat das „Ist“ bundesrepublikanischer Wirtschaftsrealitäten mit diesem gewerkschaftlichen „Sollen“ [es geht um Sein/Sollen, nicht Soll/Haben] nicht viel zu tun.

In diesem Zusammenhang ist von Interesse, dass es in jüngerer und jüngster Zeit in Bereichen der Wissenschaft, die sich den Gewerkschaften kritisch, solidarisch verbunden fühlen und auch in den Gewerkschaften selbst eine Wiederbelebung der Debatte um „Wirtschaftsdemokratie“ mit heterogenen inhaltlichen Vorstellungen gibt (Demirovic 2007, Beerhorst 2009, Forum Neue Politik der Arbeit 2009, Bontrup 2010, Dörre 2010, Hirschel/Schulten 2010, Huber 2010, Martens 2010, Meine/Stoffregen 2010, Detje/Martens/Schmitthenner 2010, Peter 2010, Urban 2010 und andere).

Gemeinsamer Ausgangspunkt dieser Debatte war bereits vor dem Ausbruch der jüngsten Krise die Überzeugung, dass das gegenwärtig herrschende kapitalistische System der Produktion und Reproduktion keine verallgemeinerbaren Zukunftsperspektiven für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung bietet und alternative Formen für Ökonomie und Gesellschaft notwendig sind. Die Krise hat diese Einsicht nur verstärkt. Angesichts des Desasters des realen Sozialismus ist aber auch klar, dass Alternativen nur in einer klaren demokratischen Perspektive zu denken sind: In der Perspektive von Demokratie und deswegen auch von Wirtschaftsdemokratie. Damit ist allerdings nur eine sehr anspruchsvolle Aufgabe als Frage formuliert und nicht etwa schon die Lösung greifbar.

Angesichts einer sehr wechselvollen achtzigjährigen Geschichte des Begriffs, in der er teilweise auch vollkommen bedeutungslos wurde, plädieren wir dafür, den Begriff „Wirtschaftsdemokratie“ angesichts der jüngsten Geschichte und aktuellen Lage radikal neu zu denken. Dies kann nur in einem kollektiven Arbeitsprozess von vielen geleistet werden – der sich den Inhalten der historischen Erfahrung des 20. Jahrhunderts stellt - und ist jedenfalls nicht als eine geradezu „messianische“ Leistung weniger Köpfe denkbar. Dieser Diskussions- und Arbeitsprozess hat offensichtlich begonnen aber er steht erst am Anfang und es gilt eine Vielzahl von Problemstellungen zu bearbeiten, wenn der Tiger des neuen Denkens nicht wieder einmal als Bettvorleger eines inzwischen sehr alten Common Sense im Rahmen der herrschenden Denkmuster enden soll. In diesem Sinne sind wir uns auch der Begrenztheit unserer eigenen Überlegungen bewusst und begreifen uns selbst (im Rahmen einer Debatte, zu der wir konstruktiv beitragen wollen) vor allem auch als weiter Lernende - die hier ihre bisherigen Überlegungen und Fragen zur Diskussion stellen und sie von diesen Ausgangspunkten her weiter entwickeln wollen.

Wir setzen zunächst bei den gegenwärtigen vielfältigen Krisenentwicklungen an, bei Entwicklungen von denen wir zwar wissen, dass sie den Handlungsrahmen nationaler Gewerkschaften überfordern, die aber unabweisbar die Grundlage für alle weiteren Betrachtungen bilden (Kapitel 2). Wir stellen dann erste Fragen nach gesellschaftlichen Kräften und Potentialen gegen ein „Weiter so – (Kapitel 3) und auch hier ignorieren wir erst einmal schlichtweg die Handlungsgrenzen von Gewerkschaften, die jeweils spezifisch im historischen Kontext zu bestimmen sind. Danach versuchen wir unser Thema, ausgehend vom Begriff der „Neuen Wirtschaftsdemokratie“ (Martens 2010), einzukreisen und einen begrifflichen Rahmen zu skizzieren, von dem aus dieses Problemfeld weiter zu bearbeiten wäre. (Kapitel 4). Danach gehen wir auf diejenigen Anknüpfungspunkte für neue wirtschaftsdemokratische Ansätze ein, die sich aus unserer Sicht aus der Geschichte, insbesondere aus den Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung ergeben (Kapitel 5). Abschließend werden wir einige Überlegungen dazu anschließen, wo heute ein widerständiges und alternatives Denken und Handeln gegenüber „dem stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ (Marx) - der heute systemtheoretisch eher als deren zwingender, geradezu naturgesetzlich gegebener Selbstlauf bezeichnet werden würde - ansetzen könnte und müsste (Kapitel 6). Wir beenden unsere Ausführungen dann mit einem knappen Resümee, das sich, den

Schwerpunktsetzungen des Beitrags entsprechend, mit den Fragen gewerkschaftlicher Politik beschäftigt, wie sie im Kontext unserer Überlegungen in den Blick kommen. (Kapitel 7)

2. Vielfältige Krisenentwicklungen überlagern und verstärken sich wechselseitig - Krise und Macht im Shareholderkapitalismus

Die jüngste Weltwirtschafts- und Weltfinanzkrise wird von vielen Beobachtern zu Recht als eine „große Krise“ angesehen, die nur im Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise von 1929ff. angemessen verstanden werden könne (Zinn 2009, Krugman 2009) bzw. durch ihre Komplexität und Verschränkung mit anderen Krisen noch viel problematischer ist. (Altvater 2008 u. 2010) Die angebotsorientierte Mainstream-Ökonomie und die herrschende Politik scheuen diesen Vergleich und haben mit ihren Lösungsbemühungen erneut den Primat der Ökonomie reproduziert, d.h. die Herrschaft der Ökonomie über Gesellschaft und Politik, wie sie sich historisch im Kapitalismus herausgebildet haben, nicht angetastet. Dabei hat sich in der jüngsten Krise eine neue Dimension kapitalspezifischer ökonomischer Macht gezeigt, der es an jeder demokratischer Legitimation mangelt, die staatliche Souveränität in Frage stellt und die Legitimität parlamentarisch-demokratischer Ordnungen zu untergraben droht.

Die deregulierte und unkontrollierte Shareholder-Ökonomie, wie sie heute vor allem von den großen „systemrelevanten“ Banken verkörpert wird, ist eine wesentliche Ursache der jüngsten Krise und stellt weiterhin ein massives Risiko für künftige Entwicklungen dar. Das gesamte Krisenmanagement und auch die politischen Konsequenzen, die aus der Krise gezogen wurden, sind zudem maßgeblich gerade von denen mitbestimmt worden, die die Krise verursacht haben und die nur ein Interesse an einem „Weiter- so!“ haben. Unterschiedliche nationale Regierungspolitiken sind entweder nicht dazu willens und/oder sie haben nicht die Macht und die Kraft dies zu verhindern – trotz aller gegenteiliger Erklärungen und Beteuerungen. Sie zeigen sich gegenüber einem global agierenden (Finanz-) Kapital hilflos bzw. unterstützen es nach wie vor zu Lasten des Allgemeinwohls. Letztendlich sind die Steuerzahler in den bestimmenden Staaten der Triade ohne jegliche Gegenleistung und nachhaltige politische Konsequenzen für die Folgen der Krise und den Schutz der riesigen Privatvermögen in Haft

genommen worden, denen nach dem Platzen der Spekulationsblase ein massiver Wertverfall drohte. Der Zusammenbruch des Weltfinanzsystems wurde auf diese Weise auch in der Tat, anders als nach 1929ff. verhindert²; aber wir erleben durchaus nicht eine grundsätzliche Infragestellung des Shareholderkapitalismus³ und auch nicht etwa „die Rückkehr des Staates“ (Streeck 2009). Erfolgt sind allenfalls kurzatmige Reparaturen, damit der durch die akute Krise unterbrochene Tanz ums Goldene Kalb weiter gehen kann. So finanzieren z. B die Staaten die Rettung der Banken, indem sie sich gegenüber dem Finanzsektor weiter verschulden und werden angesichts dadurch entstandener angespannter Haushaltslagen ggf. noch mit höheren Zinsen für „Risikokredite“ abgestraft. Die Umverteilung von unten nach oben – eine wesentliche Krisenursache – geht fröhlich weiter.

Wer zahlt die Zeche? Oder die Zuspitzung der Verteilungskrise

Die breite Masse der Bevölkerung und zukünftige Generationen zahlen also die Zeche der Krise, woran auch kurzfristige Wachstumsschübe bei uns nichts ändern werden, die sich wesentlich dem Umstand verdanken, dass die hiesige Exportwirtschaft u.a. von einem schwachen Euro und den massiven keynesianischen Konjunkturprogrammen in den USA und vor allem in China profitiert. Wie stabil die derzeit überraschend stark anziehende deutsche Konjunktur ist, wird im Übrigen von den meisten Beobachtern bemerkenswert zurückhaltend eingeschätzt. Die Zeche für diesen fragilen Aufschwung - im nationalen Rahmen, keineswegs in der gesamten EU, der immer noch weitere Erschütterungen ihres Währungssystems drohen (Dräger/Wehr 2010) und die nach Auffassung ernst zu nehmender Beobachter erst am Anfang ihrer Krise steht (Balibar 2010) – zahlen die Lohnabhängigen; aber auch das Handwerk und generell Klein- und mittelständische Unternehmen werden diese Finanzlasten mittel- und langfristig zu tragen haben - durch Senkungen ihrer Einkommen, Ersparnisse, Umsätze und Gewinne bis hin zu Existenzvernichtungen. Dazu kommen infolge weiterer beständiger Umstrukturierungen auch im neu anlaufenden Konjunkturzyklus noch die Verluste von Arbeitsplätzen, ein steigendes Arbeitsplatzrisiko und angesichts leerer

² Der Wirtschaftshistoriker K. O'Rourke und der Makroökonom B. Eichengreen haben allerdings in einem, Artikel in der Zeit vom, 16. 04. 2009 für die erste Phase der Krisenentwicklung nach Platzen der Spekulationsblase verblüffende Parallelen wesentlicher wirtschaftlicher Kennzahlen zur Entwicklung nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 festgestellt.

³ Wie sie z.B. Jürgen Habermas Ende 2008 erhoffte und z.B. auch der radikale Liberale Sir Ralf Dahrendorf (2009) gefordert hat.

staatlicher Kassen weiter sinkende Sozialstandards. Mit der Übernahme der Krisenfolgen und -risiken durch Gesellschaft und Staat setzt zwingend eine verschärfte Austeritätspolitik der Regierungen ein, mit allen davon zu erwartenden negativen ökonomischen und sozialen Wirkungen, wie ein täglicher Blick in jede große Tageszeitung allein für die Länder Europas belegt. Öffentliche Leistungen und Investitionen werden weiter abgesenkt, ein Substanzverzehr öffentlicher Güter findet weiterhin statt, Sozialleistungen werden weiter eingeschränkt und Einkommensbezieher von Transferleistungen werden eine Stagnation bis hin zu drastischen Kürzungen ihrer Einkommen erleben. Diese Entwicklung und ihre negativen Folgen betreffen grade auch zukünftige Generationen: Die Folgen einer angebotsorientierten, allein aus der Froschperspektive einzelwirtschaftlicher Rationalität konzipierten und ausschließlich an den Interessen der Shareholder orientierten Wirtschaftspolitik werden von der herrschenden Politik als ein Generationenkonflikt dargestellt, für den es – ohne Infragestellung ihrer leitenden Prämissen - ebenfalls keine stabile Lösung geben kann.

Mehrfach einander überlagernde ökonomische Krisenentwicklungen

Die Liberalisierung der Weltwirtschaft, die im letzten Jahrhundert mit dem Ende der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung der beiden ersten Nachkriegsjahrzehnte einsetzte, hat seit Ende der 70er Jahre weltweit nicht nur zu einer verstärkten Polarisierung von Arm und Reich geführt – dies nach wie vor zwischen Nord und Süd, aber insbesondere auch innerhalb der Staaten auf der Nord- wie Südhalbkugel. Sie hat zugleich die Voraussetzungen für eine Entfesselung der Finanzmärkte und das Entstehen des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus geschaffen, der vom Mythos wundersamer Geldvermehrung lebt. Auf deregulierten Finanzmärkten – so Altvater - wird sich Dank immer stärkerer Konkurrenz eine immer stärkere Tendenz zu steigenden Zinssätzen und Renditen durchsetzen, denn „...daran verdienen die Banken (...) Die realen Erträge bleiben dahinter zurück, und so wird der Eindruck noch verstärkt, dass mit Finanzanlagen höhere Renditen erzielt werden können als mit Anlagen in der realen Ökonomie – bis es zum Krach kommt und erstaunt festgestellt werden muss, dass die Erträge im Finanzsystem nur fließen, wenn die Schuldner reale Überschüsse produzieren. Ohne die „Realwirtschaft“ gibt es also keinen funktionierenden Finanzsektor....“ (Altvater, 2010, S. 18 f.) Der Druck des Finanzsystems hat u. a auch dazu ge-

führt, dass innerhalb der Realwirtschaft in der zivilisatorischen Leitbranche der fortgeschrittenen westlichen Gesellschaften, nämlich in der Automobilindustrie, Überkapazitäten von ca. 25% entstanden sind (vgl. zuletzt Krull 2010), während zugleich unter dem Druck des so zusätzlich zum Imperativ des Shareholderkapitalismus verschärften Wettbewerbs die Spielräume für ein Nachdenken über alternative, auf Nachhaltigkeit hin ausgerichtete Mobilitätskonzepte spätestens in den 1990er Jahren eingeschrumpft⁴ sind. Aber bleiben wir zunächst nur bei den Dimensionen der Weltfinanzkrise.

Am Vorabend der neuen Weltwirtschaftskrise (Krugman 2009) hatten sich nach Aussagen des Internationalen Währungsfonds in einem „globalen Geldtopf“ 70 000 Milliarden oder 70 Billionen Dollar angesammelt, die nach weiterer Verwertung suchten. Das ist nur der Teil der Weltersparnisse, die in festverzinslichen Wertpapieren angelegt waren. Es war also noch mehr Geld da. 70 Billionen Dollar ist mehr Geld, als in jedem Land der Welt in einem Jahr verdient und ausgegeben wird.⁵ (Neue Züricher Zeitung, FOLIO, 01/2009, Die Finanzkrise, Teil1, S.24) Dieser „globale Geldtopf“ war das Ergebnis einer vollkommen aus dem Ruder gelaufenen weltweiten Einkommensvertei-

⁴ In einer neuen empirischen Untersuchung zum Verhältnis von Markt und Staat von M. Angerick: Nach uns ohne Öl. Auf dem Weg zu nachhaltiger Produktion, Marburg, rezensiert in der SZ vom 18. 10. heißt es: „Man produziert im Hier und Jetzt; die Frage, was in einigen Jahrzehnten sein wird (...) wird nicht in die Betrachtung einbezogen.“ und: „Nachhaltige Automobilproduktion in Deutschland im Jahre 2030“ handelt nur von der Herstellung des Autos, nicht von seiner Zukunft angesichts einer sinkenden Ölproduktion. Gezeigt wird nur die „Strategie“ zu einer nachhaltigen Produktion eines absterbenden, weil eben nicht nachhaltigen Produkts.

⁵ J.M. Keynes war – in seiner „Allgemeinen Theorie...“ (1936) oder dem Text über die „Ökonomische Zukunft unserer Enkel“ (1943) noch davon ausgegangen, dass wir im Moment des Entstehens eines solchen Überflusses an Kapital, und folglich eines Sinkens des Zinses für Leihkapital, einem Zustand entgegen gehen würden, den er als „sanften Tod des Rentiers“ gedeutet hat. Dabei unterstellt er, dass eine aufgeklärte Mehrheitsklasse in einem demokratisch verfassten politischen System mit gleichermaßen aufgeklärten politischen Eliten eine ausgeglichene Reichtumsverteilung durchsetzt – also das „überflüssige“ Kapital umverteilt und dass der Staat durch eine entsprechende Besteuerung für die Finanzierung seiner wachsenden Aufgaben sorgt und so eine Sozialisierung der Investitionen herbeiführt (Keynes 1971/7, 372-384 u.1971/9, 321-323, vgl. auch Zinn 1997). Tatsächlich hat aber in dem Moment, in dem in den fortgeschrittenen westlichen Ländern eben dieser Überschuss an Kapital entstanden ist – also mit Beginn der 1980er Jahre -, das neoliberale Rollback seinen Siegeszug begonnen – parallel mit der zunehmenden Verselbständigung des Finanzsektors, dem Aufstieg eines neuen Typus von Finanzmanagern und einer von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus weiter ansteigenden Staatsverschuldung - als Basis fortgesetzter privater, ökonomisch, ökologisch und sozial zunehmend weniger nachhaltiger Investitionstätigkeit. Der lange Anlauf in die jetzige „große“ ökonomische Krise hat damit also vor ca. 30 Jahren eingesetzt (vgl. dazu Konicz 2010).

lung. Denn die Kehrseite dieser Medaille waren bereits in den Jahren vor Ausbruch der Krise unterschiedlichste Formen und Auswüchse von Armut, Absenkung und Stagnation von Einkommen vieler Lohnabhängiger, finanzielle Destabilisierung von öffentlichen Haushalten und Körperschaften und einer Bekämpfung des Sozialstaats, wo es ihn gab und gibt in Form eines weiteren Absenkens entsprechender Leistungen für die breite Mehrheit der Bevölkerung. Die Krise spitzt diese Entwicklung, wie oben bereits dargelegt, absehbar weiter zu. Altvater verweist unter Bezug auf Marx in diesem Zusammenhang auf den „Doppelcharakter allen wirtschaftlichen Tuns“, der sich auch wieder in der Krise zeigt. „Sie ist ökonomischer Verlust und ökologische Katastrophe zugleich“ (Altvater 2010, 32).

Zerstörung von natürlichen Lebensgrundlagen

Die ökonomischen Krisenentwicklungen mit ihren Folgen sozialer Desintegration sind gepaart mit einer Krise der natürlichen Lebensgrundlagen. Sie sind gemeinsamer Bestandteil eines globalen Krisenprozesses und Ausdruck ökonomischer Rücksichtslosigkeit gegen Mensch und Natur. „Denn ‚die kapitalistische Produktion‘ erklärt Marx (...) ‚entwickelt (...) nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter““ (Altvater, S.23). Diese Entwicklung hat – was die Erde betrifft – längst ein Ausmaß erreicht, das die Existenz der Gattung Mensch und unzähliger anderer Lebensformen auf der Welt bedroht (WWF 2010). Die mit der Deklaration von Rio (1992) verknüpften Erwartungen wurden weitgehend enttäuscht.⁶ Für Teile der

⁶ Die „Rio-Deklaration“ der Konferenz der Vereinten Nationen für „Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro 1992 und die Agenda 21 zielten auf eine Stärkung der Rolle wichtiger gesellschaftlicher Gruppen und die Entwicklung neuer Beteiligungsformen. Damit verbanden sich Hoffnungen darauf, dass die 1990er Jahre zum einen Jahrzehnt ökologischer Erneuerung werden könnten. In der Bundesrepublik Deutschland ist der weitere Diskurs geprägt durch das Umweltgutachten des Sachverständigenrates der deutschen Bundesregierung von 1994, die Berichte der Enquetekommissionen des Bundestages von 1994 und 1998 „Schutz des Menschen und der Umwelt“ sowie die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ des Wuppertalinstituts für Klima, Umwelt und Energie, die 1995 im Auftrag von BUND und MISERIOR erstellt wurde. Ökologische Erneuerung wurde in diesem Kontext zu einer Herausforderung auch für die Gewerkschaften. Die Mobilisierung nicht nur von politisch administrativem System, Parteien Verbänden und Wirtschaft, sondern auch von weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren, Bürgern und Medien wäre am Beginn dieses Prozesses zu erhoffen gewesen. Tatsächlich sind Impulse eines deutlichen Demokratisierungsschubs in diesem Sinne eher ausgeblieben. Zwar hat der Sachverständigenrat für Umweltfragen deutlich der ökologischen Dimension eine vorrangige Rolle vor der sozialen

Weltgesellschaft ist diese Bedrohung ihrer Existenz durch Umweltkrisen und -katastrophen kein Zukunftsszenario, sondern heute schon bittere Realität, wie das Jahr 2010 in erschreckendem Maße gezeigt hat. Der Weltklimagipfel von Kopenhagen endete ohne wirkliche Ergebnisse.⁷ Auch die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko wird absehbar nicht einmal zu einem Moratorium für neue Tiefseebohrungen unter vergleichsweise noch schwierigeren, also risikobehafteteren Bedingungen führen: der Hunger unseres bisherigen zivilisatorischen Entwicklungsmodells nach Öl ist zu groß. Dass der Peak-Oil ohnehin naht (Altvater 2005), wird verdrängt, und dass der vormalige „real existierende Sozialismus“ vergleichsweise noch sehr viel fahrlässiger mit den natürlichen Ressourcen umgegangen ist, kann angesichts der sich heute dramatisch zuspitzenden Entwicklungen niemanden über die Versäumnisse des „real existierenden Kapitalismus“ hinwegtrösten.

Auch dort, wo auf der Welt keine unmittelbare Bedrohung besteht oder empfunden wird, zeigen sich z.B. die Folgen des Klimawandels, und es wird deutlich, dass es ein „Weiter-so“ im Stoffwechselprozess zwischen Mensch und Natur nicht geben kann. Im kollektiven Bewusstsein der Menschen in den fortgeschrittenen Ländern ist das inzwischen präsent. Aber die einander wechselseitig überlagernden – und sich so potentiell eher verstärkenden - Krisenentwicklungen, sind zugleich geeignet, dies zu verdecken, zumal die herrschende Politik dazu neigt, zum einen (1) den inneren Zusammenhang dieser Krisenentwicklungen auszublenden und (2) zum anderen die zugrunde liegenden ökonomischen Machtstrukturen und Herrschaftsverhältnisse zu perpetuieren.

Inhumane Arbeitswelt

Arbeit ist nach Marx „ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens“. Und für ihn wird im Zuge seiner Kritik der kapitalistischen Produktionsweise und der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts die industrielle Erwerbsarbeit zum Kern produktiver Arbeit. Aber „kaum wird die ‚Arbeit‘ der grundlegende Bezugspunkt des Politischen,

und ökonomischen gegeben (Wolf, Paust-Lassen 2002, 23), dabei aber den „verantwortlichen homo oeconomicus (postuliert), der egoistisches unternehmerisches Handeln mit moralischem Handeln in Einklang bringt“ (Wolf, Paust-Lassen 2002, 24) und so die Impulse der Agenda eher in ein übergreifendes neoliberales und entpolitisierendes Modernisierungskonzept eingepasst. Die erhofften „politischen Innovationen“ (Lange 2010) blieben weitgehend aus.

⁷ Ob das in Cancun auch nur partiell korrigiert werden kann ist fraglich. Die Pressebericht-erstattung zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Papiers stimmt eher skeptisch, denn die USA und China scheinen kaum zu Zugeständnissen bereit zu sein.

stellt sich die Frage nach ihrem ‚Wesen‘, nach ihren Trägern, nach ihren phänomenologischen Merkmalen sowie den Umständen ihres ‚Auftauchens‘ und ‚Verschwindens‘. (...) Die Zentralität der Bezugnahme auf die Arbeit, welche ein direktes Ergebnis erfolgreicher Klassenkämpfe ist, bringt eine Reihe wohlbekannter Konsequenzen mit sich: die Ausdehnung des Modells (und des *Namens*) der ‚Arbeit‘ auf eine virtuell unendliche Reihe von Tätigkeiten und Verhaltensweisen (...); die Reduktion anderer sozialer ‚Qualitäten‘ des Individuums auf Reproduktionsbedingungen von Arbeitskraft; die umgekehrte Zentrierung von Exklusion auf *Nicht-Arbeit* (mehr oder minder lange Erwerbslosigkeit oder Situationen der Erwerbsunfähigkeit)“ (Balibar 2008,83) Die Definition, Art und Weise der Arbeit, wie auch die Bedingungen ihrer Verausgabung und die Aneignung und Verfügung des Arbeitsergebnisses sind also sozial bestimmt, und es hat „bald 500 Jahre gedauert, bis die Menschen mit Arbeit so etwas wie ein würdevolles Leben verknüpfen, und dass sie arbeiten wollen im Sinne der Integrität ihrer Persönlichkeitsbildung“ (Negt 2006,68).

Weite Teile der globalen Arbeitswelt - insbesondere auf der südlichen Halbkugel.- sind bis heute gekennzeichnet durch Ausbeutung und Unterdrückung von Menschen bis hin zu Kinderarbeit, Zwangsarbeit und Menschenhandel, sowie weit verbreiteten Armut- und Hungerlöhnen, Massenerwerbslosigkeit, Tagelöhnerei und jegliches Fehlen von sozialen Standards und Sicherungssystemen. Hier herrscht oft frühkapitalistische Ausbeutung pur.

Aber auch in dem Teil der Welt, in dem solche frühkapitalistischen Verhältnisse, durch parlamentarische Demokratie, Rechtsstaat, soziale Sicherungssysteme, Arbeitsrecht, Tarifvertragssysteme und freie Gewerkschaften historisch überwunden werden konnten, ist eine soziale Arbeitspolitik wieder verstärkt ein ungesichertes und stark umkämpftes Feld. Die soziale Deregulierung von Arbeitsbeziehungen wird hier im Zeichen epochaler Umbrüche seit Mitte der 70er Jahre (Scholz u.a. 2006, 180 – 271, Wolf 2006) wieder verstärkt sichtbar. Mit E. Balibar könnte man argumentieren, dass hier die „soziale Bürgerschaft“ - als Weiterentwicklung der Proklamierung und Durchsetzung allgemeiner Bürgerrechte im Zuge der großen bürgerlichen Revolutionen des 18. Jahrhunderts, insbesondere im Zuge der Durchsetzung moderner wohlfahrtsstaatlicher Strukturen nach dem zweiten Weltkrieg⁸ - in eine tiefe Krise geraten ist. Wir sind des-

⁸ Und zwar als Verknüpfung von universellen freiheitlichen und sozialen Rechten und Befä-

halb Zeitzeugen und Beteiligte heftiger Auseinandersetzungen, die in Deutschland nach drei Jahrzehnten eines neoliberalen Roll Backs insbesondere im letzten Konjunkturzyklus vor der Weltwirtschaftskrise wieder erheblich an Schärfe gewonnen haben (Detje u.a. 2008 Martens/Dechmann 2010). Auf dem Hintergrund hoher Arbeitslosigkeit, vor allem auch hoher Jugendarbeitslosigkeit, ist eine allgemeine Tendenz zur perspektivischen Senkung von Sozialstandards, zum Absenken von Löhnen und Einkommen, zur Deregulierung von Arbeitsbeziehungen und zur Ausweitung von Arbeitszeiten festzustellen. Zugleich droht denjenigen, die aus dem Erwerbsleben ausscheiden – in Deutschland ganz überwiegend vor Erreichen des Renteneintrittsalters infolge von gesundheitlichen Beeinträchtigungen, oder wie es so schön heißt ‚arbeitsbedingtem Voraltern‘ oder, schlicht weil die Wirtschaft ältere ArbeitnehmerInnen immer noch gerne frühzeitig aussortiert -, mittlerweile in zunehmendem Maße Altersarmut.⁹

All dies zeigt, der Kern der Krise des Sozialen ist eine Krise der Formen gesellschaftlicher Arbeit bzw. gesellschaftlichen Arbeitsbeziehungen. Die Erscheinungsformen, in denen sich diese Krise darstellt, sind allerdings weltweit so sehr unterschiedlich ausgeprägt, dass diese Krise in den führenden Ländern noch verdrängt und geleugnet werden kann.

Ein fester und menschenwürdiger Arbeitsplatz, der durch Mitbestimmung sozial gestaltet ist und so – zusammen mit einer Sicherung des so erreichten Lebensstandards nach Eintritt in das Rentenalter - eine fixe Größe für ein in diesem Rahmen selbst bestimmtes Leben darstellt, ist für den überwiegenden Teil der abhängig Beschäftigten weltweit bis heute unvorstellbar und auch für den anderen Teil in den Industriestaaten immer weniger eine Selbstverständlichkeit – von der sozialen, geschweige denn finan-

higungen, die den Einzelnen nicht nur qua Geburt eigen sind, quasi als anthropologische Grundtatsachen zukommen, sondern im Ergebnis eines Prozesses, in dem sich die Menschen „gegenseitig diese Rechte und Befähigungen *verleihen*, um ihre Gemeinschaft zu konstituieren“ (Balibar 2008,72). Balibar fasst diese aktive Verknüpfung von formellen und materiellen Freiheitsrechten in dem Begriff der „*égalité*“ zusammen, „um damit sowohl ihre Reziprozität als auch ihre beständige Spannung auszudrücken“ (ebd.) und konstatiert für unsere Gegenwart eine „tiefe Krise der sozialen Bürgerschaft“ (a.a.O. 82).

⁹ Dem 4. Monitoringbericht des Netzwerks für eine gerechte Rente zufolge war Ende des letzten Jahrzehnts die durchschnittliche Armutsrisikoquote in Deutschland für Beschäftigte im Alter von 45 Jahren an aufwärts noch um fünf Prozentpunkte niedriger als in der EU 15, hat sich mittlerweile aber auf 15 gegenüber 17 Prozent (2007) deutlich verringert. Das Armutsrisiko ist also in Deutschland stärker gestiegen als in der EU 15. Ähnliche Entwicklungen gelten auch für die Personen ab dem 65. Lebensjahr, für die das Armutsrisiko in Deutschland um 5 bis 6 Prozentpunkte zugenommen hat (gegenüber 3 bis 4 Prozentpunkten in der EU 15).

ziellen Anerkennung anderer Formen gesellschaftlich notwendiger Arbeit gar nicht erst zu sprechen. Auch diese Entwicklung im Bereich der (Erwerbs-) Arbeit ist wesentlich verursacht durch Macht und Herrschaft im Shareholderkapitalismus mit einer stetigen Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben in der Folge.

Krise der Demokratie

Dereguliertes, global entgrenzt agierendes Kapital hat wesentlich die unterschiedlichen Dimensionen der gegenwärtigen globalen Krise verursacht und erzeugt damit auch eine Krise des Politischen – und demgemäß eine Krise der Demokratie, wo sie bestehende Staatsform ist. Eine entsprechende akademische Debatte über die Krise der Politik ist inzwischen schon alt.¹⁰ Die vielfältigen, ökonomischen, ökologischen und politischen Krisenentwicklungen, die sich für viele Bürgerinnen und Bürger heute sehr konkret erfahrbar im kommunalen Handlungsrahmen bündeln, haben daraus auch in Deutschland eine breitere öffentliche Debatte gemacht, wie die Konflikte um Stuttgart 21, Verlängerung von Laufzeiten für Kernkraftwerke usw. zeigen. Letztlich trägt die Gesellschaft die Konsequenzen des durch die Krise zerstörten gesellschaftlichen Reichtums, und die Lasten einer Politik, die vorrangig dem Schutz von Kapital und großen Privatvermögen in der Krise dient, was in Teilen der Bevölkerung eben nicht mehr widerspruchslos akzeptiert wird. Ein Ausdruck dafür ist der Zweifel am Nutzen politisch und wirtschaftlich geförderter technologischer Großprojekte bei einem gleichzeitig anhaltenden Trend zum Sparen bei Bildung und Sozialleistungen.

Ein demokratisches System, das derartige Entwicklungen zu Lasten der breiten Mehrheit der Bevölkerung nicht verhindern kann, toleriert oder sogar als ein aktiver Teil dieser Politik funktioniert, stellt sich letztlich selbst in Frage. Wenn „Märkte“ und Anleger, die Politik von Staaten und Regierungen beurteilen, bewerten und bestimmen und nicht der Wähler, wie es sinngemäß ein ehemaliger Vorstandssprecher der Deutschen Bank in einem Interview mit Der Zeit einmal als „in der Sache zutreffend aber auch

¹⁰ Sie wird auf theoretischer Ebene geführt von Philosophen wie G. Agamben (2002), J. Rancière (2002), Soziologen wie Z. Bauman (1999, 2003) und C. Crouch (2008) oder Politikwissenschaftlern wie Heil/Hetzel (2006), C. Mouffe (2007), P. Manow (2008), W. Fach (2008) (zur Diskussion vgl. Martens 2010) und ist inzwischen auch Gegenstand empirischer Untersuchungen zu wachsender Parteienverdrossenheit wie auch einer zunehmenden Anfälligkeit größerer Bevölkerungsteile für rechtspopulistische „Lösungsangebote“ (Decker u.a. 2010). Es kennzeichnet einen Wandel von Einschätzungen, dass W. Streeck, um die Jahrtausendwende noch engagierter Politikberater rot-grüner Politik im Zeichen von „New Labour“ heute in einem Interview in der SZ die (selbstverschuldete) Ohnmacht der Politik desillusioniert als „Gesundbeten“ charakterisiert.

angemessen“ bezeichnet hat, dann wäre für eine Demokratie doch eigentlich der (sicher kaum justiziable) Tatbestand eines ökonomischen Staatsstreichs erfüllt.¹¹

Aber offensichtlich ist die „Entthronung der Politik“, wie sie einer der theoretischen Begründer des Neoliberalismus forderte, im öffentlichen Diskurs und im „modernen“ Denken derart verankert, dass die ökonomische Aushöhlung von Demokratie kaum zum Gegenstand selbstkritischer Reflexionen seitens der Repräsentanten der herrschenden Politik, aber allmählich doch zum Anlass von politischem Widerstand wird. Freiheit verkommt im immer noch bestimmenden neoliberalen Diskurs zur Konsumentenfreiheit und zur Propagierung einer unternehmerischen Freiheit für alle (Scholz 2009). Wer nicht mithalten kann wird ausgegrenzt. Die politische Schwächung der Demokratie nimmt zu, durch unterschiedliche Formen der Abnahme von Gemeinsinn und gesellschaftlicher Verantwortung, Endsolidarisierungen, Elitenegoismen, Statusbornertheiten, Ausgrenzung von Minderheiten, massive Glaubwürdigkeitsverluste von Parteien und Politik generell, sinkenden Wahlbeteiligungen und Politikverdrossenheit bis hin zu zunehmendem Regionalismus, Separatismus und einem wieder erstarken Nationalismus. Diese Liste demokratischer Erosionsprozesse ließe sich fortsetzen. Der kritische Begriff der Postdemokratie (Crouch 2008) ist daher ganz berechtigt im Umlauf.

All dies gibt zu erheblicher Sorge Anlass. Kapitalistische Ökonomien als solche brauchen keine Demokratie, wie ein Blick auf die politische Weltkarte und auf die Geschichte der letzten 200 Jahre gleichermaßen zeigt; und gegenwärtig demonstriert China mit ungebrochen hohen Wachstumsraten vordergründig geradezu die Standortvorteile einer vordemokratischen Elitenherrschaft¹². Demokratie braucht aber eine sozial geregelte Ökonomie, braucht den Primat der Politik über die Ökonomie, wenn sie nicht zerbrechen soll. Aber in den westlichen Gesellschaften ist das demokratische Projekt der Moderne, das seit 240 Jahren, also seit der amerikanischen Revolution in der Welt ist und sich gegen Widerstände und Rückschläge, v. a. in der Folge der Weltwirtschaftskrise von 1929ff und der Katastrophen der „Nacht des 20. Jahrhun-

¹¹ Der in Brüssel/Strasbourg agierende deutsche Journalist Krause hat in einem Buch in diesem Sinne die Funktionsweise des EU-Ministerrates als permanent institutionalisierten Staatsstreich beschrieben – d. h. als Durchsetzungsform dieses Primats der Ökonomie

¹² Diese Standortvorteile ergeben sich natürlich auch aus den niedrigen Lohnkosten, die u.a. mit dem Fehlen gewerkschaftlicher Rechte zu tun haben (Lüthje 2006), aber wohl auch damit, dass hier Entbindung von Marktdynamik und gesamtwirtschaftliche Planung ein spezifisches Modell einer gemischten Wirtschaft bilden (Adolphi 2010).

derts“ flächendeckend ausgedehnt und befestigt hat, den Menschen nicht mehr so leicht auszureden. Das hayjekianische Elitenkonzept, das derzeit noch den europäischen Integrationsprozess prägt (Scholz u.a. 2009), ist deshalb auch nicht zufällig als eine öffentlicher Aufmerksamkeit und Kritik möglichst weitgehend entzogene Umkehrung von Steuerungsprinzipien der nationalstaatlich verfassten keynesianischen sozialen Demokratien konzipiert und betrieben worden.¹³ Gleichzeitig zeigen unterschiedliche Formen des Widerstandes in Europa, dass es noch nicht entschieden ist, wie weit sich die Bevölkerung diese Entwicklung auf Dauer und insbesondere das Abwälzen der aktuellen Krisenlasten gefallen lassen wird und welche mittel- und langfristigen Konsequenzen damit verbunden sind.

Grundsätzlich zeigt auch die aktuelle Entwicklung wieder, dass die politische, repräsentative oder auch bürgerliche Demokratie immer wieder in Gefahr gerät, wenn sie nicht alle Bereiche der Gesellschaft erfasst und damit insbesondere auch der Sphäre der Wirtschaft.

Krieg und Gewalt

Die Hoffnung auf eine friedlichere Welt haben sich weder mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, noch mit der Befreiung vieler Kolonien im letzten Jahrhundert, noch mit dem Ende des Kalten Krieges und auch nicht mit dem Ende der Systemkonkurrenz durch den Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ erfüllt. Die Summe militärischer lokaler und regionaler Konflikte, Kriege, Terror und Gewalt hat in Bezug zum Einsatz von Kriegsmaterial und Opfern die Dimension eines Dritten Weltkrieges längst erreicht – auch ohne Einsatz der Atombombe. Gewalt und Krieg sind als Mittel der Politik bis heute allgegenwärtig und bedrohen die Menschheit, auch wenn man Gründe dafür anführen kann, dass es innerhalb der fortgeschrittenen westlichen Länder zivilisatorische Fortschritte gegeben hat und Kriege zwischen Staaten seltener und stattdessen eher Bürgerkriege vorherrschend geworden sein mögen. Unbeschadet dessen hegt

¹³ F. O. Wolf zitiert in diesem Zusammenhang eine sehr erhellende Definition ‚moderner Politik‘ die ihm zu Zeiten seiner Mitgliedschaft im Europäischen Parlament der EU-Kommissar Martin Bangemann gegeben hat, und „für die das Verfahren der Gesetzgebung auf der Grundlage der Volkssouveränität angesichts der Schnelligkeit und Komplexität der vor allem technischen Entwicklung viel zu langsam und umständlich wäre: Klare Festlegung von Zielen und Kriterien durch rechtsverbindliche internationale Konventionen und Schaffung einer allein kompetenten Interpretationsinstanz mit Sanktionsmacht. Bangemanns Beispiel war damals die WTO. Aber auch andere Strukturen der neueren ‚global governance‘ und eben die EU selbst erfüllen die Anforderungen dieses hayekanischen Programms einer Aushöhlung demokratischer Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten“ (Wolf 2009,27f).

der kritische Denker und Zeuge des „Zeitalters der Extreme“ (1996), Eric Hobsbawm, als gebranntes Kind die Befürchtung, dass heute wie vor 80 Jahren als Konsequenz der Krise wieder „Blut fließen wird, viel Blut“ (2009). Auch wenn man diese Befürchtung nicht vorbehaltlos teilt, bergen die gegenwärtigen Krisenprozesse unbestritten ein zunehmendes Potential gewaltsamer Konfliktaustragung, das sich auch noch weiter aufbauen könnte.

In welchem ethnischen, religiösen oder politischen Gewand und unter welcher Fahne Krieg und Gewalt auch immer stattfinden mögen, sie sind in der Regel inhaltlich durch soziale und ökonomische Konflikte bestimmt und stehen in Zusammenhang mit Herrschaft und Beherrschung und deren teilweise tief liegenden historischen Wurzeln. Der Kampf um die immer knapper werdende Ressourcen Öl und Wasser nimmt dabei gegenwärtig eine zentrale Rolle ein.

Der Versuch der gewaltsamen Lösung von Konflikten bringt Tod und Zerstörung und gleichzeitig wird damit viel Geld verdient, da wirtschaftliche Interessen, Rüstung und Krieg eng verflochten sind. Die Verflechtung von ökonomischen, politischen und militärischen Interessen hat eine Vernutzung von Ressourcen, eine Vernichtung und Schädigung von Menschen, sowie die Zerstörung gesellschaftlichen Reichtums zur Konsequenz, die dringend für eine friedliche Zukunft der Menschheit benötigt würden. Die Welt braucht deshalb ein Umsteuern von einer Kriegs- auf eine Friedensökonomie, die mehr sein muss als bloße Konversion und Abrüstung militärischer Strukturen: Sie muss auch die Ursachen von sozialen und ökonomischen Konflikten und Fragen der Gerechtigkeit angehen.

Das Thema Krieg und Gewalt ist untrennbar mit Unterversorgung, Hunger und Krankheiten in vielen Teilen der Welt verbunden. Sie sind Teil materieller Gewalt gegen Menschen. Dass eine Milliarde Menschen von Hunger bedroht sind und viele vom unmittelbaren Hungertod, dass außerdem die Lebenssituation und –perspektive vieler Menschen durch Verletzungen aus Gewalteinwirkungen und durch Krankheiten stark beeinträchtigt oder zerstört sind, widerspricht jeglichen Ansprüchen von Menschenrechten, denen wir uns in der „westlichen Welt“ doch so gern verpflichtet fühlen. Kein Mensch auf dieser Welt müsste beim heutigen Stand der Produktivkräfte (und einer anderen materiellen Verteilung) Hunger leiden und medizinisch unterversorgt sein. Die Ursachen liegen eindeutig in ökonomischen Fehlentwicklungen, Krisen, Interessen-

und Machtstrukturen, wie sie sich zum Beispiel in den „Spielregeln“ gegenüber den Schuldenkrisen in den Ländern der Dritten Welt seit den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts gezeigt haben. Diese sind – neben dem Kampf um Rohstoffe – wesentlich verantwortlich sind für Hunger und gesundheitliche Unterversorgung, für Gewalt und (Bürger-) kriege in vielen Ländern der immer noch sog. „Dritten Welt“.

Fazit

Die hier kurz umrissenen Krisenentwicklungen im Ergebnis eines in den vergangenen dreißig Jahren gegen vielfältige und z. T. energische Widerstände durchgesetzten neo-liberalen Projekts ökonomischer und politischer Restrukturierung lassen sich als weltweite Zurückdrängung zivilisatorischer Prozesse interpretieren, die mit der Aufklärung, der französischen Revolution und der amerikanischen Revolution ursprünglich im Namen der Freiheit auf die Tagesordnung der Geschichte gesetzt wurden. „Am Ende des (letzten, des 20.) Jahrhunderts“ – so der Klappentext zum „Zeitalter der Extreme“ – „ist ein Kulminationspunkt erreicht, an dem alle Risiken und Chancen der Menschheit, alle Gefährdungen und Selbstheilungskräfte wie nie zuvor offenbar geworden sind – als das labile Fundament für die Gestaltung des 21. Jahrhunderts.“ Eine andere Welt ist also möglich, wenn die in diesem „labilen Fundament“ enthaltenen „Chancen“ in soziale Bewegung und konkrete Politik transformiert werden können, die in ihrem Kern insbesondere auf demokratische Verhältnisse und Strukturen in der Ökonomie zielt, um „die schamlose Ausnutzung des sozialen Vorteils und die zügellose Macht des Geldes“ (Solschenizyn, New York Times, 28.11.93) zu beenden.

3. Die widerständigen Kräfte und Potentiale gegen das „Weiter so“ der herrschenden Politik zur Geltung bringen

Widerstand, Selbstbehauptung, Demokratie

„Mit der Gefahr wächst das Rettende auch.“ Dieser Satz Hölderlins erscheint angesichts der Katastrophen des 20. Jahrhunderts und der offenkundigen gegenwärtigen Schwäche der Linken in Europa als ein Euphemismus. Im Rückblick auf die Niederlage der alten Arbeiterbewegung konstatiert J. Schumacher (1937/1978, 396) deshalb völlig zu Recht: „Marx wusste sehr wohl, dass der Sozialismus als eine mögliche Norm

menschenwürdiger Arbeit und Gerechtigkeit sehr wohl vermeidbar bleibt, weil es den so leicht gehbaren Weg zum Barbarismus als schrecklich mögliche Alternative gibt.“¹⁴ Gleichwohl lässt sich zeigen: die gegenwärtigen Krisenentwicklungen erzeugen auch die sozialen Potenzen für ihre mögliche Überwindung. Zu diesen Potenzen gehören zu allererst der Eigensinn und der Wille zur Selbstbehauptung der Menschen, die sich gegenwärtig in unterschiedlichsten sozialen und politischen Widerstandsformen ausdrücken. Gegenüber der vorgeblichen Alternativlosigkeit der herrschenden TINA-Politik gilt die These von Attac, dass eine bessere Welt möglich ist, und auf den denkbaren Wegen dahin gibt es viele wirkliche Alternativen. TAMARA-Politik wäre angesagt.¹⁵ Für die Entwicklung entsprechender Alternativen haben die Entfaltung der Produktivkräfte der lebendigen Arbeit und die Festigung demokratischer Strukturen im Zuge der Entwicklung der Wohlfahrtsstaaten im Nachkriegseuropa wichtige Voraussetzungen geschaffen.

Das hayekianische Elitedenken des neoliberalen Roll Backs der letzten drei Jahrzehnte hat dieses demokratische Potential in keiner Weise zurückdrängen können. Im Gegenteil geraten die verselbständigten Parallelwelten der ökonomischen und politischen

¹⁴ Wobei er einen Sozialismus und eine nicht durch technokratische Herrschaft dominierte Demokratie als Möglichkeit im Auge hat, also weder den „realen Sozialismus“, der existiert hat, noch den „realen Kapitalismus“, der existiert. Zu ersterem zitiert er eine weitsichtige Einschätzung Ernst Blochs aus dem Jahre 1917 (!): „Jedes Volk hat nur den Sozialismus zu erwarten, den es aufgrund seiner errungenen Freiheiten verdient. Sozialismus ohne weitgehende Kontrolle von unten, ohne durchgängige zwar regulierte doch nicht dominierte Demokratie ist lediglich ein Preußentum ohne Privateigentum, also Staatssozialismus, mit Akzent auf Staat.“ (Schumacher 1937/78, 381). Zur Demokratie unter den Bedingungen des sich entfaltenden Kapitalismus „Charles Dickens auf seiner Reise durch Amerika, das damals als hochradikal demokratisch angesehen“ mit dieser Einsicht: „Ich fürchte, der tödlichste Streich, der jemals gegen die Freiheit geführt wurde, mag aus diesem Lande kommen durch das Versagen seines Vorbilds für die Welt.“ (Schumacher 1937/1978, 382). Und dieses Zitat wiederum ist direkt anschlussfähig an die Sorgen, die der Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, T. Jefferson selbst – in großer Ratlosigkeit nach den Erfahrungen des Scheiterns der französischen Revolution - zum Ausdruck gebracht hat, als er schrieb: „dass ein ‚auf Wahl beruhender Despotismus‘ sich als ein ebenso großes und vielleicht größeres Übel erweisen werde als die Monarchie“, und in diesem Zusammenhang feststellt: „Wenn das Volk je aufhören sollte, sich um öffentliche Angelegenheiten zu kümmern, werden wir alle, Ihr und ich, und der Kongress und die Parlamentsversammlungen, die Richter und die Statthalter, wie wir da gehen und stehen, zu reißenden Wölfen werden“ (zitiert nach Arendt 1974, 306).

¹⁵ TINA-Politik meint nach einer Formulierung von Margret Thatcher „there is no alternative“, TAMARA-Politik setzt dagegen, „there are many real alternatives“; und Politik als ein Raum der Freiheit und des Streites und „das Wunder der Politik“ (Arendt 1993) lassen sich überhaupt nur denken als eine gesellschaftliche Veranstaltung, in der über wirkliche Alternativen in demokratischen Formen gestritten wird. TINA-Politik ist also ihrer heimlichen Intention nach die Behauptung und stillschweigende Herbeiführung postdemokratischer Verhältnisse.

Eliten zunehmend in die Kritik – auch auf Seiten mancher früherer Repräsentanten der wirtschaftlichen und politischen Eliten selbst. (Gouedever 2008, Reuter 2010, Steinbrück 2010). Hier tut sich die eigentlich dringende neue „Integrationsdebatte“ mit dem Ziel geeigneter Maßnahmen auf,¹⁶ und neue basisdemokratische Ansätze werden zu einer Herausforderung sowohl für gewerkschaftliche Arbeitspolitik als auch für die Politik der etablierten politischen Parteien, wie sich aktuell am Beispiel der Auseinandersetzungen um „Stuttgart 21“ zeigt.¹⁷ Das Beteiligungspotential der Menschen war noch nie so groß wie heute, und das selbsttätige unternehmerische Mitdenken und -handeln des so genannten „Arbeitskraftunternehmers“ gilt ja auch im Shareholder-Kapitalismus als unverzichtbare Bedingung des Erfolgs im Standortwettbewerb (Martens 2010, 111-130). Dabei wäre zu fragen, welche möglichen Kooperationspotentiale in neuen Produktionskonzepten angelegt sind, die notwendig bestehende Herrschaftsstrukturen in Frage stellen und über sie hinaus weisen, damit die einzelnen Vielen hier nicht auf die Froschperspektive einzelwirtschaftlicher Rationalität und zugleich die neoliberale Umdeutung des Freiheitsbegriffs (vgl. Scholz u.a. 2005/6) festgenagelt bleiben.

Für eine Neubesinnung ist angesichts der Sackgassen, in die das neoliberale Projekt immer deutlicher erkennbar führt, letztlich ein demokratischer Arbeits- und Lernprozess im gegenseitigen Respekt über unterschiedliche Länder und Kulturen hinweg nötig. Um die vorhandenen Potentiale und Potenzen für eine solidarische Welt zu einem Netzwerk globaler politischer Kraft zu entwickeln¹⁸, bedarf es nicht nur der Aktivierung und Entfesselung demokratischer Potentiale auf der dezentralen Ebene, also in Betrieben, Unternehmen, Kommunen und Regionen, sondern auch einer grundsätz-

¹⁶ Hingegen ließen sich für die öffentlichkeitswirksam inszenierten Debatten um die Eingliederungsproblematik von Arbeitsimmigranten – die sicherlich ein Indikator dafür sind, dass jahrzehntelang verdrängt worden ist, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist – sehr viel leichter Lösungen finden, wenn dieses eigentliche Integrationsproblem in Bezug auf die Parallelwelten der Eliten von der Politik ernsthaft zur Kenntnis genommen und angegangen würde. Unter anderem geht es da ja um nicht weniger als geschätzte 100 Milliarden jährlich hinterzogener Steuereinnahmen allein in der Bundesrepublik.

¹⁷ Politische Liberale wie Burkard Hirsch – im liberalen Diskurs gegenüber Politikern wie M. Bangemann (vgl. Fn. 13) inzwischen freilich deutlich minoritär, sprechen in diesem Zusammenhang ja inzwischen zustimmend vom „Ende der Zuschauerdemokratie“ (SZ 30./31. 11 2010).

¹⁸ Eine Weiterentwicklung entsprechender gouvernementaler Strukturen ist gewiss immer auch Teil eines utopischen Denkens. Aber wir sind seit der römischen Erfindung einer Außenpolitik (Arendt 1993), seit der Innovation des westfälischen Friedens und über Kants philosophische Überlegungen zu einem „ewigen Frieden“ immerhin zu verschiedenen supranationalen Strukturen vorangekommen (UN, EU), die es weiter zu entwickeln gilt.

lichen Überprüfung der herrschenden neoliberalen Prämissen staatlicher Wirtschaftspolitik sowie einer entsprechenden Erneuerung und Erweiterung europäischer Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Zur Förderung entsprechender Impulse sind die technischen Bedingungen für effektive Kommunikationsnetzwerke mit dem www heute gegeben; dies zeigen schon viele konstruktive Beispiele einer Praxis im Sinne eines „Global denken, lokal handeln“. Das auf der anderen Seite riesige und nutzlose Informationsmüllhalden bis hin zu verbrecherischen Missbrauch existieren, ist ebenfalls unbestritten. Die Entwicklung und Nutzung demokratischer Potentiale des www steht heute dringlich zur Debatte. Denn dass hochkomplexe soziale und ökonomische Prozesse dabei nicht nur „einfach“ basisdemokratisch in Prozessen der face-to-face-Kommunikation in Kleingruppen gelöst werden können, ist in diesem Zusammenhang eine Banalität.¹⁹ Es bedarf selbstverständlich weiterhin vielfältiger, vermutlich auch noch erweiterter, repräsentativer Strukturen; aber die Entfaltung neuer Formen direkter demokratischer Beteiligung und „Rückkopplung“ würden die „Erdung“ der Handelnden innerhalb dieser repräsentativen Strukturen selbstverständlich verändern. Es ist hier daran zu erinnern, dass die Revolutionäre am Beginn des demokratischen Projekts der Moderne massiv auf die direkte Beteiligung aller Bürger am politischen Prozess der Gesellschaft gesetzt haben.²⁰

¹⁹ H.-J. Krysmanski (2010, 195-197) weist zu Recht darauf hin, dass sich ausgehend von den gesellschaftlichen Machtkomplexen „mit einer hochgradig computerisierten Binnenorganisation (...) hinter unserem Rücken und an den überraschendsten Orten schon *verwissenschaftlichte Planung* im Sinne des *historischen Materialismus*“ als das unerwartete Entstehen des Neuen im Alten ausmachen lasse. Vielen der „durcheinander gerüttelten Funktionseliten aus dem zweiten und dritten Glied ist zuzutrauen, dass sie über ihre eigene Rolle in den Herrschaftsstrukturen intensiver nachzudenken beginnen und Spaß bekommen am Ziel eines elektronisch abgestützten Netzwerks friedlicher Assoziationen, in denen die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ Man muss also, wenn man heute neu über Wirtschaftsdemokratie nachdenken will, das Verhältnis von Wirtschaft und Demokratie unter den Bedingungen der heutigen Entfaltung der Produktivkraft der Arbeit sehr grundlegend neu durchdenken.

²⁰ H. Arendt (1974) hat dies gerade am Beispiel der amerikanischen Revolution differenziert nachgezeichnet und zitiert in ihrer Arbeit „über die Revolution“ wiederholt den Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung T. Jefferson, von dem sie sogar behauptet, er sei – auch im Vergleich zu späteren sozialistischen Theoretikern und Politikern - der einzige, bei dem man von einem *Rätegedanken* sprechen könne. B. Hirsch (s. Fn. 13) spricht heute exakt den Punkt der aktiven Teilhabe der Bürger am demokratischen Prozess der Gesellschaft (vgl. Fn. 10) aus demokratietheoretischer Perspektive an, wenn er, angesichts der Erfahrungen mit „Stuttgart 21“ konstatiert: „Es gibt einen immer größeren Widerspruch. Die politische und technische Entwicklung ermöglicht dem Bürger im privaten Bereich immer mehr, sich zu entwickeln und zu entfalten. Bei politischen Entscheidungen hingegen bleibt er Zuschauer, sofern er sich nicht entschließt, Berufspolitiker zu wer-

Arbeitsgesellschaft und demokratische Politik

In der Marx'schen Denktradition, die in diesem Punkt auf Hegel zurückgeht, ist es die Arbeit, die den Menschen zum Menschen macht (vgl. Paust-Lassen/Peter/Wolf 2008). Für Aristoteles, den freien Bürger der Athener Polis, war es noch sein Wesen als Zoon Politikon. Die radikale Demokratin H. Arendt (1967) hat in ihrer Anknüpfung an das Denken der Antike das menschliche Handeln vom Arbeiten und Herstellen strikt unterschieden und allein dieses Handeln der Sphäre der Politik, die sie als Raum der Freiheit versteht, zugeordnet. Sie war – von diesem Denkmodell ausgehend – eine scharfe Kritikerin der marxistischen Vorstellung von einem Absterben des Staates, bzw. der Sphäre der Politik. Die menschliche Lebenswelt konnte sie dann aber – in Konsequenz ihrer Unterscheidung menschlicher Grundtätigkeiten – nur noch als ein grauenhaftes Arbeitshaus für alle denken.²¹

Nun ist aber in der modernen Arbeitsgesellschaft ‚Arbeit‘ der grundlegende Bezugspunkt des Politischen“ geworden, wie E. Balibar zutreffend feststellt (s.o.). Neben das „Recht auf *aktive Politik*, (das) ‚Recht auf Rechte‘, von dem H. Arendt spricht“ (Balibar 2008, 75) tritt die „Zentralität der Bezugnahme auf Arbeit“ (a.a.O. 83) als Quelle von Teilhabe und Anerkennung, wobei es gesellschaftlich definiert ist, was eine Arbeit ausmacht, die Anerkennung verbürgt. Und die gesellschaftliche Arbeit erfolgt in (1) institutionell verfassten Strukturen, die heute von Umwälzungen, Brüchen und Erosionsprozessen betroffen sind, in (2) arbeitsteiligen und kooperativen Arbeitsprozessen, in (3) weitgehend privatrechtlich verfassten Räumen öffentlichen, politischen Interesses und (4) auf Grundlage gesellschaftlich entfalteter je individueller Arbeitsvermögen der Menschen. Diese lebendigen Arbeitsvermögen – die sich nicht auf die kapitalistische Formbestimmung der „Ware Arbeitskraft“ reduzieren lassen – sind wiederum der eigentliche Reichtum moderner Gesellschaften – verknüpft mit der Nutzung und Pflege natürlicher Ressourcen wie auch der (institutionellen) Ressourcen der zweiten, gesellschaftlichen Natur der Menschen.

den. (...) Die Parteien führen unter sich das Stück „Parlamentarische Demokratie“ auf und merken nicht, dass sie dabei immer mehr unter sich bleiben.“

²¹ Sie spricht in ihrem Denktagebuch (Arendt 2003) aber auch davon, dass die Arbeit der Angehörigen des vierten Standes wie auch die der Frauen im Hause im Zuge der Entwicklung der Moderne zum einen zunehmend den Charakter des Herstellens annehmen und zum anderen immer mehr zu einer öffentlichen Angelegenheit werden, worauf letztlich der Aufstieg des Sozialismus im 19. Und 20. Jahrhundert beruhe – und sie liefert damit selbst die Argumente, ihren als Gegenbegriff zum politischen Handeln gefassten Arbeitsbegriff kritisch zu überprüfen (vgl. Martens 2008, Lieb 2009).

Aus dem individuelle Arbeitsvermögen jedes Menschen (mit seinen unzähligen Fähigkeiten, Qualifikationen und Kompetenzen) als Teil des gesellschaftlichen Stoffwechselprozesses zwischen Mensch und Natur, resultiert der berechtigten Anspruch aller auf soziale Anerkennung, gesellschaftliche Partizipation, Selbst- und Mitbestimmung wie auch das Recht auf aktive demokratische Mitgestaltung der Gesellschaft. Der Anspruch auf Demokratie ist ein generelles Menschenrecht, der Anspruch auf eine mitbestimmte und demokratische Gestaltung der Ökonomie wurzelt aber auch ganz wesentlich im arbeitsteiligen gesellschaftlichen Arbeitsprozess - nicht nur der Lohnarbeit – der Moderne, dem gesamten Arbeitsvermögen der Menschen, aus dem heraus jede neue Generation zur stetigen Weiterentwicklung einer demokratischen Verfassung von Wirtschaft und Gesellschaft herausgefordert ist.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass in jüngeren Diskussionen „das Ganze der Arbeit“ als die Gesamtheit aller Formen notwendiger Arbeit betont (Kambartel 1994, Biesecker 2004). Vergleichsweise gesellschaftlich höher bewertete Erwerbsarbeit in Industrie und bei industriellen Dienstleistungen gehören hierzu ebenso dazu wie gesellschaftlich weniger hoch bewertete Erwerbsarbeit im Bereich anderer, v. a. sozialer Dienstleistungen und eben auch der große Bereich von sozialer Arbeit jenseits der Lohnarbeit, im privaten Bereich der Familie, Eigenarbeit oder ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement. In den fortgeschrittenen westlichen Ländern geht es heute damit auch um die Anerkennung und Bewertung sozialer Arbeit im Verhältnis zu klassischen Bereichen der (im „Fordismus“ vornehmlich männlich geprägten) Erwerbsarbeit.

Die weitere ökonomische und soziale Entwicklung kann nur von einem solchen „Ganzen der Arbeit“ her demokratisch gestaltet werden. Ausgehend von den mit dessen heutigen Vielfalt und Qualität erreichten Formen und Ansprüchen sozialer Bürgerschaft für alle, braucht Demokratie dem gemäß erweiterte Beteiligungsformen der Menschen und entsprechende Weiterentwicklungen institutioneller Strukturen in Gesellschaft, Politik, Staat und Wirtschaft! Hierin wurzelt auch der Anspruch des Primats demokratischer Politik gegenüber jeder Form der Ökonomie. Dieser grundsätzliche Anspruch besteht unbeschadet der Tatsache, dass das individuelle und gesellschaftliche Arbeitsvermögen nicht frei ist von den Lasten und Widersprüchen der Geschichte und durch die bestehenden sozialen und ökonomischen Verhältnisse sowohl hoch entwickelt wie unentwickelt, reguliert oder deformiert oder gar gebrochen und zerstört

sein kann. Wir wissen, die menschlichen Fähigkeiten können konstruktiv zur Entwicklung der Menschen und beispielsweise zur Bekämpfung von Hunger eingesetzt werden. Sie können aber auch destruktiv, inhuman und zur Erzeugung von Hunger genutzt werden. Das menschliche Arbeitsvermögen umfasst Potenzen sowohl von Produktiv- wie Destruktivkräften. Die gesellschaftliche Ordnung, welche die Menschen sich geben, entscheidet zuletzt darüber, welche Potenzen auf welche Weise entfaltet werden. Es geht hier, seit dem Beginn der europäischen Aufklärung um eine kollektive Praxis. „Gleichheit und Freiheit erscheinen somit nicht als Geburtsrechte²², sondern als *praktische Konstruktionen*: eher als von ‚anthropologischen Grundlagen‘ moderner Politik sollte also von Ergebnissen einer Politik gesprochen werden, deren *anthropologische Implikationen* grundlegend sind (da sie in gewisser Weise selbst die Vorstellungen von der menschlichen ‚Natur‘ verändern) (Balibar 2008, 84).²³

Die im Rückgriff auf das Denken der Antike in der europäischen Moderne entwickelten Ansprüche zunächst auf die gleiche Freiheit Aller²⁴, dann auf soziale Bürgerrechte im Sinne von Balibars *égalité*, ruhen also heute auf einem breiten Fundament gesellschaftlicher Praxis, die als eine Geschichte sozialer Kämpfe beschrieben werden kann. In die konkreten Auseinandersetzungen um Inklusion oder Exklusion bei der wechselseitigen Befähigung zur Wahrnehmung dieser Rechte, also in die Auseinandersetzungen um die Durchsetzung und institutionelle Befestigung der sozialen Demokratie, waren die Gewerkschaften als Organisationen der lebendigen Arbeit immer in hohem Maße involviert. Die Geschichte der modernen Demokratie ist deshalb auf das engste mit der Geschichte der Gewerkschaften verknüpft (Markovits 1989).

In unseren heutigen Zeiten, die zugleich durch ökonomische, ökologische und politische Krisenprozesse geprägt sind, richtet sich ein aus der eigenen Gewerkschaftsge-

²² Als die sie in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung postuliert werden.

²³ Diese These, die Balibar in einer Fußnote zu der zitierten Passage mit der Bemerkung versieht, „nicht der Mensch macht die Institution, sondern die Institution macht – oder im Falle des Nicht-Gelingens zerstört - den Menschen“, ist also durchaus mit Grundannahmen der Philosophischen Anthropologie (Plessner) vereinbar. Sie impliziert keineswegs die Behauptung, dass es keine anthropologischen Grundlegungen menschlicher Existenzweisen gibt – aber sie legt es nahe, mit deren „Feststellung“ vorsichtig umzugehen, denn sie begegnen uns immer nur als Grundlagen unserer Existenz, die schon gesellschaftlich geformt oder auch unterstellt sind.

²⁴ Historisch zunächst aller männlichen Bürger, weshalb Jefferson immer Probleme mit der Nicht-Gleichstellung der indianischen Ureinwohner wie auch der farbigen Sklaven gehabt hat, wohingegen ein Anspruch auf gleiche Freiheit der Frauen als ein ebensolches Geburtsrecht, in seinem Denken noch keine Rolle spielte.

schichte heraus verstandenes umfassendes Projekt der weiteren Demokratisierung gegen eine sozial, ökologisch wie auch institutionell-politisch zerstörerische globale Ökonomie. Darin verwoben und gleichsam „eingebettet“ ist auch die humane Nutzung und weitere Entfaltung der menschlichen Arbeitsvermögen, im Sinne einer Befreiung zugleich „in der als auch von Arbeit“ (Strasser 2010). Der Kampf gegen die Krisen, die diese neoliberal geprägte Ökonomie hervorbringt, wäre auch ein kaum zu überschätzender Beitrag zur Bekämpfung der weltweiten Massenarbeitslosigkeit. Alle diese Maßnahmen würden Arbeit schaffen, sinnvolle Arbeit schaffen, würdige Arbeit schaffen, auf die die arbeitenden Menschen zu Recht stolz sein könnten und die ihnen auch Anerkennung und aktive Teilhabe am politischen Prozess ihrer Gesellschaften ermöglichen würde .

Unsere soziale Wirklichkeit bedarf dringend einer neuerlichen Welle der Demokratisierung und vielfältiger erneuerter und erweiterter Formen der Regulierung, damit den unterschiedlichen Dimensionen der globalen Krise, welche die in langen Auseinandersetzungen erreichten sozialen Fortschritte und – im Blick v. a. auf die ökologische Krise - die weiter fortschreitende Entfaltung kollektiver menschlicher Praxis auf diesem Planeten gefährden, mit Erfolg entgegengetreten werden kann.

Demokratie in der Ökonomie

Der ungeheure Reichtum dieser Welt ist das Ergebnis der Arbeit aller Menschen und nicht einiger weniger, die sich dadurch unterscheiden, dass sie über unterschiedliche Einkommen verfügen, die nichts mehr mit unterschiedlichen individuellen Leistungen zu tun haben, die über riesige Vermögen verfügen oder nicht, oder die Entscheidungen in „systemrelevanten“ Konzernen treffen und damit Macht haben. Es mangelt dieser Welt weder am Geld noch an den Ressourcen, um Krisen, Katastrophen und Fehlentwicklungen aktiv zu bekämpfen, und so Hunger, Unterentwicklung, Unterdrückung, Ausbeutung Bildungsarmut, Mangel an medizinischer Versorgung, dadurch ausgelösten sozialen Konflikten, Gewalt und Krieg, ökologischen Zerstörungen usw. wirkungsvoll zu begegnen. Woran es allerdings mangelt, das sind entsprechende Weiterentwicklungen auch globaler Governance-Strukturen, die ihrerseits aber wohl nur dann in den Bereich des Vorstellbaren rücken werden, wenn ein entsprechendes globales Denken durch sehr viel besser aufgeklärtes lokales Handeln vorangebracht worden ist.

Aber diesen Weg der Vernunft, der Humanität und des Anstandes gehen wir als Gesellschaft heute nicht. So funktioniert unsere Welt nicht, weil das Leitbild gesellschaftlicher Verantwortung und Demokratie, das nach dem zweiten Weltkrieg die Entwicklung in weiten Teilen der Welt geprägt hat, einem bornierten Individualismus und einer ideologischen Gleichsetzung von Markt und Freiheit gewichen ist.²⁵ Man ist fast geneigt, von solcher fundamentalistischen Marktradikalität - als Vorstellung völliger Grenzenlosigkeit, die sich geradezu symbiotisch mit einem Traum grenzenloser wissenschaftlich-technischer Machbarkeit von Allem verbindet²⁶ als von einer Art von Ersatzreligion zu sprechen.

Dem gegenwärtig in Europa vorherrschenden, „konterrevolutionären“ (Naomi Klein) hayekianischen Programm ist ein Projekt umfassender Demokratisierung entgegen zu setzen, das an die Versprechen der europäischen Aufklärung und die darauf fußenden Traditionen des demokratischen Projekts der Moderne mit seiner Entwicklung einer sozialen Bürgerschaft anknüpft. O. Negt (2006) hat auf der 5. Jahrestagung des Forums Neue Politik der Arbeit gegen die diffusen Vorstellungen einer gleichsam mit Naturgewalt über uns kommenden Globalisierung, die sich heute in immer bedrohlicheren krisenhaften Entwicklungen zur Geltung bringt, den Begriff der Weltordnung vorgeschlagen. Von einem solchen Weltbegriff statt von Globalisierung zu sprechen würde nach seiner Überzeugung ein neues Geflecht von Gedanken ermöglichen. Vielleicht auch den einer Welt-Wirtschaftsdemokratie, der vermutlich aber eine nicht bearbeitbare Komplexität von Praxen, Problemen, Fragen und Begriffen aufwerfen würde, was

²⁵ Auf dem Höhepunkt der Großen Depression hatte der britische Nationalökonom John Maynard Keynes (1933/1985: 156) die Zäsur der 1930er Jahre in die Worte gefasst: „Der dekadente internationale, aber individualistische Kapitalismus ... hat zu keinem Erfolg geführt. Er ist nicht klug, nicht schön, nicht gerecht und nicht sittlich – und er liefert nur unzulängliche Güter. Kurz, wir missbilligen ihn und beginnen ihn zu verachten. Aber wir sind äußerst perplex, wenn wir uns überlegen, was an seine Stelle gesetzt werden soll.“ Mit den Erfahrungen des New Deal waren wir auf dem „schwierigen Weg in eine solidarische Wirtschaft“ (Roesler 2010a) dann ein Stück in den „Glanz und das Elend der gemischten Wirtschaft“ (Galbraith), Roesler 2010b) voran gekommen, aber angesichts der heutigen Folgen des neoliberalen Roll Backs scheinen wir wieder ähnlich perplex da zustehen wie Keynes das seinerzeit formuliert hat. Oder in den Worten P. Krugmans: „Wir haben es vorgezogen zu vergessen, was in den dreißiger Jahren passiert ist, und weil wir uns geweigert haben, aus der Geschichte zu lernen, wiederholen wir sie jetzt.“ (zitiert nach Roesler 2010a,1)

²⁶ A. Gorz (2004) schreibt in eben diesem Sinn: „Was Moishe Postone über die „Kapitalform“ schreibt, gilt auch für das Vorhaben der Wissenschaft: Es „hängt ihr der Traum einer äußersten Grenzenlosigkeit an, einer Phantasie von Freiheit als der völligen Befreiung von aller Stofflichkeit, von der Natur. Dieser Traum des Kapitals wird zum Albtraum für all das und all diejenigen, wovon sich das Kapital zu befreien sucht, den Planeten und seine Bewohner.“

eine erhebliche Gefahr der Kapitulation des Denkens gegenüber der Komplexität und folglich des „Absetzens des Schreibstifts“ zur Folge haben könnte. Die Aufforderung zum „global denken und lokal handeln“ bleibt dennoch richtig und kann nicht zur Disposition gestellt werden.

Wir möchten daher an dieser Stelle vorschlagen, in einer solchen Perspektive zunächst im nationalen Rahmen – unter Berücksichtigung der darin zu unterscheidenden Handlungsebenen – und dann auch im Blick auf die europäische Handlungsebene ein Projekt der Erneuerung und weiteren Entwicklung sozialer Demokratie zu formulieren. Die Anforderungen, die daran zu stellen wären, lassen sich nach der bisherigen Skizze wie folgt zusammenfassen:

- Es geht im grundsätzlichen Verständnis um die Herstellung des Primates demokratischer Politik über die Ökonomie,
- den Schutz und Ausbau (Beteiligung) der Demokratie und der sozialen Bürgerrechte,
- die Gewährleistung sozialer Sicherheit und eine menschengerechte Gestaltung der Arbeit als Voraussetzung zur Befähigung zur Wahrnehmung sozialer Bürgerrechte, eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums,
- die Erreichung nicht nur sozialer sondern auch ökologische Nachhaltigkeit für den Erhalt und Schutz natürlicher Lebenswelten,
- den Aufbau einer Friedensökonomie.

Dies sind die politischen Eckpunkte demokratischer Selbstbehauptung gegen die globale Krise. All die genannten Ziele werden sich nur erreichen lassen, wenn Theorie und Praxis zur Demokratie in der Ökonomie wieder aufgegriffen und auf dem Hintergrund geschichtlicher Erfahrungen seit Beginn des demokratischen Projekts der Moderne reflektiert und neu gedacht werden.

Neue Wirtschaftsdemokratie als Herausforderung

Für die Konkretisierung entsprechender Überlegungen schlagen wir den Begriff „neue Wirtschaftsdemokratie“ vor. Er korrespondiert mit Balibars Begriff der sozialen Bürger-

schaft und trägt dem Umstand Rechnung, dass Arbeit mit der Durchsetzung der sozialen Demokratie in den ersten Nachkriegsjahrzehnten zum zentralen Bezugspunkt des Politischen geworden ist. Er verweist begrifflich auf Traditionslinien der deutschen Gewerkschaftsbewegung (Naphtali 1928), setzt sich aber zugleich auch von diesen ab. Er ermöglicht außerdem Rückbezüge auf Bestrebungen zur demokratischen (Um)Gestaltung der Arbeit, die sich in den Traditionsbeständen aller nationalen Arbeiterbewegungen finden lassen und in Europa und den USA auch mit den utopisch-sozialistischen Ansätzen zu Zeiten der großen bürgerlichen Revolutionen verknüpft sind. Und er ermöglicht es, Wirtschaftsdemokratie und die in der Tat eher spezifisch deutschen Traditionen der Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen mit der erforderlichen Sorgfalt voneinander zu unterscheiden.

Neue Wirtschaftsdemokratie ist, auch wenn der Begriff der Wirtschaftsdemokratie im Hinblick auf konzeptionelle Debatten des ADGB von Naphtali 1928 geprägt und nach 1945 von den neu entstehenden Einheitsgewerkschaften in den Westzonen und der späteren Bundesrepublik Deutschland aufgegriffen wurde, keineswegs eine spezifisch deutsche Tradition, wie dies die Mitbestimmung sicherlich ist. Die Mitbestimmung (in Betrieb und Unternehmen), die als „isolierte Pragmatisierung einiger Grundgedanken der Wirtschaftsdemokratie unter den Kräfteverhältnissen der Nachkriegszeit“ (Borsdorf 1982) durchaus in wirtschaftsdemokratischen Ideen wurzelte, ist vielmehr schon mit dem Betriebsverfassungsgesetz – in der Tradition des Weimarer Betriebsrätegesetzes – und als Unternehmensmitbestimmung dann mit dem MitbestG'76 aus diesem konzeptionellen Zusammenhang herausgelöst worden²⁷. „Neue Wirtschaftsdemokratie“, kann daher nicht einfach an alte gewerkschaftliche Traditionen anknüpfen, und darf auch nicht mit der eher spezifisch deutschen Mitbestimmung verwechselt werden. Ohne einen zentralen und aktiven Beitrag der Gewerkschaften ist sie aber völlig undenkbar. Darüber hinaus ist es aber notwendig, die Gesellschaft bis weit in andere Berei-

²⁷ Es ist deshalb gedanken- und theorielos wenn z.B. F. Hörisch (2010) - in zudem hoch selektiver Anknüpfung an das Betriebsrätegesetz von 1920, das BetrVG von 1952, das MitbestG'76 und die Euro-Betriebsräte - , allein über „die Weiterentwicklung der Unternehmensmitbestimmung in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise – die Wortwahl signalisiert im Übrigen sogleich deren Verharmlosung - mit der Forderung „mehr Demokratie wagen – auch in der Wirtschaft“, den Eindruck einer wirtschaftsdemokratischen Kontinuität erweckt und zugleich die Hoffnung schürt, mit dem begrenzten Ausbau vorhandener institutioneller Strukturen Problemlösungen im Sinne von Stabilität und Nachhaltigkeit anbieten zu können.

che als die der gewerkschaftlich organisierten abhängig Beschäftigten hinein für einen derartigen neuen demokratischen Aufbruch zu gewinnen

Wirtschaftsdemokratische Ansätze finden sich, beginnend mit frühen utopisch-sozialistischen Vorstellungen über selbstverwaltete Betriebe, schon in enger zeitlicher Verknüpfung mit den großen bürgerlichen Revolutionen und dann weiter als konzeptionelle Überlegungen und praktische Versuche zu Formen demokratisch selbstverwalteter Wirtschaften in der Geschichte eigentlich aller kapitalistischen Länder und ihrer Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegungen. Gerade für die Gewerkschaften ist es deshalb wichtig, den, z.T. verschütteten eigenen Erfahrungsschatz in einer Debatte über neue Wirtschaftsdemokratie erneut freizulegen, sich öffentlich zu vergegenwärtigen und kritisch zu prüfen.

4. Neue Wirtschaftsdemokratie als Herausforderung: Aus Erfahrungen lernen und an Widersprüche anknüpfen

Die ökonomischen, sozialen und politischen Herausforderungen, die aus den sich überlagernden Krisenprozessen zu Beginn des 21. Jahrhunderts resultieren, werden sich ohne einen Bruch und Umbau ökonomischer Machtstrukturen, welche die kapitalistische Form der Globalisierung in den letzten dreißig Jahren hervorgebracht hat, nicht bewältigen lassen. Die These von der grundsätzlichen Beherrschbarkeit der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Ökonomie hat sich eben gerade mit der Weltwirtschaftskrise wieder als ein Mythos erwiesen (Krugman 2009), um von der These eines Endes der Geschichte, das mit dem Ende des „real existierenden Sozialismus“ angeblich erreicht gewesen sein sollte (Fukuyama 1989), gar nicht erst zu sprechen.

Wir schlagen im Blick auf diese neu einsetzende Debatte um ökonomische Alternativen vor, von „neuer Wirtschaftsdemokratie“ (Martens 2010 a und b) zu sprechen, nicht zuletzt deshalb, weil Wirtschaftsdemokratie allzu eng mit dem Konzept Naphtalis verknüpft ist. Neben einer Reihe theoretischer Schwächen, derentwegen es mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise von 1929 ja auch sogleich tagespolitisch bedeutungslos geworden ist (vgl. Borsdorf 1986), zeichnet sich dieses Konzept dadurch aus, dass es, im Sinne seinerzeit verbreiteter und fast selbstverständlicher Vorstellungen, einfach

nur den friedlichen Übergang zum Sozialismus ermöglichen sollte, während man heute doch sofort fragen müsste: zu welchem Sozialismus denn bitte?

Wirtschaftsdemokratie war andererseits aber immer bestimmten Grundprinzipien verpflichtet, die sich in den historisch bedeutsamen Konzepten finden und die auch in einer Debatte über eine neue Wirtschaftsdemokratie wichtig sind. Sie betreffen (1) die Demokratisierung aller Ebenen wirtschaftlichen Handelns, (2) die Kritik eines nur vermeintlichen Gegensatzes von Markt und Staat sowie (3) die Betonung einer Einheit von politischer und sozialer Demokratie (Hirschel/Schulten (2010)). Von diesen Grundprinzipien gehen auch wir aus, aber vor dem Hintergrund der im Kapitel 2 skizzierten vielfachen einander überlagernden - und dabei einander zugleich wechselseitig verstärkenden, u.U. in der öffentlichen Wahrnehmung aber auch einander verdeckenden – Krisenentwicklungen akzentuieren wir das etwas anders und versuchen uns in einer Art „Einkreisung“ dem Thema zu nähern.

Markt, Plan, direkte / indirekte Steuerung in einer gemischten Wirtschaft

Neue Wirtschaftsdemokratie setzt nicht unkritisch und vorschnell an der Eigentumsfrage an, sondern an den mittlerweile offenkundigen Steuerungsproblemen des Shareholder-Kapitalismus. Ihre weitere konzeptionelle Ausarbeitung braucht deshalb sowohl eine kritisch-historische Analyse von Markt und Kapitalismus, Markt und Plan, Markt und sozialer Demokratie als auch eine Debatte um das Verhältnis von direkter zu indirekter Steuerung komplexer „Systeme“. Die öffentliche Diskussion über die Steuerung und Regulierung der Ökonomie konzentrieren sich aktuell auf konzeptionelle und politische Fragen der Steuerung und Regulierung der Finanzmärkte und des internationalen Währungssystems – und die Kritik an dem Skandal, dass die herrschende Politik hier keine ernstlichen Konsequenzen aus den Erfahrungen der ökonomischen Krise zieht. Dieses Thema ist zweifellos zentraler Bestandteil konzeptioneller Überlegungen zur Wirtschaftsdemokratie.

Wirtschaftsdemokratische Überlegungen müssen aber alle Fragen der Makroökonomie mit in den Blick nehmen, und ganz zentral ist hier die Kritik an den ungebrochen neoliberal geprägten Prämissen staatlicher Wirtschaftspolitik in Europa. Die „Wiederkehr von Keynes“ (Krugman 2009), und zwar des ganzen Keynes, der das Desaster des neoliberalen Roll Backs im Kern schon 1944 richtig prognostiziert hat (Zinn

2007)²⁸ gehört hier auf die Tagesordnung wirtschaftsdemokratischer Forderungen. Es ginge also um (1) eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten (um Nachfrage zu schaffen), (2) um allgemeine Verkürzungen der Arbeitszeit (im Gegenzug zu immer weiteren Arbeit sparenden Produktivitätssteigerungen) und (3) um die Stärkung sozial oder wohlfahrtsstaatliche Strukturen²⁹ durch eine andere Steuerpolitik, aber auch durch eine Sozialisierung von Investitionen. Neue Wirtschaftsdemokratie braucht deshalb eine selbstkritische Debatte über Formen gesellschaftlichen Eigentums in einer gemischten Wirtschaft, historische Erfahrungen, strukturelle Probleme und, u.a. auch durch die Entwicklung der IuK-Technologien neu erschlossene Möglichkeiten (Krysmanski 2010), demokratischer Steuerung gesellschaftlicher neben privaten Eigentumsformen und eine Auseinandersetzung mit Fehlentwicklungen des öffentlichen Sektors. Mit dessen Erneuerung und Stärkung ließen sich auch Fragen regionaler Strukturpolitik oder auch solche ökologisch gebotener Konversionsprozesse (etwa in der Energiepolitik) aus gesellschaftlicher Perspektive angehen, und zugleich stellt sich dann die Frage nach geeigneten institutionellen Vorkehrungen für eine demokratische Kontrolle und Gestaltung solcher politischen Prozesse.³⁰

Staat, Demokratie, soziale Bürgerrechte

Neue Wirtschaftsdemokratie braucht nicht nur eine Diskussion und neue Antworten zu den offenkundigen Steuerungsproblematiken. Sie impliziert damit gleichermaßen eine umfassende Debatte zu demokratietheoretischen Fragen. Denn sie zielt angesichts einer immer deutlicher spürbaren Krise der Demokratie auf Weiterentwicklungen der sozialen Demokratie im Wege von Schritten der Demokratisierung der Wirtschaft, oh-

²⁸ Im Sinne von S. Hawkings in seinem jüngsten, zusammen mit L. Mlodinow verfassten Werk (Hawkings/Mlodinow 2010) vertretenen erkenntnistheoretischen Konzept eines „modellabhängigen Realismus“ entspräche sie den, im Prinzip nicht neuen, vier Qualitätskriterien für solche Theorien in hohem Maße. Sie sind: Eleganz, Sparsamkeit, Erklärungskraft und Vorhersagefähigkeit. Die wissenschaftliche Qualität der angebotsorientierten Theorien der Mainstreamökonomie ist daran gemessen jedenfalls äußerst dürftig, um das mindeste zu sagen.

²⁹ Wie die auf der Höhe der Zeit, sprich der Entwicklung fortgeschrittener öffentlicher Organisation gesellschaftlicher Arbeit ausgestaltet sein müsste, haben u.a. M. Möhring-Hesse und S. Lessenich (2004) mit ihren Überlegungen zum „Leitbild eines demokratischen Sozialstaats“ im Zuge eines Beitrags im Anschluss an die Zukunftsdebatte der IG Metall zu Beginn der Dekade dargelegt (vgl. dazu Martens 2007a, 49-71)..

³⁰ Der Aktionsplan der IG Metall (2009) „Aktiv aus der Krise – Gemeinsam für ein gutes Leben“, in dem, neben Forderungen zum, Ausbau der Mitbestimmung und Betrieb und Unternehmen u.a. die Erhebung einer Zwanganleihe auf höhere Vermögen gefordert wird, die 100 Mrd.€ erbringen soll, führt so z.B. zwingend zu der Frage, wie der Einsatz dieser Mittel im Hinblick auf die Stützung und nachhaltige Weiterentwicklung der Realwirtschaft erreicht werden soll.

ne diese unkritisch (!) an der Eigentumsfrage festzumachen, ohne private Initiative grundsätzlich ersetzen zu wollen und das Verhältnis von Markt und Staat – Regulierung, Steuerung und Planung im öffentlichen Interesse – ausschließlich als Gegensatz zu betrachten.

Damit die Frage der Weiterentwicklung der sozialen Demokratie nicht sogleich eingedampft wird zu der Frage, wie man auf abgehobenen Ebenen staatlicher, und regionaler Struktur- und Wirtschaftspolitik zusätzliche Steuerungsmechanismen installieren und zu deren Handhabung zusätzlichen Sachverstand mobilisieren kann,³¹⁾ bedarf Neue Wirtschaftsdemokratie dringlich einer systematischen Unterscheidung von Wirtschaftsdemokratie „von oben“ – darum ging es in der bisherigen Argumentation – und „von unten“. Darum muss es vor allem auch dann gehen, wenn die demokratietheoretisch bedeutsamen Aspekte von Wirtschaftsdemokratie gegen die heute um sich greifenden postdemokratischen Entwicklungstendenzen praktisch zur Geltung gebracht werden sollen. Damit geht es um die Sicherung und den Ausbau demokratischer Rechte der einzelnen Vielen, als Bürger, Konsumenten usw. (siehe Stuttgart 21), aber auch direkt in der Sphäre einer immer noch privatrechtlich verfassten Wirtschaft. Dabei ist daran zu erinnern, dass gerade auch in den neoliberalen Modernisierungskonzepten die Beteiligung der einzelnen Beschäftigten – im Sinne eines eigenverantwortlichen unternehmerischen Mitdenkens und –handelns (Stichwort: „Arbeitskraftunternehmer“³² als unabweisbares Modernisierungserfordernis angesehen wird – und zwar keineswegs nur für hochqualifizierte Beschäftigte in ihren Projektteams, sondern gleichermaßen für die Beschäftigten in der Filiale eines Discounters. In einer demokratischen Gesellschaft wie der unseren muss hier zwingend die Frage gestellt werden, ob solche Beteiligung, die die Gewerkschaften, im Blick auf ihre Kernmitgliedschaft, ohnehin schon für eigene Mobilisierungskonzepte nutzen³³, nicht auch im Sinne gesetz-

³¹ Exakt hier lag einseitig der Schwerpunkt des Wirtschaftsdemokratiekonzepts des ADGB – und vorher auch schon der Diskussionen der diversen Sozialisierungskommissionen, die 1919 in der Folge der Novemberrevolution eingerichtet worden sind (vgl. v. Oertzen 1976).

³² Der Begriff wurde von G.G. Voß und J. Pongratz (1998) in die industriesoziologische Debatte eingeführt. Zur kritischen Diskussion in gewerkschaftlichen Kontexten vgl. u.a. die Beiträge in dem von E. Kuda und J. Strauss (2002) herausgegebenen Sammelband.

³³ Die IG Metall Kampagne „besser statt billiger“ z.B. ist ja in dieser Hinsicht nichts anderes, als der Versuch über die Mobilisierung des „Laienexpertenwissens“ von Beschäftigten und den Aufbau von Beratungsinfrastrukturen das Potential für die Durchsetzung von sogenannten „Besserstrategien“ zu entfalten, durch die qualifizierte Beschäftigung und innovative Produkte und Reorganisationsprozesse der Produktion erreicht werden sollen. Und selbstverständlich versucht die IG Metall darüber zugleich eine größere Mitgliedernähe und eine höhere Zahl von Mitgliedern zu gewinnen (Korflür u.a. 2010).

lich gesicherter und einklagbarer demokratischer Rechte ausgebaut werden muss. Und das gilt gerade auch für den im letzten Jahrzehnt rapide auf inzwischen nahezu ein Viertel aller erwerbstätig Beschäftigten angewachsenen Niedriglohnbereich. Dass hier autoritäre Führungsstile und systematische Lohndrückerei den Arbeitsalltag der Beschäftigten prägen, ist in einer Gesellschaft, die sich offiziell viel auf die von ihr erreichte soziale Demokratie, also die sozialen Bürgerrechte aller ihrer Mitglieder, zugutehält, aus wirtschaftsdemokratischer Perspektive in jeder Hinsicht weiter zu skandalisieren und zu bekämpfen.

Lernen, Wissen Emanzipieren

Neue Wirtschaftsdemokratie braucht und fördert soziales Lernen im Sinne des Erkennens und Entfaltens demokratischer Potentiale im täglichen praktischen Handeln, des Denkens in Zusammenhängen und der Entwicklung sozialer und fachlicher Kompetenz über das individuelle Arbeitsfeld hinaus. Dabei braucht neue Wirtschaftsdemokratie die Bereitschaft zur Übernahme von individueller und gesellschaftlicher Verantwortung und ein Bewusstsein um die widersprüchlichen wechselseitigen Beziehungen im Verhältnis von Individuum und Gesellschaft.

Sie knüpft also in der Sphäre der Wirtschaft an die bereits entwickelten, im Arbeits- und Verwertungsprozess vorhandener und vorrangig vom Management zum Zweck betrieblicher Ergebnisverbesserung geforderten Potentiale der lebendigen Arbeit an. Aus Sicht einer Neuen Wirtschaftsdemokratie ist dieser Prozess in der Perspektive sozialer Emanzipation zu denken, und sie kann dabei an vielfältige neue Potentiale anknüpfen, die mit der „neuen Konstellation der kapitalistischen Produktionsweise“ gegeben sind, die die „neoliberale Revolution“ der vergangenen Jahrzehnte hervorge-
trieben hat.³⁴ Selbst das neoliberale Einheitsdenken“ unserer Zeit fordert längst den

³⁴ In den „Spandauer Thesen“ (Glawe u.a. 2006) haben wir diese neue Konstellation als einen epochalen Umbruch charakterisiert, der einen fortschreitenden Sozialabbau zur Konsequenz hat. Verbunden damit ist zugleich eine Art „paradoxa Wunscherfüllung“ – bezogen auf die Forderungen der „fordistischen Massenarbeiter“ in den sozialen Konflikten im Ausgang der 1960er Jahre. Gesellschaftlich durchgesetzt wird in dieser Phase aber nicht nur *das* ideologische Paradigma des Neoliberalismus – mehr Freiheit durch Stärkung der ‚Eigenverantwortung‘ der einzelnen Vielen, als Privateigentümer und ‚Arbeitskraftunternehmer‘ ihrer selbst, bei gleichzeitiger Zersetzung des geschichtlich schon erreichten Standes solidarischen gesellschaftlichen Zusammenhalts in einer gemischten Wirtschaft.

selbsttätig mitdenkenden und -handelnden und bereits genannten „Arbeitskraftunternehmer“. Partizipation der Einzelnen ist also gefordert, aber Partizipation im Rahmen scheinbar naturgegebener Zwänge einzelwirtschaftlicher Rationalität und Konkurrenz, „Partizipation und/als/statt Demokratie“ (Moldaschl 2004), Partizipation im Rahmen eines neoliberal umgedeuteten Freiheitsbegriffs. Gleichwohl ist festzuhalten: das Beteiligungspotential der Menschen in der – bis heute wesentlich demokratiefrei gedachten -Sphäre der Wirtschaft (vgl. Lieb 2009) war noch nie so groß wie heute (Martens 2010,111-129). Und das gilt vom High-Potential bis hin zu den Beschäftigten in der Filiale eines Discounters. Die gesellschaftlich schon geschaffenen Voraussetzungen für eine andere „Norm menschenwürdiger Arbeit und Gerechtigkeit“ (Schumacher) waren mithin noch nie so gut wie heute in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern der Triade.

Kulturelle Auseinandersetzungen und demokratische Transformationen

Neue Wirtschaftsdemokratie bricht mit den immer noch vorherrschenden neoliberalen Glaubenssätzen und bezeichnet ein Konzept vielfältiger praktischer Handlungsansätze auf eine offene Zukunft hin. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung um Demokratie in der Wirtschaft / Neue Wirtschaftsdemokratie ist deshalb eine kulturelle Auseinandersetzung auf allen Ebenen der Gesellschaft. Es geht um demokratische Transformationen auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen (Arbeitsplatz, Betrieb, Unternehmen, Kommune, Region usw.). Es geht also, wenn man die Forderung ernst nimmt, „das Ganze der Arbeit“ bei einer demokratischen Erneuerung der Gesellschaft als einen Ausgangspunkt zu nehmen, auch um demokratische Rechte der Menschen als Konsumenten von Waren und Dienstleistungen, den Ausbau ihrer Teilhabe(möglichkeiten) am kommunalen Leben usw.³⁵ Es geht um viele (unterschiedliche)

Gesellschaftlich durchgesetzt wird vielmehr mit eben diesem Arbeitskraftunternehmertum auch eine neue Qualität der Entfaltung der Produktivkraft je individueller Arbeitsvermögen, also ein erweitertes emanzipatorisches Potential, das es heute auf dem neu zu beschreitenden Weg in eine solidarische Gesellschaft aus seinen neoliberalen Beschränkungen zu befreien gilt. Eine neuerliche Umdefinition des Freiheitsbegriffs, als „gleiche Freiheit“ mit der „Möglichkeit einer wirksamen gesellschaftlichen Partizipation (...),die nicht an das Privateigentum gebunden werden darf“ ist deshalb die Forderung der letzten der Spandauer Thesen (Glawe u.a. 2006, 297f)

³⁵ W. Storz (2005, 182ff) betont in seinem Beitrag zu „Auswegen“ aus der „herrschenden Leere“ u. a. die Bedeutung der Herstellung von Verbraucherinteressen durch „öffentlichen Erfahrungsaustausch“ für ein nachhaltiges Wirtschaften und zitiert u.a. D. Roosevelt aus dem amerikanischen Wahlkampf von 1932 mit dem Satz: „In the future, we are going to think less about the producer and more about the consumer“. Wir würden alle diese Perspektiven als Dimensionen eines öffentlichen Interesses ansehen, dessen Artikulation und

Transformationen mit unterschiedlichen Praxen, die das Neue im Alten sein können und sind. Die Durchschlagskraft neuer wirtschaftsdemokratischer Vorstellungen ist deshalb in hohem Maße davon abhängig, dass und wie es gelingt, in einer solchen basisdemokratischen Perspektive³⁶ die eingetretene Abgehobenheit gesellschaftlicher Funktionseliten nicht nur überzeugend zu kritisieren, sondern ihren Projekten auch konstruktive Alternativen entgegen zu stellen. Dabei ist nicht zu bestreiten, dass man auch zukünftig vergleichbare Funktionseliten benötigen wird; aber im politischen Prozess der Gesellschaft, der eben auch den öffentlich höchst relevanten Raum einer privatrechtlich verfassten Wirtschaft einschließen muss, ist das Recht der aktiven Teilhabe Aller als „Recht der Rechte“ - also auch der prekär Beschäftigten im Niedriglohnbereich - immer wieder offensiv einzuklagen und durchzusetzen.

Viele globale Praxen – und eine vorläufige allgemeine Definition der Fragestellung nach einer Neuen Wirtschaftsdemokratie

Alles bisher Gesagte bezieht sich auf einen nationalstaatlich gesetzten Handlungsrahmen mit den darin zu unterscheidenden unterschiedlichen Handlungsebenen. Wir leben aber heute, durchaus glücklicherweise, in einer den nationalstaatlichen Rahmen übergreifenden Europäischen Union. Dieses Europa ist zwar in den beiden letzten Jahrzehnten im Rahmen einer neoliberalen Agenda konzipiert und weiter entwickelt worden, aber auch auf dieser Ebene gilt in einer radikaldemokratischen Perspektive gegen das hayekianische Projekt der fortschreitenden Aushöhlung demokratischer Selbst- und Mitgestaltung durch die Bürger als den eigentlichen Souverän: „Europa sind wir“ (Scholz u.a. 2009). Neue Wirtschaftsdemokratie muss deshalb heute, ausgehend von entsprechenden Veränderungen je nationaler Wirtschaftspolitiken europäisch konzipiert und darüber hinaus global und kulturell heterogen gedacht und voran gebracht werden. Neue Wirtschaftsdemokratie kann somit viele Formen haben und bedeutet deshalb zunächst einmal keine einheitliche Praxis erneuerter und erweiterter gesellschaftlicher Regulation im je nationalstaatlichen Rahmen. Sie wird hier vielmehr – an den gleichen einleitend zu diesem Kapitel formulierten Prinzipien orientiert – an national unterschiedlich ausgeprägte Situationen und Regelungskomplexe anknüpfen müssen. „Französische Verhältnisse“ z. B. sind nun einmal etwas anderes als die stark

Durchsetzung erweiterter demokratischer Prozesse und Strukturen bedarf.

³⁶ Die sich im Übrigen hervorragend auf den Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung berufen kann (vgl. Arendt 1974).

institutionalisierten Muster, wie sie die deutsche Wirklichkeit „industrieller Beziehungen“ nach wie vor prägen.³⁷

Unser vorläufiges Verständnis dessen, worum es in einer „neuen Wirtschaftsdemokratie“ geht, lässt sich auf der Grundlage der bisherigen Überlegungen normativ (wie folgt) umreißen, wohl wissend, dass die historisch, dialektischen Herausforderungen zu einem begrifflich zugleich präzisen und hinreichend differenzierten Verständnis einer entsprechenden gesellschaftlichen Praxis damit noch längst nicht bewältigt sind.

Neue Wirtschaftsdemokratie zielt auf eine Stärkung und lebendige Aneignung demokratischer Rechte jedes Einzelnen und damit der Menge der Vielen in Wirtschaft und Gesellschaft, die traditionell als die zu fürchtende „Masse“ begriffen wird. Die gesellschaftliche Entfaltung der Produktivkraft der Arbeit und neue Produktionskonzepte eröffnen solchen Demokratisierungsprozessen heute zumindest potenziell neue Chancen. Die Einführung und/oder Stärkung demokratischer Gestaltungs-, Mitbestimmungs- und Kontrollrechte in der privatrechtlich verfassten Sphäre der Wirtschaft kann somit neue Perspektiven erhalten. Ein solcher Prozess ist nur denkbar im Rahmen einer erneuerten keynesianischen Wirtschaftspolitik, die den ganzen Keynes zur Kenntnis nimmt und die in Europa auf Ebene der EU ansetzen müsste. Sie wäre in einem solchen Rahmen mit einer Stärkung schon vorhandener Institutionen auf den schon benannten unterschiedlichen Ebenen (von Arbeitsplatz/Betriebs/Unternehmen, Region und Gesamtwirtschaft) zu verknüpfen – einschließlich der Frage nach neuen Strukturen, etwa im Hinblick auf eine an den Interessen der Menschen und nicht vor allem an den Renditeerwartungen der Wirtschaft orientierten Gesellschaftspolitik. Neue Wirtschaftsdemokratie ist so „von unten“ wie „von oben“ zu denken und zu entwickeln. Sie zielt damit auf die Zurückdrängung zerstörerischer Konkurrenz und die Stärkung von wirtschaftlichen Kooperationsbeziehungen. Verbunden damit ist eine immer stärkere Orientierung der Ökonomie an Nachhaltigkeit und gesellschaftlichem Nutzen von Produkten und Dienstleistungen zu Lasten der immer kurzfristiger kalkulierten Verwertungslogik des immer noch herrschenden Shareholder-Kapitalismus. Neue Wirtschaftsdemokratie ist stabil nur denkbar im Rahmen einer regulierenden

³⁷ Ohne dass sie deshalb, wie mancher aus der bundesdeutschen Sicht meinen könnte, schon gleich nahezu vorrevolutionäre Verhältnisse wären. Sie beruhen schlicht auf einer anderen Beteiligungs- und Protestkultur, die ihrerseits bislang aber auch noch sehr gut mit den ja auch dort herrschenden Grundlinien neoliberal geprägter Restrukturierungen von Wirtschaft und Gesellschaft kompatibel ist.

staatlichen Wirtschaftspolitik, die statt aus der Froschperspektive einzelwirtschaftlicher Rationalität unter Gesichtspunkten gesamtwirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Rationalität betrieben wird. Diese Anforderung gilt auch gegenüber staatlicher Industrie- und Strukturpolitik. Dass dies heute in Europa mit korrespondierenden Veränderungen der Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene verbunden sein muss (vgl. Scholz u.a. 2009), liegt auf der Hand.

5. Historische Erfahrungen als Fundsachen - Global denken, lokal handeln:

Es ist an dieser Stelle für die weitere „Einkreisung“ des Themas angebracht, jedenfalls kurz auf einige besondere und für heutige neue wirtschaftsdemokratische Überlegungen bedeutsame Traditionslinien der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu sprechen zu kommen. Sie sind als mögliche Bezugspunkte praktischer Gewerkschaftspolitik heute z.T. so gut wie vergessen³⁸ oder werden, wie die Genossenschaftsbewegung oder die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen der Gewerkschaften nach den Skandalen und Firmenzusammenbrüchen seit den späten 1970er Jahren eher verdrängt.³⁹

Diese Traditionslinien bedürfen aber im Sinne des Lernens für eine Neue Wirtschaftsdemokratie einer sorgfältigen und kritischen Sichtung – nicht nur aus Gründen der Glaubwürdigkeit sondern auch deshalb, weil es geboten ist, sich der eigenen Erfahrungen zu vergewissern. Der hier vorgelegte knappe Text kann dem Anspruch einer solchen kritischen Sichtung - wie sie z. B. bereits auf einem ersten Workshop des Forums Neue Politik der Arbeit zum Thema „Mitbestimmung und Demokratisierung der

³⁸ So wurden etwa die Sozialisierungsdebatten aus der Zeit unmittelbar nach der Novemberrevolution 1918 nur einmal, zu Beginn der 1960er Jahre im Rahmen einer vom Vorstand der IG Metall einberufenen Kommission systematisch gesichtet (vgl. v. Oertzen 1976) und die Entwicklung gewerkschaftlicher Programmatik von den Neuordnungsdebatten nach 1945 bis zum Ankommen in der sozialstaatlichen institutionell verfassten industriellen Arbeitsgesellschaft der Bundesrepublik mit dem Grundsatzprogramm von 1963 interessieren zunächst einmal nur noch Historiker (vgl. Hildebrand 2010).

³⁹ Wobei zu erwähnen ist, dass die Gemeinwirtschaft in gewerkschaftlichen Bildungsunterlagen zur Mitbestimmung, als gesellschaftspolitischem Reformansatz, bis zur Mitte der 1970er Jahre noch eine erhebliche Rolle spielte und die Steuerungs- und Kontrollprobleme in den gewerkschaftseigenen Unternehmen (Neue Heimat und Coop) für die Gewerkschaften dann zu einem Mitbestimmungspolitischen Desaster wurden, an das sich später, unter den Vorzeichen des neoliberalen Roll Backs bei jedem größeren Firmenzusammenbruch in der BRD kritische Debatten über das Corporate Government unter den Bedingungen des deutschen Trennungsmodells von Vorstand und Aufsichtsrat anschloss.

Wirtschaft“ (Martens/Scholz 2009) gefordert wurde - selbstredend nicht gerecht werden. Dennoch sollen die aus unserer Sicht wichtigsten Aspekte immerhin angesprochen werden. Systematisch vertiefende Analysen kann das natürlich nicht ersetzen.

Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie

Es gibt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sehr viel weiter zurückliegende Ansätze und Bezugspunkte der Auseinandersetzungen um Macht- und Herrschaftsbeziehungen in der Produktion. Aber wir wollen hier nicht hinter die Ansätze zurückgehen, die mit Beginn der Weimarer Republik wichtig geworden sind. Historisch erfolgten mit und nach der Novemberrevolution 1918 bis heute wichtige Weichenstellungen. Die nur „halbe Revolution“ verhinderte nach weitgehend übereinstimmender Einschätzung einschlägiger Historiker (z.B. Grebing 1966 oder Klönne 1980) eine wirkliche Verankerung demokratischer Strukturen in Wirtschaft und staatlicher Verwaltung. Die damaligen Sozialisierungsdebatten⁴⁰ liefen sich fest. Von der Rätebewegung blieb das Weimarer Betriebsrätegesetz (v. Oertzen 1976). Die politische Arbeiterbewegung spaltete sich. Ihr linker Flügel glorifizierte die russische Oktoberrevolution und später die Prinzipien zentraler staatlicher Planung. Von den Räten der Revolutionszeit und den mit ihnen verknüpften Hoffnungen auf mehr direkte Demokratie, die auch in der Sowjetunion gewaltsam zurückgedrängt und zerschlagen wurden, blieben in Deutschland die Betriebsräte mit praktisch zunächst nur schwach ausgeprägten Rechten repräsentativer Interessenvertretung (Brigl-Matthiaß 1927). Das ADGB-Konzept der Wirtschaftsdemokratie war auch der Versuch, auf diese Entwicklung eine neu integrierende Antwort zu geben. Zu dessen Grenzen wurde weiter oben schon kurz Stellung genommen.

Die Beziehung von Ökonomie und Politik war nach 1945 im Nachkriegsdeutschland das zentrale Konfliktfeld. Die gewerkschaftlichen Neuordnungsvorstellungen brachen sich früh an den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Die konzeptionellen Überlegungen gewerkschaftsnaher Wissenschaftler wie V. Agartz oder H. Potthoff hatten kaum Einfluss auf die praktische gewerkschaftliche Politik (vgl. Borsdorf 1986). Die neu entstandene Weltordnung nach dem 2. Weltkrieg, in Deutschland mit der Spaltung des Landes verknüpft, dominierte auch die Auseinandersetzungen um die soziale

⁴⁰ An denen sich damals auch aufgeklärte Liberale wie Schumpeter oder Rathenau beteiligten (vgl. v. Oertzen 1976).

Ordnung der Bundesrepublik. Trotz dieser veränderten Voraussetzungen bietet das Agieren der Gewerkschaften in dieser geschichtlichen Phase nach wie vor wichtigen „Lernstoff“ auch noch für aktuelle Debatten.

Vorstellungen und Forderungen der Gewerkschaften zur Demokratisierung der Wirtschaft mündeten nach der Gründung der Bundesrepublik in unterschiedliche Formen betrieblicher Mitbestimmung, die bis heute gültig sind. Anknüpfungspunkte, Widersprüche und Grenzen der Praxis betrieblicher Mitbestimmung sind ein wichtiges Praxis-Lernfeld für jegliche neuen Überlegungen zur Wirtschaftsdemokratie, aber sie sind, wie oben dargelegt, von Wirtschaftsdemokratie zugleich auch sorgfältig zu unterscheiden.

Die Praxis der Montanmitbestimmung, mit der auf Seiten der Gewerkschaften noch Vorstellungen einer Einleitung der Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft im Wege der Verallgemeinerung ihrer Regelungen verknüpft waren, ist empirisch vielfach untersucht worden.⁴¹ Diese am stärksten entwickelte Form der Mitbestimmung war dann in vieler Hinsicht Vorbild für die Reform der Betriebsverfassung von 1972, die also zu der kurzen Aufbruchsphase sozialdemokratischer Reformpolitik gehörte. Aber die Ausweitung einer paritätischen Mitbestimmung im Aufsichtsrat auf alle Großunternehmen gelang den Gewerkschaften damals nicht. Das MitbestG'76 bedeutete so im Kern die Stärkung einer zweiten, in der Geschichte der Arbeiterbewegung immer auch schon präsenten Leitidee von Mitbestimmung: Nicht mehr der Einstieg in die demokratische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, sondern die gleichberechtigte Teilhabe im Rahmen der sozialen Demokratie prägte nun die Vorstellungen (Martens 2002, 10 - 52). Empirische Untersuchungen zeigen, dass die mit dem MitbestG' 76 gestärkten Grundmuster die seitherige Entwicklung der Mitbestimmungspraxis bis heute geprägt haben.

Das MitbestG'76 hat sich – nicht zuletzt dank des Einzugs von Gewerkschaftsvertretern - vor allem als ein Informationsgesetz“ erwiesen (Bamberg u.a. 1986. 122ff und

⁴¹ Sie war das Forschungsfeld, über das sich in der Bundesrepublik die Disziplin der Industrie und Betriebssoziologie in den 1950er Jahren konstituiert hat. Zu der bilanzierenden Forschung, auf die wir uns im folgenden stützen, und in der sich auch summarische Überblicke über diese frühe Mitbestimmungsforschung finden, vgl. insbesondere die erste von Hans-Böckler-Stiftung und DGB betriebene Bestandsaufnahmeuntersuchung zum MitbestG' 76 (Bamberg u.a. 1986) sowie einen Rückblick auf die daran anschließende Mitbestimmungsforschung an der sfs Dortmund bei Martens (2002).

221ff). Im Haupttyp unter fünf damals herausgearbeiteten Umsetzungstypen (a.a.O. 59ff) – mit gut 50% von insgesamt 45 Fallstudien – wurde der Aufsichtsrat als „soziales Gewissen in einem Nachbeschlussorgan“ charakterisiert (a.a.O.- 67-70). Das Handeln im Aufsichtsrat erwies sich als stark ritualisiert, eher konfliktfrei und – aus Sicht der Arbeitnehmervertreter – oft als „Tanz auf einem fremden Parkett“ (a.a.O. 216ff). Gewerkschaftsvertreter stellten signifikant seltener als im Bereich der Montanmitbestimmung den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden (a.a.O. 149ff).

Die gestärkten Institutionalisierungsprozesse hatten so kaum innovative Impulse auslösen können. Die Mitbestimmungspraxis stand dort, wo es aussichtsreichere Anstrengungen um Kontrolle des Vorstandshandelns gab, vielfach schon im Zeichen der Anpassung an durchaus krisenhaft erlebte Umstrukturierungsprozesse (a.a.O. 209ff). Branchenübergreifende Handlungsansätze waren ausgesprochen selten zu finden.⁴²

Die seitherige Empirie aus soziologischer Forschung beruht v. a. auf den Anhörungen im Rahmen der verschiedenen Mitbestimmungskommissionen (Kommission Mitbestimmung 1998 und zweite Biedenkopf-Kommission (Höpner 2007))⁴³ sowie auf Ergebnissen standardisierter schriftlicher Befragungen (Jürgens/Lippert 2005 und 2009).⁴⁴ Dies sind alles Untersuchungen unter dem Vorzeichen des anwachsenden

⁴² Alle diese Befunde deckten sich weitestgehend mit zeitlich parallelen Untersuchung von Gerum u.a. (1988), die anders als die Studie der sfs nicht auf Interviews und die Rekonstruktion von Handlungsprozessen gestützt war, sondern auf die Analyse von Aufsichtsratssatzungen und Geschäftsordnungen.

⁴³ Streng genommen stellen die Anhörungen der beiden Kommissionen, verknüpft mit der Einholung unterschiedlicher wissenschaftlicher Expertisen – und im Ergebnis der Arbeit der zweiten Biedenkopf-Kommission ohne die Zustimmung der Repräsentanten der Arbeitgeberseite mit dem Kommissionsbericht, das neoliberale Projekt war eben weiter vorangeschritten – natürlich keine wissenschaftlich fundierte neue Empirie bereit, sondern sie sind v. a. Ausdruck politischer Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse. Die neueren schriftlichen Befragungen von Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat waren deshalb aus Sicht der HBS, die die letzte dieser Befragungen in Auftrag gegeben hat, Versuche, eine aktuelle empirisch fundierte Analyse in die Hand zu bekommen, die dann zur Begründung einer Verteidigung des Status Quo genutzt werden könnte.

⁴⁴ Der Titel einer Auswertung der jüngsten Befragung von Jürgens/Lippert (2009) auf Basis einer Vollerhebung von Arbeitnehmervertretern in Aufsichtsräten nach dem MitbstG' 76 verweist schon im Titel: „Ansätze zur Verbesserung von Information, Kommunikation und Wissen im Aufsichtsrat“ darauf, dass das MitbestG'76, wie seinerzeit festgestellt, wesentlich ein Informationsgesetz ist. Anders ist allerdings knapp 25 Jahre nach der Bestandsaufnahmeuntersuchung der sfs der historische Kontext, in dem die Ergebnisse interpretiert werden, die hier natürlich nicht im Detail verglichen werden können. Dass Kommunikation und Information Entscheidungswissen für Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter unter den Bedingungen des MitbestG' 76 verbessern - wozu das Transparenz- und Publizitätsgesetz (TransPubG) von 2002 beigetragen haben mag, das die Unternehmen verpflichtet,

neoliberalen Rollbacks, der die Mitbestimmung bis zur Bundestagswahl 2005 unter wachsenden Druck gesetzt hat (Höpner 2004). Beide Mitbestimmungskommissionen können ihm gegenüber als Bemühungen um die Verteidigung des Status Quo angesehen werden. Konzeptionell setzt sich dabei zunehmend eine Anpassung an ein Denken in einzelwirtschaftlichen Rationalitätskriterien durch. Effizienz wird im Zeichen des Shareholder Value immer mehr zum einzig relevant erachteten Argument (kritisch Martens 1999). Und zugleich ist aus der unübersehbaren Defensive heraus seitens der gewerkschaftlichen Akteure eine deutliche Tendenz zur Ausklammerung von Widersprüchen und Grenzen aktueller Mitbestimmungspraxis nicht zu übersehen. Die Devise lautet: „Never Change a Winning System“ (Hexel 2009). Dabei ist natürlich richtig, dass die bestehende Mitbestimmungspraxis immer wieder Interventionen zum Schutz von Beschäftigten und Belegschaften ermöglicht hat. Gegenüber der Verschiebung der Kräfteverhältnisse vom „rheinischen Kapitalismus“ zum Shareholderkapitalismus war sie aber ebenso hilflos wie gewerkschaftliche Einflussfaktoren in anderen Ländern. „Die neue Zeit“ zog trotz der bestehenden Mitbestimmung gegen uns. An diesem Fakt wird der Bruch zwischen einzelbetrieblicher und gesellschaftlicher Einflussnahme in aller Schärfe deutlich. Unbeschadet dessen ist die Frage der Fortentwicklung der Mitbestimmung im Verhältnis zu einer Neuen Wirtschaftsdemokratie unverzichtbar.

Sozialstaat / Wohlfahrtsstaat

Der demokratische und soziale Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland stellt eine Synthese unterschiedlicher historischer Entwicklungslinien dar. In den ursprünglichen Formen des bürgerlichen Staates, wie er in Auseinandersetzung mit unterschiedlichen „Kronen“ des Absolutismus (und dem großgrundbesitzenden Adel) zum Schutz bürgerlichen Eigentums historisch entstanden ist, ist der soziale Schutz seiner arbeitenden Klassen alles andere als selbstverständlich. Die Existenz eines Sozialstaats und sozialstaatlicher Regelungen sind immer auch Ergebnisse, „Errungenschaften“, sozialen Widerstandes und sozialer Emanzipationskämpfe gegenüber den spontanen Herrschaftsformen der bürgerlichen Gesellschaft. Auf seine philosophischen Grundla-

transparent zu machen, in welchem Umfang sie den „Corporate-Governance-Kodex“ anwenden - steht bei Jürgens/Lippert angesichts der neoliberalen Angriffe auf die Mitbestimmung argumentativ im Vordergrund. Demgegenüber lag der Akzent in der Bestandsaufnahmeuntersuchung von 1987 noch darauf, dass das MitbestG'76, anders als die Montanmitbestimmung, eben keine wirklichen Machtverschiebungen bewirkt und keinen heilsamen Zwang zum Kompromiss gestiftet hat (vgl. Martens 2002).

gen, ideengeschichtliche Wurzeln und komplexen Entstehungsprozessen im Zuge vielfältiger sozialer Konflikte und Klassenauseinandersetzungen wurde in Kapitel 2 hingewiesen.

Wichtig ist hier festzuhalten, dass im Ergebnis des sogenannten „goldenen Jahrzehnte“ des „Fordismus“ und seiner sozialstaatlichen Prägung der Gesellschaft (Tarifautonomie, Mitbestimmung, Sozialversicherungssystemen usw.) die Masse der Bevölkerung im Einklang mit den deutschen Gewerkschaften den Staat als „ihren“ Staat betrachtete, da er eine in der Geschichte neue Qualität sozialer Sicherheit und Aufstiegsmöglichkeiten auch für die kommenden Generationen bot. Die Gewerkschaften waren ein wesentlicher Akteur dieses Prozesses. Mit ihrem DGB-Grundsatzprogramm von 1963, gewissermaßen an das Godesberger Programm der SPD anschließend, waren sie in der sozialstaatlichen Demokratie der Bundesrepublik angekommen. Das in der kurzen Blütephase sozialdemokratischer Reformpolitik so bezeichnete „Modell Deutschland“ war damit auch ihr Erfolgsmodell geworden, das es dann – spätestens nach dem noch erfolgreichen Kampf um die Einführung der 35-Stundenwoche 1985 in einer fortschreitenden Position struktureller Defensive – gegenüber dem neoliberalen Rollback zu verteidigen galt. Mit diesem Rollback und den Umdefinitionen von sozialer Gerechtigkeit und Sozialstaat im Zeichen von New Labour sind dann einige seiner – in Deutschland vermutlich ganz spezifisch ausgeprägten und nie ganz verloren gegangenen – obrigkeitsstaatlichen Merkmale wieder stärker hervorgetreten. Gewerkschaftliche Debatten und Vorschläge zu einer Reform des Sozialstaats, wie sie etwa zu Beginn der letzten Dekade im Zuge der Zukunftsdebatten der IG Metall formuliert wurden (Lessenich/Möhring-Hesse 2004, Lessenich u. a. 2005)) blieben praktisch wirkungslos. Für viele Menschen - vor allem jene, die von sozialer Exklusion betroffen oder bedroht sind – dürfte der Sozialstaat heute vor allem wieder als ein bürokratisch entfremdeter Herrschaftsapparat erlebt werden, was viele Ursachen hat. Von seinem Wesen her gehört aber die demokratische Instandsetzung des Sozialstaats, wie bereits dargelegt, entschieden mit auf die Agenda einer Debatte um eine Neue Wirtschaftsdemokratie.

Regionale Strukturpolitik / Branchenpolitik / Potenziale der Unternehmensplanung

Kapitalistische Produktionsweisen erzeugen erhebliche Ungleichgewichte auch in der regionalen Verteilung ökonomischer Potentiale. Im Kontext keynesianischer Wirt-

schaftspolitik, die als Konzept indirekter Steuerung wirtschaftlicher Prozesse interpretiert werden kann, haben sich in Europa und Deutschland unterschiedliche Ansätze regionaler Strukturpolitiken und regionaler Branchenpolitiken herausgebildet, die strukturschwache Regionen unterstützen und im volkswirtschaftlichen Kontext regionale Disparitäten ausgleichen sollten. Zu Zeiten der sozial-liberalen Koalition war dies erklärtermaßen wirtschaftspolitisches Programm. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, dass durch öffentliche Einflussnahme (über spezielle Finanzinstrumente, sowie durch eine aktive Innovations-, Arbeits- und Infrastrukturpolitik) regionale Wirtschaftsentwicklungen positiv beeinflusst werden können, die ebenfalls als Versuch indirekter Steuerung zu interpretieren wäre. Zumindest zeichnet das vom Anspruch her die Anfänge regionaler Strukturpolitik aus.⁴⁵

Heute wird diese Politik ausschließlich unter Politiken zur Verbesserung von Positionen in regionaler Standortkonkurrenzen subsumiert und ist damit vorrangig an einzelwirtschaftlichen Interessen orientiert. Sie vertritt nur noch selten einen weitergehenden politischen Gestaltungsanspruch der Angleichung von Arbeits- und Lebensbedingungen im nationalstaatlichen Rahmen. Im Zusammenhang mit Debatten über eine weitere Demokratisierung der Wirtschaft hat regionale Strukturpolitik in der Geschichte der Bundesrepublik dem entsprechend keine nennenswerte Rolle gespielt, sieht man einmal davon ab, dass zu Beginn der 1970er Jahre – parallel zu den Bestrebungen um eine Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung – immerhin auch eine gewerkschaftliche Debatte zu Investitionslenkung gegeben hat (Fleischle/Krüper 1975). Trotz einer aktuell sehr einseitigen Praxis von Strukturpolitik ist sie im Kontext von Regulierung ökonomischer Prozesse und im Hinblick auf Neue Wirtschaftsdemokratie zu untersuchen.

Die internationale Wirtschaftsentwicklung ist nach wie vor von einem erheblichen Prozess der Kapitalkonzentration und -zentralisation gekennzeichnet. Ein Aspekt dieser Entwicklung ist, dass diese Konzerne nur mittels eines ausdrücklich zu diesem Zweck entwickelten Instrumentariums zur Planung und Steuerung für ihre Wirtschaftstätigkeit geführt werden können. Hier besteht ein erheblicher Widerspruch zwischen dem Ver-

⁴⁵ Schon C. Offe und W. D. Narr (1976) zogen mit der Frage: „Was heißt hier Strukturpolitik?“ die gesellschaftspolitischen Steuerungsabsichten dieser Politik radikal in Frage und sahen in ihr eher einen „Neokorporativismus“ zur Rettung aus der Krise 1966/67, der sich widerspruchslos an Einzelwirtschaftsinteressen anpasst.

such rationaler Betriebsführung durch Planung und Steuerung bei gleichzeitigem Agieren auf letztlich unkalkulierbaren und chaotischen Märkten. Die erwähnten älteren gewerkschaftlichen Debatten um Investitionslenkung sollten, jedenfalls ihrem Anspruch nach, hieraus erste Antworten liefern. Heute stellt sich im Zeichen offenkundiger Grenzen einer reinen Marktsteuerung aber durchaus von neuem die Frage, wie dieser Widerspruch gelöst werden kann, und welche möglichen Potentiale dabei bislang nur einzelwirtschaftlich eingesetzte Instrumente der Planung und Lenkung für die gesamte Ökonomie haben könnten, wenn sie aus ihrer Orientierung an Einzelwirtschaftsinteressen herausgelöst und in wirtschaftsdemokratischer Perspektive definiert würden.

Die Vorstellung indirekter Steuerung im nationalen und regionalen volkswirtschaftlichen Kontext begründete ursprünglich auch Konzepte zur staatlichen Förderung der Industrieentwicklung durch branchenorientierte Industriepolitik, die ganz wesentlich auch als Technologie- Automations- und Arbeits- und Humanisierungspolitik, verstanden wurde. Ebenso wie in der regionalen Strukturpolitik wird Industriepolitik heute aber nur noch als staatlich gestützte Wettbewerbs- und Standortpolitik definiert, die sich allein den Markterfordernissen im internationalen Wettbewerb unterzuordnen hat. Dies ist auch das Grundverständnis der jüngeren Diskussion um Dienstleistungspolitik. Im Blick auf das „nordische Modell“ wäre staatliche Dienstleistungspolitik, v. a. im Hinblick auf den Ausbau beschäftigungsintensiver sozialer Dienstleistungen (Heintze 2008), allerdings ein wirtschaftsdemokratisch und Beschäftigungspolitisch zentral wichtiger Punkt. Und angesichts von aktuellen Branchenkrisen und ökologischen Herausforderungen ist, wie weiter oben bereits dargelegt, die Frage hoch aktuell, wie Struktur- Industriepolitik unter wirtschaftsdemokratischen Gesichtspunkten zu interpretieren und zu praktizieren wären.

Öffentliche / Kommunale Unternehmen

Ein zentrales Element neuer wirtschaftsdemokratischer Strukturen sind weiterhin öffentliche und kommunale Unternehmen, die gute Qualität öffentlicher Versorgungen und Dienstleistungen zum Ziel und Zweck haben. Sie müssen in Abhängigkeit von ihren Aufgaben steuerlich oder über den Markt solide finanziert sein – arbeiten aber nicht profitorientiert. Hohe Funktions- und Leistungsfähigkeit, wie aber auch Krisen und Versagen kennzeichnen ihre Geschichte und Arbeit in Deutschland. Aus dieser

Geschichte ist im Guten wie aus dem Schlechten für jede wirtschaftsdemokratische Debatte zu lernen.

Die Umverteilungspolitik der letzten Jahrzehnte als Resultat einer falschen Finanz- und Wirtschaftspolitik hat den öffentlichen Haushalten schwer geschadet und in vielen Bereichen zu öffentlicher Armut insbesondere in Kommunen und Gemeinden geführt. Gleichzeitig ist durch die Umverteilung im Rahmen der neoliberalen angebotsorientierten Wirtschaftspolitik eine Ansammlung von Kapital entstanden, für das ständig neue Anlagemöglichkeiten gesucht wurden. Im Ergebnis setzte eine breite Welle der Privatisierung öffentlichen Eigentums ein, um auf Kosten der Allgemeinheit neuen Kapitalgewinn zu erzielen und kurzfristig für die immer mehr geschröpften öffentlichen Kassen die Not ein wenig zu lindern. Im Kern ist diese Privatisierung eine Enteignung öffentlichen Eigentums und eine schwere Schädigung der Volkswirtschaft und der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit.

Die negativen Folgen dieser Politik liegen heute offen zu Tage und haben ein Umdenken in Richtung auf eine Re-Kommunalisierung bewirkt, dem nun aber praktisch die leeren Kassen der Kommunen entgegenstehen. Voraussetzung entsprechender praktischer Schritte zu einer Korrektur von Fehlentwicklungen sind daher auch hier grundlegende Veränderungen der übergreifenden Orientierungen staatlicher Wirtschaftspolitik. Diese Entwicklung ist unter wirtschaftsdemokratischen Gesichtspunkten von erheblicher Relevanz.

Genossenschaften und Gemeinwirtschaft

Genossenschaften als ursprüngliche Selbsthilfe und wirtschaftliche Selbstorganisationen werden in historischen Analysen (Eisenberg 1985, Novy 1984) gewöhnlich als eine „dritte Säule“ der Arbeiterbewegung bezeichnet. Insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft – der in Ostdeutschland immer noch zu einem Drittel in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaftlich organisiert ist⁴⁶ –, Konsum und Wohnen spielen sie bis heute eine Rolle, und oftmals werden sie mit dem Stichwort Wirtschaftsdemokratie in Verbindung gebracht. Ihrem Selbstverständnis und ihren tatsächlichen ökonomischen Wirken und wohl auch ihren ökonomischen Möglichkeiten nach entspricht diese Vorstellung eher nicht den Realitäten. Dennoch stellt sich auf dem historischen

⁴⁶ Vilmar/Weber (2004) sprechen für Ende 1993 von noch 1430 landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

Hintergrund ihrer Entstehung und auch ihrer späteren Entwicklung die Frage, ob und welchen Beitrag sie heute noch in einem Prozess der Demokratisierung der Ökonomie leisten können?

Zum historischen Erbe der deutschen Gewerkschaften gehören in diesem Zusammenhang, wie schon erwähnt die Gemeinwirtschaft und ihre Krise. Das Desaster der Neuen Heimat ist in seiner Bedeutung für so etwas wie einen moralischen Verschleiß der Mitbestimmungsidee als Ansatz einer weiterzielenden demokratischen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft kaum zu überschätzen. Wer heute vom gewerkschaftlichen Standpunkt über Wirtschaftsdemokratie wieder reden will, kann daher zum Thema Gemeinwirtschaft nicht schweigen. Die Be- und Verarbeitung dieses Themas steht bis heute aus – aber diese bittere Lektion ist zu studieren und es ist aus ihr zu lernen.⁴⁷

Solidarische Ökonomie, Belegschaftsinitiativen, alternative Ökonomie

Bedeutung in Theorie und Praxis hat in jüngerer Zeit, ausgehend von Lateinamerika, der Begriff „solidarische Ökonomie“ im Kontext der Folgen von Finanz- und Wirtschaftskrisen und als Gegenwehr auf die Auswirkungen rücksichtloser Liberalisierungen erlangt (Altvater/Sekler 2006). Ähnlichkeiten zur Genossenschaftsbewegung der alten deutschen Arbeiterbewegung sind unverkennbar. Das Grundverständnis der „solidarischen Ökonomie“, die auch als „economia popular“ – Ökonomie des Volkes – bezeichnet wird, geht davon aus, dass alle, die in einem Unternehmen arbeiten, auch Eigentümer der Produktionsmittel sind. Es gibt niemanden, der Besitzer und Investor ist, der nicht auch im Unternehmen arbeitet. Am Ende dieses Entwicklungsprozesses stehen als Ideal eine Verkettung aller Betriebe und damit die Durchsetzung einer hegemonialen Wirtschaftsstruktur solidarischer Ökonomie, die rücksichtlosen Konkurrenzverhältnissen die Stirn bieten soll. Anfang der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts sind die meisten Initiativen zur solidarischen Ökonomie entstanden. Über entsprechende Ansätze wird insbesondere für Mexico, Brasilien und Argentinien berichtet

⁴⁷ H. Matthöfer (1994) hat seine Erfahrungen mit den Versuchen, die Reste der Gewerkschaftsunternehmen zu retten, aufgeschrieben und auf zwei Dokumentationsseiten der FR hat seinerzeit W. D. Brüggemann nach unserer Erinnerung eine ziemlich fundierte Analyse der Geschichte der Gemeinwirtschaft geliefert. Dass im innergewerkschaftlichen Diskurs der Mantel des Schweigens über die Krise der Gemeinwirtschaft ausgebreitet wurde, ist hingegen kaum zu bestreiten.

(Müller-Platenberg 2009). In Brasilien wurden hunderte von Fabriken besetzt, wieder in Gang gebracht und gerettet. Darunter auch Betriebe bis zu 3000 Beschäftigten. Viele dieser Betriebe haben sich in nationalen Assoziationen vereinigt und Erfahrungen ausgetauscht. Nach dem Ende der Militärdiktaturen Mitte der 80er Jahre gab es Landbesetzungen, aus denen selbstverwaltete Landwirtschaftsbetriebe und Produktionsgenossenschaften wurden. Selbstverwaltete Betriebe entstanden in den Armenvierteln der Hauptstädte. Müllabfuhr und Straßenreinigung wurde von den Bewohnern übernommen und Privatunternehmen wurden abgelöst. In Argentinien sind in Folge der Wirtschaftskrise 2002 Tauschbörsen und Kooperativen als Massenphänomen entstanden. Die Tauschbörsen sind heute wieder weitgehend verschwunden, die Betriebe solidarischer Ökonomie sind dagegen weitgehend erhalten geblieben.

Neue Beispiele solidarischer Ökonomie gibt es inzwischen auch in Europa, wo es im Übrigen auch schon im Zuge der Konversionsdebatten der 1980er Jahre und vor allem verschiedener Versuche von Betriebsübernahmen eine lebhafte Debatte über wirtschaftliche und soziale Alternativen gab (Bertels/Nottenbohm 1983). In Ausnahmefällen führte der Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen auch in Deutschland zu Initiativen, in denen Belegschaften einen Betrieb übernommen und eigenverantwortlich weitergeführt haben. Nach den 1980er Jahren gibt es dafür auch in der jüngsten Vergangenheit wieder vereinzelte Beispiele (Klemisch u.a. 2010, Fachtagung 2010). Auch wenn die Verallgemeinerbarkeit derartiger Beispiele unter kapitalistischen Rahmenbedingungen stark im Zweifel steht, stellen sie doch einen erheblich veränderten betrieblichen Mikrokosmos dar, der Debatten um Chancen und Widersprüche wirtschaftsdemokratischer Vorstellungen incl. Fragen der Mitbestimmung und Beteiligung sehr bereichern kann (Duhm 1991).

In Kritik und in Abgrenzung gegenüber dem „realen Kapitalismus“ oder schlicht aus der Not geboren haben sich also immer wieder und in vielen Branchen Betriebe entwickelt, die sich ethischen Anforderungen des Wirtschaftens, sozialen, ökologischen und sonstigen „alternativen“ Anforderungen bei Produktion, Produkten und Dienstleistungen stellen und Schnittstellen zum Dritten Sektor haben. Inzwischen etablierte Branchen wie im Bereich regenerativer Energien haben hier oft ihre Wurzeln. Auch wenn mit Ausnahmen diese bunte Betriebsvielfalt die Volkswirtschaft nicht bestimmen und dominieren kann, und im Bereich der Alternativökonomie eben häufig der Aspekt eines (oft notgedrungenen) Aussteigens aus der herrschenden Konkurrenzwirtschaft we-

sentlich ist, sind sie unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftsdemokratie ein interessantes Feld. Wenn man, anknüpfend an die in Kapitel 2 formulierte Krisenanalyse, davon ausgeht, dass sich heute ziemlich grundlegend die Frage stellt, wie wir zukünftig in einer solidarischen Gesellschaft arbeiten und leben wollen, ist jedenfalls schon nachdenkenswert, was G. Notz (2004, 278) in ihrer Analyse über das Demokratiepotehtial von Alternativökonomien, selbstverwalteten Betrieben und kommunitären Lebens- und Arbeitsformen sagt, wenn sie feststellt, sie seien „ein Fenster in eine herrschaftsfreie Welt“.

6. Anspruch und Wirklichkeit oder vom Anspruch zur Wirklichkeit?

Es ging uns in unserer bisherigen Argumentation zunächst darum, unsere soziale Wirklichkeit am Beginn des 21. Jahrhunderts in ihrer Prägung durch vielschichtige Krisenentwicklungen besser zu verstehen. Mit der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise sind diese Krisenentwicklungen offen zutage getreten. Die herrschenden Eliten hat dies offenkundig gerade so unvorbereitet getroffen, wie der Ausbruch eines Vulkans die Bewohner seiner bis dahin besonders fruchtbaren Gebirgshänge. Im Gegensatz zu Naturgewalten haben wir es hier aber mit sozialen Entwicklungen zu tun. Man hätte nicht unvorbereitet sein müssen, hätte man die vorhandene Pluralität ökonomischer Analyseangebote vorher zur Kenntnis genommen, und man ist den Krisenentwicklungen nicht wie Naturgewalten ausgeliefert. Vielmehr haben wir es immer auch mit sozialen Kräfteverhältnissen zu tun, die durch soziale Bewegungen verändert werden können und zu denen Alternativen möglich sind, gedacht und gestaltet werden können. Zur sozialen Wirklichkeit gehören auch heute bereits Gegenreaktionen, Widerstand und Gegenbewegungen. Unter der Prämisse des „Global denken – lokal handeln“ schlagen wir schließlich vor in Europa und in Deutschland unter dem Begriff „Neue Wirtschaftsdemokratie“ realitätstüchtige Alternativen zu den bestehenden ökonomischen und sozialen Verhältnissen zu denken. Dazu hielten wir es für erforderlich im Blick auf die deutsche Arbeiterbewegung auf ältere Erfahrungen aus sozialen Kämpfen im Kapitalismus zurückzugreifen. Aber diese Erfahrungen sind vielfach verschüttet. Wir mussten also nach Fundsachen graben, was uns ein wenig, um diesmal das Tierreich zu bemühen, an Trüffelschweine erinnert, die versuchen, mögliche Fundstellen der Delikatesse auszumachen. Wir haben unsere Fundsachen allerdings nicht nur freigelegt, sondern auch aufbereitet und in einen Zusammenhang gebracht,

haben uns da also eher wie Köche verhalten und so eine erste – zugegeben noch weiter auszuarbeitende und nicht nur analytische, sondern zugleich auch normative – Skizze unseres Verständnisses von Neuer Wirtschaftsdemokratie entworfen. Sie bedarf der weiteren Mitarbeit Vieler. Abschließend wollen wir jetzt noch einigen Überlegungen zum Weg bzw. zum Ausgangspunkt des Weges anstellen, um vom Anspruch zur Wirklichkeit ein paar Schritte gehen zu können. – und dies insbesondere im Kreis unserer gewerkschaftlichen Kolleginnen und Kollegen.

Politische Passivität und Wirtschaftsdemokratie

Von Henry Ford stammt bereits aus den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts die Erkenntnis: „Eigentlich ist es gut, dass die Menschen unser Banken und – Währungssystem nicht verstehen. Würden sie es nämlich, so hätten wir eine Revolution vor morgen früh“. (Zitiert nach: Grandt, 2010, 5) Nichtwissen, Unverständnis und Unvorstellbarkeit der komplexen ökonomischen Prozesse, zumal in den fernen „höheren“ Sphären der Finanzwirtschaft, gehört ganz sicher mit zu den Ursachen politischer Passivität großer Teile von Bevölkerungen gegenüber von sozialen und ökonomischen Krisen. Eine Passivität, die wir heute auch wieder erleben und die man vielleicht selbst als Teil der Krise begreifen muss. Und ganz sicher ist ein Teil dieser Krise auch, dass die Gewerkschaften als Organisationen der lebendigen Arbeit es bislang noch nicht geschafft haben, die sogenannten modernen Wissensarbeiter, also diejenigen, die den jüngsten Schub finanzkapitalistischer Restrukturierung aktiv vordenken und praktisch vollziehen, in ihren Reihen in größerem Umfang zu organisieren bzw. ihnen Räume für öffentliche Selbstverständigungsprozesse anzubieten.

Unübersehbar sind dennoch unterschiedliche Formen der Selbstbehauptung und des Widerstandes der Menschen – vorherrschend individuell aber auch kollektiv – gegen die unterschiedlichen Dimensionen der globalen Krise. Gleichzeitig ist eine z. T. erhebliche Verunsicherung sowie Desorientierung vieler politischer und institutioneller Akteure zu beobachten, die sicher auch mit der oben zitierten Beobachtung von Henry Ford zu erklären sind. Wenn der Wille zu Selbstbehauptung und Widerstand sich dann eher in einem „Rette-sich-wer-kann“, in Ignoranz, Verdrängung und in einer Ab- und Ausgrenzung gegenüber anderen ausdrücken, - statt in Aufklärung, Humanität und

Solidarität - kann auf dieser Grundlage ein politisch rechtes, reaktionäres, faschistoides oder schlicht ungezielt gewalttätiges Handeln entstehen. Neben den Chancen zu politischer Subjektivierung im Sinne einer Stärkung demokratischer und sozialer Ansprüche und Rechte im Sinne einer sozialen Bürgerschaft entstehen also auch Gefahren einer Mobilisierung größerer, von sozialem Abstieg bedrohter Bevölkerungsteile von rechts.

Vorherrschend ist derzeit bei aller Unzufriedenheit und Kritik in Deutschland noch eher eine breite politische Passivität, die sich in der Hinnahme, z. T. auch der Akzeptanz der vorherrschenden Austeritätspolitik der Regierungen in Bund und Ländern in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise ausdrückt. Ergebnisse neuerer Umfragen lassen sich zwar im Sinne eines „heimatlosen Antikapitalismus“ interpretieren⁴⁸, dieser kritischen Sicht entspricht bisher aber kaum ein entsprechendes politisches Handeln.

Auch mehr Militanz und Widerstand in anderen europäischen Ländern darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine breite politische Formation gegen das Abwälzen die Folgen der Krise auf die Bürgerinnen und Bürger bisher nicht entstanden ist. Dies hat sicher auch mit dem Scheitern der großen sozialen Ideen des 19. und 20. Jahrhunderts zu tun, das heute noch Vielen jedes Denken in gesellschaftlichen Alternativen als illusionär erscheinen lässt. Dieser Tatsache muss sich ein gesellschaftskritischer Diskurs um Wirtschaftsdemokratie in aller Klarheit stellen. Bei der Konkretisierung entsprechender Forderungen für eine Neue Wirtschaftsdemokratie gilt es deshalb zum einen an konkreten Konflikten anzuknüpfen und zum anderen klar zu betonen, dass dabei nicht abstrakte Systemfragen gestellt werden, sondern dass in allen diesen Konflikten immer sehr konkret um die Verteidigung und den Ausbau des demokratischen Projekts der Moderne geht, das in den Traditionen der europäischen Aufklärung wurzelt. Insofern geht es immer primär um das Verhältnis von Wirtschaft und Demokratie, bzw. um, die (Selbst)befähigung aller BürgerInnen zu demokratischer Mitwirkung und Mitbestimmung – in der Gesellschaft, aber auch im Raum der privatrechtlich verfassten Wirtschaft, der ein Raum eminenten öffentlichen Interesses ist.

Gewerkschaften, Klassenkonflikte und Wirtschaftsdemokratie

⁴⁸ K. Dörre hat diesen Begriff bei seinem Vortrag auf der Jahrestagung des FNPA am 01./02.10. 2010 verwendet. Zu Den Befragungsergebnissen, auf die er dazu verwiesen hat, vgl. Dörre 2010, 23.

Was die Gewerkschaften in Deutschland betraf, stand im letzten Konjunkturzyklus der Kampf um „Gute Arbeit“, die Abwehr von Produktionsverlagerungen in Billiglohnländer, die Durchsetzung von „Besserstrategien“ zur Beförderung innovativer Arbeit und Beschäftigung, um Mindestlöhne sowie eine neuerliche betriebsnahe Tarifpolitik im Fokus gewerkschaftlicher Arbeitspolitik. Mit dem Ausbruch der Krise ist in den wenigen konzeptionellen gewerkschaftlichen Debatten der letzten Jahre die grundsätzliche Kritik am Shareholderkapitalismus auf stärkere Resonanz gestoßen (Kapitalismuskongresse des DGB 2009 / 10, IG Metall 2009, Huber 2010). Die Praxis gewerkschaftlicher Arbeitspolitik war hingegen durch Abwehrkämpfe gegen die drohenden Folgen der Krise geprägt, was wesentlich zum Bau von Beschäftigungsbrücken führte.

In dem Maße, wie diese Bemühungen Erfolge zeitigen - weil sie in einen überraschend starken deutschen, - nicht europäischen -Wirtschaftsaufschwung münden, - der auch durch das besonders massiven Anwachsen prekärer Beschäftigung und damit einer besonders starken Senkung der Lohnquote in Deutschland beruht - besteht die reale Gefahr, dass die Widersprüche korporatistischer Handlungsmuster und ihrer Grenzen verdrängt werden. Sahen die Gewerkschaften sich in den Konflikten am Ende des vorausgegangenen Konjunkturzyklus noch einem drohenden „anerkennungspolitischen Ausschluss“ aus den gesellschaftlichen Funktionseliten gegenüber (vgl. Urban 2008, Martens/Dechmann 2010, 76ff), erscheinen sie in der Krise nun plötzlich wieder als umworbene Kooperationspartner. Dies kann sich schnell wieder ändern. „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen“, warnt der DGB Vorsitzende Sommer auf einer DGB Demonstration am 6. November 2010 in Hannover. Auch deshalb sind Ansätze für die Suche nach grundlegenden Orientierungen, die angesichts der Krisenentwicklung bestehen dringend geboten. Nach 20 Jahren Pause brauchen die Gewerkschaften in Deutschland und auch in Europa mehr denn je eine gesellschaftliche Zukunftsdebatte.

Wirtschaftsdemokratischer Politikansätze erfordern es natürlich, ein genaueres und allgemein geteiltes Verständnis der Sache herzustellen, um die es hierbei gehen soll. Dazu ist zunächst einmal ein Bewusstsein und Wissen um das Wirken demokratisch unregulierter und unkontrollierter ökonomischer Macht und dessen Destruktivität notwendig. Ausgehend von dieser Kritik sind konkret Vorstellungen zu entwickeln, welche Verbesserungen durch jeweils erweiterte, direkte oder repräsentative Kontroll- Gestaltungsrechte erreicht werden können und sollen. Die Verdichtung unterschiedlicher

entsprechender Ansätze im Sinne ihres inneren Zusammenhangs bei der Verwirklichung und Sicherung der sozialen Bürgerschaft Aller ist, auf der handlungspraktischen Ebene, der dritte Schritt. Am konkreten Beispiel:

- Der Umstand, dass inzwischen in einem so reichen Land wie der Bundesrepublik nahezu $\frac{1}{4}$ der Erwerbstätigen im Niedriglohnbereich arbeiten müssen - unter Bedingungen der systematischen Reduktion von Lohnkosten und einer autoritären Anordnungskultur, weithin ohne gewerkschaftlichen Schutz und eine gesetzliche repräsentative Interessenvertretung durch Betriebsräte – macht Forderungen nach Mindestlöhnen und zwingend einzuhaltenden demokratischen Mitbestimmungsrechten, entsprechend den kulturellen Standards unserer demokratischen Gesellschaft eingängig.
- Auch hoch qualifizierte Beschäftigte machen inzwischen häufiger praktische, positive Erfahrungen mit gewerkschaftlicher Interessenvertretung, oder sie erfinden Gewerkschaft für sich in herausgehobenen Konflikten geradezu neu (Martens/Dechmann 2010, 56ff u.128-156). Dabei könnte es für sie aus den praktisch erfahrenen Widersprüchen zwischen „Technischer Arbeitslogik“ und „betriebswirtschaftlicher Organisationslogik“ (Vester/Teiwes-Kügler 2007) durchaus auch Impulse dafür geben, die „eigene Rolle in gegebenen Herrschaftsstrukturen“ (Krysmanski) und vorgegebenen Entwicklungslogiken neu kritisch zu durchdenken.
- Aus der Kritik an der gesetzlichen Neuordnung des Renteneintrittsalters (Rente mit 67) und der absehbar zunehmend drohenden Altersarmut für Viele folgt ebenso zwingend die Kritik an den ungebrochen wirksamen Prämissen neoliberaler Wirtschaftspolitik.
- Das in beiden Fällen zu gewärtigende Argument, untragbar hoher Kosten, legt es dann nahe, die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die neoliberalen Prämissen staatlicher, wie europäischer Wirtschaftspolitik offensiv zum Thema zu machen. Und das Austeritätsargument, der Staat müsse angesichts immenser Schulden sparen, muss endlich zu der dann ebenfalls zwingenden Gegenfrage führen, weshalb andere Staaten, etwa die skandinavischen Länder, zu solidarischeren Lösungen in der Lage sind und wo denn eigentlich hier die vollen Kassen derjenigen sind, bei denen die europäischen Staaten so immens viele Schulden angehäuft haben - trotz stetig gestiegener Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit.
- Der unübersehbare Umstand, dass die zivilisatorische Leitbranche der jüngeren industriellen Entwicklung, die Automobilindustrie in einer tiefen Krise ist (In ihrer Selbstwahrnehmung ist sie das überhaupt nicht) – einerseits aufgrund von enormen Überkapazitäten, andererseits deshalb, weil die miteinander konkurrierenden Unternehmen zwar,

zögerlich genug, nachhaltigere Automobile produzieren, sich aber als unfähig dazu erweisen, in ihrer wechselseitigen Konkurrenz ein alternatives nachhaltiges Mobilitätskonzept zu entwickeln – erfordert ein neues Denken. Das kann zu der Frage geführt werden, welche Ansätze einer unternehmensübergreifenden, demokratisch legitimierten Steuerung von Entwicklungs- und Innovationsprozessen hier wirkliche Fortschritte ermöglichen könnten.⁴⁹

Es wäre eine zentrale Aufgabe auch der Gewerkschaften als die Organisationen der lebendigen Arbeit, über die gegenwärtigen Abwehrkämpfe, in die sie gezwungen werden, hinaus - hier ein neues Zusammenhangsdenken zu befördern, für das dann auch neue Bündnisse in den Blick kommen würden. Es bedarf der Fähigkeit zur Abstraktion von konkreten Konfliktsituationen, des „Blicks über den Tellerrand“, des kollektiven Lernens über Zusammenhänge, der Verallgemeinerung. Ein praktischer Aufbruch - der neues konzeptionelles Denken ermöglicht, ist seit dem Ausbruch der neuen Weltwirtschaftskrise wieder denkbar geworden. Es gilt dafür ältere Debatten neu aufzugreifen, sich öffentlich zu vergegenwärtigen, inhaltlich zu prüfen und weiter zu entwickeln, sowie dies mit neuen Handlungsmöglichkeiten und -ansätzen zu verknüpfen.

In aktuellen Debatten, auch auf der Jahrestagung 2010 des FNPA, taucht im Zusammenhang mit der Frage danach, wer denn die geforderten tiefgreifenden Veränderungsprozesse bewerkstelligen sollte, auch die Klassenfrage in der Tradition marxistischen Denkens wieder auf (Thien 2010, Wolf 2010). Es wurde die These vertreten, dass man (1) den kapitalistischen Klassenantagonismus nur noch als bewegende Kraft eines Transformationsprozesses ohne vorgegebenes Ziel begreifen kann, (2) verstehen muss, dass auch die alte, vergangene Arbeiterbewegung nie und nirgends direktes Resultat der Lage der arbeitenden Klassen gewesen ist und dass man (3) die Konstituierung einer emanzipatorischen und transformatorischen sozialen Bewegung nur denken kann als eine Bewegung, die durch die Klassen, so wie sie in einer gegebenen sozialen Ordnung konstituiert worden sind, hindurchgehen muss.⁵⁰ Damit stellt

⁴⁹ Das Kernproblem liegt hier ja darin, dass Handeln – hier im Bereich von Forschung und Entwicklung - im Rahmen einzelwirtschaftlicher Logik (also immer aus einer „Froschperspektive“ (Zinn) im Verhältnis zu gesamtwirtschaftlichen Prozessen und kurzatmig „im Hier und Jetzt“ (Angerik 2010) systematisch auf Grenzen stößt und Probleme produziert.“

⁵⁰ Rancière (2002, 100f) formuliert hierzu sehr pointiert, dass Proletariat bei Marx für etwas stehe, was man „ein drittes Volk“ nennen könnte, „nicht ‚Souveränitätsvolk‘ oder dessen Repräsentanten, nicht Arbeitervolk/Arbeiter-Nicht-Volk und dessen Bewusstseinsbildung.(...) Proletarier war der bevorzugte Name(...) der Klasse, die keine ist.(...) Er galt

sich die Frage nach zukunftsfähigen Perspektiven und Forderungen, die über Gruppen abhängig Beschäftigter, sozialer Milieus oder Klassen und Klassenfraktionen innerhalb einer gegebenen sozialen Ordnung hinweg integrierend und mobilisierend wirken können. Unsere These ist, dass „Neue Wirtschaftsdemokratie“ hier einen bedeutsamen Stellenwert gewinnen könnte; und es sind gerade die demokratietheoretischen Wurzeln eines solchen Projekts, die in die Anfänge der großen bürgerlichen Revolutionen zurückreichen und erwarten lassen, dass es hier um ein Projekt zur Überwindung einer krisenhaften Lage gehen könnte, das bis weit in andere Bereiche der Gesellschaft als die der potenziell als Arbeiterklasse ansprechbaren Gruppen hinein integrierend und mobilisierend wirken könnte.

Die Gewerkschaften zwischen Institution und sozialer Bewegung

Politische Subjektivierung in Gestalt einer klassenübergreifenden, unterschiedliche kritische soziale Bewegungen miteinander verbindende Bewegung der Bewegungen könnte heute, bei der Formulierung neuer wirtschaftsdemokratischer Vorstellungen und Ansätze, zweifellos nur durch viele Organisationen oder Akteure entstehen und zu einem tagespolitisch bedeutsamen Thema gemacht werden. Die Gewerkschaften sind darunter selbst nur ein Akteur, allerdings einer, der für die gesellschaftspolitische Durchschlagskraft entsprechender konkreter Forderungen unverzichtbar ist. Stuttgart 21 als aktuelles Beispiel wirft andererseits ein eminent wirtschaftsdemokratisches Thema auf, das bemerkenswerte Politisierungsprozesse in Gang setzt, in denen Gewerkschaften bislang aber keine nennenswerte Rolle spielen.

Aber wir kommen hier an einen Punkt unserer Argumentation, an dem wir einige bislang nur angerissene Probleme noch einmal systematischer aufgreifen müssen. Die in Deutschland bemerkenswert erfolgreichen Institutionalisierungsprozesse im Bereich der ‚industriellen Beziehungen‘ haben bewirkt, dass gewerkschaftliche Politik heute nach wie vor an institutionellen Handlungsmustern befestigt ist, die überwiegend aus den Auseinandersetzungen der Frühphase der Bundesrepublik und der Reformperiode

als Name einer politischen Subjektivierung des Unrechts. (... und ist im Sinne der Argumentation Ranciéres in seiner Auseinandersetzung mit der politischen Philosophie d. V.) ein vorübergehender Akteur, der Augenblicke, Orte und Gelegenheiten hat. (...) Vom politischen Standpunkt aus handelt es sich (beim Proletariat d. V.) um einen spezifischen Fall des Demos, ein demokratisches Subjekt, das eine Demonstrierung seiner Macht bewerkstelligt.“

der 70er Jahre stammen. Eine Zeit, die vor dem Epochenbruch⁵¹, d.h. dem beginnenden neoliberalen Rollback liegt. In der sozialwissenschaftlichen Debatte wird diese damit verbundene Politik auch als „sekundäre Arbeitspolitik“ (s. weiter unten) bezeichnet. Damit ist in diesem Zusammenhang auch gemeint, dass mit dieser Politik gegenüber den neuen Herausforderungen keine soziale Nachhaltigkeit versprechende Lösungen durchgesetzt werden können.

Dies ist am Beispiel der institutionalisierten Mitbestimmung in Unternehmen und Betrieb leicht ersichtlich, weil diese Mitbestimmung – aus den ursprünglich intendierten wirtschaftsdemokratischen Zusammenhängen herausgelöst – immer systematisch mit der Rationalität einzelwirtschaftlichen Handelns verknüpft bleiben muss, auch da, wo sie im günstigen Fall schlimmste Auswüchse des Shareholder-Kapitalismus mildern mag. Dort, wo diese Logik einer „Froschperspektive“ gegenüber gesamtwirtschaftlichen Prozessen und Strukturen keine Problemlösungen erlaubt, enden folglich die Möglichkeiten der Mitbestimmung, wenn der Markt als Steuerungsinstrument nicht hinreicht und staatliche Wirtschaftspolitik versagt. Dies gilt aber auch für die institutionell befestigten Kernbereiche der gewerkschaftlichen Arbeitspolitik, etwa die Tarifpolitik. Trotz einer fortschreitenden Schwächung ihrer tarifpolitischen Durchsetzungsmacht hat es z. B. lange gedauert, bis alle Mitgliedsgewerkschaften im DGB die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn unterstützt haben.

Betrachten wir also das Handlungsfeld der Gewerkschaften so ist an dieser Stelle festzuhalten: Die Mitglieder und ihre Organisationen müssen sich Veränderungen stellen und sich dabei selbst verändern. Dazu bedarf es zum einen des unvoreingenommenen Nachdenkens über die gegenwärtigen Herausforderungen und über neue Zielvorstellungen, und zum anderen der Bereitschaft, neben dem Fortschreiben „sekundärer“ Arbeitspolitik aus den Hochzeiten des rheinischen Kapitalismus und des „Fordismus“ auch neue Ansätze einer „primären“ Arbeitspolitik ernsthaft zu prüfen und prak-

⁵¹ Die Debatte um den „Epochenbruch“ im Sinne tiefgreifender Umbrüche - im Zeichen neuer sozialer Bewegungen, des neoliberalen Rollbacks und der Subjektivierung, Flexibilisierung und teilweisen Entgrenzung von Arbeit, der ökologischen, und inzwischen auch politischen, Krisenentwicklungen -, die den Weg zurück zum alten „Modell Deutschland“ versperren, hat die Debatten des FNPA lange geprägt. Sie ist, zusammen mit unseren Spandauer Thesen, in unserem „Turnaround-Buch“ (Scholz u.a. 2006) gut dokumentiert (vgl. auch Wolf 2006).

tisch zu unterstützen und zu entwickeln.⁵² Und bezogen auf diese Verknüpfung von (alten und erfolgreichen) Institutionalierungsprozessen und (neuen) Ansätzen zu sozialer Bewegung - oder noch „eine Nummer kleiner“ im Blick auf die je einzelbetriebliche Ebene die Verknüpfung von repräsentativer Interessenvertretung und aktiver Beteiligung der Repräsentierten - ist dann auch festzuhalten, dass die einschlägigen wissenschaftlichen Analysen und Theorieangebote uns hier noch immer mit unzureichend bearbeiteten theoretischen Fragen konfrontieren.⁵³

Von der Emanzipation am Arbeitsplatz zur Emanzipation in der Gesellschaft - von der politischen Tagesarbeit zur Transformation?

Der Gang unserer Argumentation führt uns hier – immer noch im Blick auf gewerkschaftliche Handlungsfelder im Zusammenhang einer denkbaren Praxis von neuer Wirtschaftsdemokratie – noch einmal zurück zu den Arbeitenden selbst. Der Ausgangspunkt politischer Emanzipation oder politischer Subjektivierung im Zusammenhandeln Vieler ist in der persönliche Arbeits- und Lebenssituation, Lebenserfahrung, Lebenspraxis einer jeden, eines jeden angelegt, in seinen Kooperationsbeziehungen mit Anderen, im Verhältnis zu den gesellschaftlichen Kräften, Widersprüchen, Kulturen und historischen Prägungen, die auf das Leben des Menschen, der Menschen einwirken. Die Verarbeitung gesellschaftlicher Zusammenhänge, Entwicklungen und Widersprüche, die so je individuell, aber nicht isoliert, sondern innerhalb jeweiliger Arbeits- und Lebenszusammenhänge im Austausch mit Anderen erfolgt, kann zu den unterschiedlichsten und gegensätzlichsten sozialen und politischen Haltungen und damit gesellschaftlichen Konstellationen führen. Die Gewerkschaften sind dabei, wie wir wissen, vor allem in bestimmten sozialen Milieus gut verankert. Im Niedriglohnsektor, in dem mittlerweile fast ein Viertel der abhängig Beschäftigten arbeiten, oder auch unter den Hochqualifizierten, im Bereich der sogenannten modernen Wissensarbeit also,

⁵² Anschließend an F. O. Wolf (2001 und 2003) lassen sich „primäre“ und „sekundäre“ Arbeitspolitik vereinfachend wie folgt unterscheiden. Primäre Arbeitspolitik meint neue Handlungsansätze und Initiativen, die auf neue Problemlösungen zielen. Sie können von kleinen Gruppen/einzelnen Konflikten ausgehen, Prozesse „politischer Subjektivierung“ (Rancière 2002) auslösen und über soziale Bewegungen bis hin zu neuen Institutionalierungsprozessen führen. Sekundäre Arbeitspolitik bezeichnet alte, bereits institutionalisierte und inzwischen u.U. schon von Erosionsprozessen betroffene Muster von Arbeitspolitik. Sie sind so gesehen aus früheren Konflikten heraus entstandene Antworten auf Probleme der Vergangenheit. Das Problem besteht dann darin solche neuen und alten Muster von Arbeitspolitik produktiv miteinander zu verknüpfen (vgl. Martens 2007b)

⁵³ Gewissermaßen analog zu den politischen wie politikwissenschaftlichen Debatten zu Fragen der Rätedemokratie etwa bei H. Arendt (1974) oder P. v. Oertzen (1976), siehe dazu auch Martens (2010, 87f)

können sie hingegen nur mühsam Fuß fassen. Die Debatten über Organizing-Ansätze und „Strategic Unionism“ (Brinkmann u.a. 2008) setzen hier an. Gewerkschaftliche Handlungs- und Organisationsprobleme lassen sich auch, wie die neuere Milieu-Forschung im Anschluss an Pierre Bourdieu zeigt, in einer Doppelperspektive zum einen auf die Gewerkschaften in ihren komplexen Handlungsfeldern und zum anderen die feldspezifischen Arbeitnehmergruppen im Feld der Gewerkschaften ausdifferenzieren.⁵⁴ Dabei ist potentiell jede Haltung der Menschen und jede Handlung der Organisation politisch.

In letzter Instanz kämpfen und reiben sich alle an den unterschiedlichsten Erscheinungsformen des Gegensatzes von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, den daraus resultierenden ökonomischen Machtstrukturen und ihren Widersprüchen, und eine zentrale Herausforderung linker Politik hierbei ist, dass sie kritisch auf ein gescheitertes Projekt der Verstaatlichung der Produktion zurückblicken muss, dass aber hingegen ein Projekt der Vergesellschaftung, unter Berücksichtigung erreichter Komplexität gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse, erst noch zu entwickeln wäre⁵⁵ W.F. Haug (2008, 485) formuliert vor exakt diesem Hintergrund: „Als Linker hat man die Erfahrung (...) gemacht, vom moralischen Ruin des Sozialismus politisch mit null multipliziert worden zu sein. Doch die Kapitalismuskritik und die Perspektive solidarischer Vergesellschaftung sind dadurch nicht ausgelöscht.“

Der widersprüchliche Charakter gesellschaftlicher Produktion und die damit verwobenen sozialen und individuellen Lebenswelten schneiden sich primär am Arbeitsplatz oder auch im Ausschluss von der Lohnarbeit. Wirtschaftsdemokratie gedacht als Pro-

⁵⁴ Geiling u. a. (2008) fragen so z.B. in einer vergleichenden Analyse verschiedener Regionen, wie in Abhängigkeit ‚sozialen Felder‘, die für gewerkschaftliche Praxis von Relevanz sind, die ‚sozialen Milieus‘ der Arbeitnehmer Nähe und Distanz zur Organisation und Politik von Gewerkschaften gestalten und über welche Ressourcen die Gewerkschaften in Bezug auf solche sozialen Felder, als mit eigenen Logiken ausgestatteten Umwelten von Akteuren, verfügen. Als soziale Felder unterscheiden sie dabei die Felder: (1) der politisch-staatlichen Institutionen, (2) des Erwerbssystems, (3) der korporativen Interessenvertretung, (4) gesellschaftspolitischer Aktivitäten, (5) von Habitus bzw. Mentalitäten und Lebensstilen.

⁵⁵ J. Beerhorst (2009) hat zuletzt wieder auf die Bedeutung dieser grundlegenden Unterscheidung verwiesen. Für die Arbeiterbewegung der westlichen kapitalistischen Staaten waren entsprechende Fragen praktisch und konzeptionell in den Rätebewegungen nach dem 1. Weltkrieg z.T. relevant und sie waren in keiner Weise darauf vorbereitet, mit ihnen umzugehen. Zur Aufarbeitung der deutschen Erfahrungen, die übrigens zu Beginn der 1960er Jahre im Auftrag einer vom Vorstand der IG Metall eingesetzten Kommission erfolgte, vgl. den Anhang in v. Oertzen (1976).

zess, der entsprechend dem Charakter der gesellschaftlichen Produktion, auch zur gesellschaftlichen Aneignung führen soll, muss an den Widersprüchen der Arbeitswelt ansetzen und die Emanzipation des Menschen am Arbeitsplatz als eine wesentliche Grundlage der Emanzipation in der Gesellschaft verstehen, von hier die soziale Transformation denken. Die weitere Emanzipation und aktive Teilhabe als Bürger in außerbetrieblichen Lebenszusammenhängen (als Konsument, in der Kommune, im Bereich der Bildung usw.) kommen hinzu. Auch nur so kann dem demokratischen Anspruch des Begriffs Wirtschaftsdemokratie entsprochen werden. Wirtschaftsdemokratie „von unten“ ist deshalb unverzichtbarer Bestandteil jedes denkbaren wirtschaftsdemokratischen Konzepts.

Verbunden damit ist dann allerdings die Gefahr, auf der unmittelbaren Ebene der Arbeit zu verharren und die zwingende gesellschaftliche Dimension der Wirtschaftsdemokratie aus den Augen zu verlieren. Diese Problematik begleitet die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung seit ihrem Entstehen und wirft die Frage nach dem Charakter und den politischen Potentialen gewerkschaftlicher Politik auf. Ist es realistisch, die politische Tagesarbeit in der Perspektive ökonomisch-sozialer Transformation zu sehen, zu denken und zu entwickeln? Und reicht die Kraft dafür gerade in den Phasen großer gesellschaftlicher Umbrüche, in denen entsprechende Herausforderungen auftauchen? In Phasen, in denen vermeintliche Gewissheiten älterer Orientierungen und lange bewährte Arbeitsteilungen im Verhältnis von Einheitsgewerkschaften und politischen Parteien fragwürdig werden, schon einmal erreichte Beteiligungs- und (vornehmlich repräsentative) Mitbestimmungsrechte „unten“ von neuem bedroht sind, vorhandene Ressourcen schrumpfen, eine Erschöpfung der Repräsentanten der lebendigen Arbeit droht und die Selbstbegrenzung auf ein wie auch immer definiertes „Kerngeschäft“ nahelegt? Diese Fragen können hier nur offen zur Diskussion gestellt werden. Wir plädieren aber grundsätzlich als Fazit:

7. Die Herausforderungen annehmen

Wir sind heute mit einer globalen Krise in ihren unterschiedlichsten sich überlagernden und verstärkenden Dimension konfrontiert, die eine wirklich fortschreitende zivilisatorische Zukunftsentwicklung gefährden. Eine zentrale Ursache dieser globalen Krise sind unkontrollierbare ökonomische Macht- und Herrschaftsstrukturen des Kapitals und eine deregulierte Ökonomie, deren zentrale Aufgabe nicht die Erzeugung und weitere Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Menschen ist, sondern in der ökonomische Leistungen allein zum Zweck immer schnellerer und höherer Profitaneignung produziert werden. Die aktuelle Finanzmarktkrise hat dies in aller Deutlichkeit, Rücksichtslosigkeit und Brutalität gezeigt. Der ökonomische, soziale, kulturelle und politische Schaden ist massiv, aber der Finanzmarktkapitalismus hat sich trotz der neuen Weltwirtschaftskrise als stabiler erwiesen als zunächst von manchen, auch in den Gewerkschaften, erwartet (Urban 2009).

Doch die ökonomische Krise ist keineswegs überwunden, nicht zu sprechen von den ökologischen und politischen Krisenprozessen. Die herrschende Form der Ökonomie ist nicht zukunftsfähig. Es bedarf einer kritischen Gegenbewegung, die den allgemeinen Gebrauchswertnutzen der Ökonomie zum Ziel hat und sich als konsistenten Teil eines demokratischen Gemeinwesens begreift. Kurz, es bedarf der Durchsetzung von mehr Demokratie in der Ökonomie, um sie an den Lebens- und Kulturinteressen aller Menschen auszurichten und nicht am schnelle Geld von wenigen. Diese Herausforderung ist abstrakt richtig, nicht neu und bis heute ungelöst. Die großen historischen Gegenentwürfe zu diesen Herausforderungen des Kapitalismus im Namen des Sozialismus sind im letzten Jahrhundert gescheitert. Die Versuche seiner wohlfahrtsstaatlichen Zählung im Rahmen einer gemischten Wirtschaft, die mit dem Schub der Erfahrungen des New Deal und im Zeichen der Herausforderungen des „real existierenden Sozialismus“ nach dem Ende des zweiten Weltkriegs für einige kurze Jahrzehnte hegemonial geworden sind, wurden und werden immer noch, im Zeichen der neoliberalen Landnahme (Dörre) zersetzt. Der real existierende, finanzmarktgetriebene Kapitalismus ist dennoch nicht das Ende der Geschichte, wie die real existierende globale Krise zeigt. Ein neuer Anlauf zur Durchsetzung des Primats der Politik gegenüber der Ökonomie ist historisch zwingend notwendig. Er muss ausgehen von den in den fortgeschrittenen westlichen Gesellschaften historisch schon einmal erreichten Ansprü-

chen und Rechten einer sozialen Bürgerschaft Aller. Die Frage von Demokratie und Ökonomie rückt damit ins Zentrum humaner und sozialer Zukunftsgestaltung. Diese Herausforderung erfordert eine globale Antwort. Sie ist aber keine abstrakte Systemfrage, sondern sie zielt auf die ganz konkrete Entwicklung und Durchsetzung von verändernden Eingriffen in die herrschende ökonomische Logik. Neue Wirtschaftsdemokratie kann in diesem Sinne als zu entwickelnder Zusammenhang konkreter Übergangsforderungen verstanden werden, hin zu einem der gegenwärtigen Globalisierung im neoliberalen Geist entgegengesetzten „ganz anderen normativen Geflecht“ (Negt 2006,68) Sie setzt also nicht einfach - und gegenüber leidvollen Erfahrungen unkritisch - an der Eigentumsfrage an (wie sie mit ganz anderen Horizonten etwa auf Riffkin [access] thematisiert hat), sondern vorrangig an konkreten Fragen der Verteidigung und Ausweitung der einander wechselseitig verliehenen sozialen Bürgerrechte Aller zur Wahrnehmung und Weiterentwicklung ihrer demokratischen Ansprüche und Rechte. Es geht um nicht weniger als um die Verteidigung und Weiterentwicklung des demokratischen Projekts der Moderne, das mit den Ideen der Aufklärung und den großen bürgerlichen Revolutionen des 18. Jahrhunderts in unsere Welt gekommen ist. Es ist damals im Blick auf noch agrarisch geprägte Gesellschaften gedacht und begonnen worden. Mit unterschiedlichen Handlungsansätzen und in Herausbildung jeweiliger nationalspezifisch geprägter Traditionslinien haben die Arbeiterbewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts daran angeknüpft. Sie sind so zu wesentlichen Trägern dieses immer wieder umkämpften Projekts geworden. Die im 20. Jahrhundert durchgesetzten Vorstellungen einer sozialen Bürgerschaft, wären ohne die Kämpfe der Arbeiterbewegung nicht erfolgt, ja nicht einmal denkbar. Es gibt aber in ihrer Geschichte zugleich immer wieder Beispiele für Unterschätzungen der demokratischen Dimension des mit der europäischen Aufklärung begonnen Projekts politischer und sozialer Emanzipation.

Es handelt sich bei diesem demokratischen Projekt der Moderne aber auch um eine prinzipiell nie abgeschlossene Aufgabe, vor die jede Generation wieder neu gestellt sein wird. Der Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, Thomas Jefferson, hat das klar formuliert, und in den aktuellen Debatten um die Krise der Politik ist diese Einsicht wieder aufgegriffen worden. J. Schumacher hat 1978 diese aus der Tradition der europäischen Aufklärung heraus gestellte Herausforderung, die wir heute als Herausforderung für eine „Neue Wirtschaftsdemokratie“ verstehen, prägnant auf

den Punkt gebracht⁵⁶: „Nötig und möglich wäre eine neue, klar dargebotene Synthese von Jefferson und Marx. Was immer in Amerika schiefgegangen ist, Jeffersons *First Amendment* verschafft einem jeden aufrechten Herz und Hirn das bestmögliche gute Gewissen, ja die Pflicht zur Gedanken-, Rede- und Pressefreiheit wie in keiner anderen Verfassung. Von Marx stammt die Methode systematischer Analyse und Kritik der wirklichen Produktions- und Distributionsverhältnisse des industriellen Kapitalismus. Dabei sind seine Analysen und Ergebnisse nicht als Fertigfabrikate einzukassieren, sondern ihrerseits kritisch zu erweitern. (...) Auffallenderweise hat gerade der korporative Kapitalismus am meisten von Marx gelernt, wieso und wie sehr es im Wirtschaftlichen auf Planung ankommt – eben auf geplanten Profit.“ (Schumacher, 1978, 378f)

Die Verteidigung und Ausweitung des Projekts politischer und sozialer Emanzipation unter den heutigen Bedingungen weit fortgeschrittener Industrialisierung und Informatisierung wird aus vielen Antworten im Sinne des „global denken und lokal handeln“ bestehen müssen, was auch die Bearbeitung von Niederlagen, Fehlentwicklungen und Widersprüchen zum Zweck des Lernens beinhaltet. Entsprechende Vorstellungen können gesellschaftspolitische Durchschlagskraft nur gewinnen, wenn es gelingt, das widerständigen Denken und Handeln in den vielfältigen Anstrengungen um praktische Antworten in einen lebendigen Kommunikations- und Diskussionszusammenhang zu bringen. Der von H.-J. Urban vorgeschlagene Begriff der „Mosaiklinken“ bringt diese Anforderungen zum Ausdruck - möglicherweise aber immer noch zu eng und defensiv auf den klassischen Handlungsrahmen der „fordistischen“ Arbeiterbewegung hin gedacht.

Dieser Herausforderungen der Zeit müssen sich auch die deutschen Gewerkschaften stellen – als Beitrag für die soziale Gestaltung der Weltgesellschaft, der Weltwirtschaft. Täten sie dies nicht, so liefen sie Gefahr auf einem neoliberal vorgezeichneten Weg den Kern ihrer herkömmlichen institutionellen Leitideen aufgeben zu müssen, für die gerade in Deutschland Vorstellungen von Wirtschaftsdemokratie eine große Bedeutung hatten. Was eine solche Aufgabe der eigenen „Seele“ bedeutet, mag allen die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie im Zeichen von „New Labour vor Augen führen. Sie würden zu „Pressure groups (...) degenerieren, die im Bündnis mit Teilen

⁵⁶ Er formuliert das 1978 in einem Nachtrag zum Nachwort der 1937 im französischen Exil veröffentlichten Analyse der sich in Europa damals klar abzeichnenden Katastrophen in der Folge der Weltwirtschaftskrise von 1929.

der Wirtschaft und den jeweils favorisierten Fraktionen der politischen Klasse Partialinteressen von Mitgliedern wahrnehmen, die nur schwer mit – wie auch immer definierten – allgemeinen Interessen von abhängig Erwerbstätigen und Erwerbslosen in Einklang zu bringen sind“ (Dörre 2010b,13). K. Dörre konstatiert weiter, dass eine solche Entwicklung „hin zu stärker spezialisierten Interessenverbänden (...) zumindest in den kapitalistischen Metropolen nur schwer zu stoppen ist. (a.a.O.). Sie folgt der Logik eingeschliffener, von weiterer Erosion bedrohter, aber gerade durch die Krise auch neu belebter institutioneller Muster, und sie würde sich somit, im industriesoziologischen Jargon formuliert, pfadabhängig vollziehen – dabei aber eben nicht länger stabile Entwicklungsperspektiven eröffnen. Sie ist u. a. auch deshalb keineswegs unausweichlich vorgezeichnet. Wir befinden uns vielmehr in einer Phase tiefgreifender, epochaler Umbrüche und massiver Krisenprozesse. Die eingeschliffenen institutionellen Strategien und Mechanismen greifen nicht mehr überall. Die einmal durch sie hergestellte Ordnung wird zunehmend instabiler. Die Menschen merken dies, und neu aufbrechende soziale Konflikte zeigen, dass sich nach individuellem Rückzug und wachsender Parteienverdrossenheit auch wachsender Widerstand regt. Eine Rückbesinnung auf die eigenen Wurzeln als soziale Bewegung wird den Gewerkschaften damit als strategische Alternative nahegelegt. Die Chance, dass sie in den sozialen Konflikten, die kommen werden, neu aktivierter Bestandteil einer übergreifenden Bewegung werden können, ist gegeben. Die Zukunft ist offen und sie kann in Transformationsprozessen ohne vorgegebenes Ziel gestaltet werden. Ob dabei, im Sinne eines hayekianischen Elitendenkens, die Restauration des Untertanen bessere Zukunftsaussichten hat als, in der Tradition der europäischen Aufklärung, die Emanzipation des Menschen, ist deshalb auch keinesfalls entschieden. Dafür, wie die Antwort ausfallen wird, sind die Entscheidungen, die die Gewerkschaften in der gegenwärtigen Verzweigungssituation treffen werden, von größter Bedeutung.

Literatur

- Adolphi, W. (2010): Chinas Planwirtschaft als dialektische Aufhebung der sowjetischen, in: Das Argument, 286, 2/2010, S. 159-169
- Agamben, G. (2002) Homo Sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben, Frankfurt am Main
- Altvater, E.; Sekler, N. (2006): Solidarische Ökonomie, Hamburg
- Altvater, E. (2008): Die Finanzkrise – mehr als ein Weltmarktsgewitter, in: Das Argument 278, 5/2008, S. 490-504
- Altvater, E. (2010): Der große Krach, Münster
- Angerik, M. (2010): Nach uns ohne Öl. Auf dem Weg zu nachhaltiger Produktion, Marburg
- Arendt, H. (1967): Vita activa. Vom tätigen Leben, München-Zürich
- Arendt, H. (1974): Über die Revolution, München-Zürich
- Arendt, H. (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass, Hg. Von U. Ludz, München/Zürich
- Arendt, H. (2003): Denktagebuch (Hg. Von U. Ludz u. I. Nordmann), 2 Bände, Zürich
- Balibar, E. (2008): Die philosophischen Grundlagen des Wohlfahrtsstaats. Von der Kritik der Menschenrechte zur Kritik der sozialen Rechte, in: Lindner, U.; Nowak, J., Paust-Lassen, P. (Hg.): Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit. Frieder Otto Wolf zum 65. Geburtstag, Münster, S. 70-88
- Balibar, E. (2010): Europa: Die endgültige Krise? In: Das Argument 287/ 2010, S. 401-405
- Bamberg, U.; Bürger, M.; Mahnkopf, B.; Martens, H.; Tiemann, J. (1987): Aber ob die Karten voll ausgereizt sind...10 Jahre Mitbestimmungsgesetz 1976 in der Bilanz, Köln
- Bauman, Z. (1999): Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit, Hamburg
- Bauman, Z. (2003): Die flüchtige Moderne, Frankfurt am Main
- Beerhorst, J. (2009): Vergesellschaftung! Welche Vergesellschaftung? Über Finanzmarktkapitalismus, Krise und Demokratisierung der Wirtschaft, in: Kritische Justiz – Vierteljahrsschrift für Recht und Politik, 2/2009, S. 148-166
- Bertels, L.; Nottenbohm, H.-G. (1983) (Hg.): ...außer: Man tut es! Beiträge zu wirtschaftlichen und sozialen Alternativen, Bonn
- Biesecker, A. (2004): Arbeit und Ökologie – Thesen. In: Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg.): Arbeit in der neuen Zeit. Regulierung der Ökonomie, Gestaltung der Technik, Politik der Arbeit, Münster
- Borsdorf, U. (1982): Hans Böckler. Arbeit und Leben eines Gewerkschafters von 1875 bis 1945, Köln
- Borsdorf, U. (1986): Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung – Historische Stufen der Annäherung an den Kapitalismus, in: WSI-Mitteilungen 3/1986, S. 264-278
- Brigl-Matthias, K. (1926) Das Betriebsräteproblem, Berlin
- Brinkmann, U.; Choi, Hae-Lin; Detje, R.; Dörre, K.; Holst, H.; Karakayali, S.; Schmalstieg, C. (2008b): Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms, Wiesbaden
- Brödner, P.; Carl, F.; Heintze, C.; Oehlke, P.; Peter, G.; Zinn, K. G. (2009): Das nordische Modell – eine Alternative?, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2009
- Crouch, C. (2008): Postdemokratie, Frankfurt am Main
- Dahrendorf, W. (2009): Nach der Krise: Zurück zur protestantischen Ethik? Sechs Anmerkungen, in: Merkur Nr. 270, Mai 2009
- Decker, O.; Weißmann, M.; Kiess, J.; Brähler, E. (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Bonn
- Detje, R.; Menz, W.; Nies, S.; Sanné, G. Sauer, D.; Birken, T. (2008): Auseinandersetzungen um Betriebsschließungen - eine Bestandsaufnahme, Hamburg und München
- Dörre, K. (2010a): Wirtschaftsdemokratie – eine Bedingung individueller Emanzipation, in: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 180, 5/2010, S. 18-23
- Dörre, K. (2010b): Abschied von der intermediären Organisation? Eine Problemskizze zum Funktionswandel von Gewerkschaften und der Zukunft des sozialen Konflikts, Manuskript, vorgelegt zur 10. Jahrestagung des Forums Neue Politik der Arbeit, Berlin 01./02. 10. 2010 (www.FNPA.de)

- Dräger, K.; Wehr, A. (2010): Die EU in der Krise: „Die ewige Wiederkehr des Gleichen“, in: Klute, J. (Hg.): Jeder gegen Jeden? Die EU in der Krise, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/2010, S. 1-55
- Duhm, R. (1991): Betriebsübernahmen durch Belegschaften. Ein Blick zu unseren europäischen Nachbarn, in: Notz, G.; Heß, K.-D.; Buchholz, U.; Bühler, T. (Hg.): Selbstverwaltung in der Wirtschaft, Köln, S. 216-236
- Eisenberg, C. (1985): Frühe Arbeiterbewegung und Genossenschaften, Bonn
- Embacher, Serge (2009): Demokratie! Nein Danke? Demokratieverdross in Deutschland, Bonn
- Fach, W. (2008): Das Verschwinden der Politik, Frankfurt am Main
- Fehrmann, E. (2009): Death of a Clown. Vom langen Sterben der Einheitsgewerkschaft DGB, supplement der Zeitschrift Sozialismus 6/2009
- Fleischle, G.; Krüper, M.; (1975) Investitionslenkung. Überwindung oder Ergänzung der Marktwirtschaft?, Frankfurt a, M.
- Fukuyama, F. (1989): The End of History? In: The National Interest, No. 16, Baltimore
- Gerum; E.; Steinmann, H. Fees, W. (1988): Der mitbestimmte Aufsichtsrat, Stuttgart
- Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J.; Scholz, D.; Wolf, F. O. (2006): Spandauer Thesen. Für eine neue Politik der Arbeit in einer neuen Zeit, in: Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J.; Wolf, F.O. (Hg.) (2006): Turnaround. Strategien für eine neue Politik der Arbeit, Münster, S. 272-299
- Goeudevert, D. (2008): Das Seerosenprinzip. Wie uns die Gier ruiniert, Köln
- Goetz, A. (2004): Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie, Zürich
- Grandt, M. (2010): Der Staatsbankrott kommt, Ort?
- Grass, G.; Dahn, D.; Strasser J. (2004): In einem reichen Land. Zeugnisse des alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, München
- Grebing, H. (1966): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München
- Habermas, J. (1969): Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied und Berlin (erste Auflage 1962)
- Habermas, J. (2008): Nach dem Bankrott. Der Privatisierungswahn ist an sein Ende gekommen. Nicht der Markt sondern die Politik ist für das Gemeinwohl zuständig: Ein Gespräch mit dem Philosophen Jürgen Habermas, in: Die Zeit, Nr. 46, 06.11. 2008
- Haug, W.F. (2008): Die Krise denken, in: Das Argument 278, 5/2008, S. 283-489
- Hawking, S.; Mlodinow, L.O. (2010): Der große Entwurf, Reinbeck
- Heil, R.; Hetzel, A.(2006): Die unendliche Aufgabe – Perspektiven und Grenzen radikaler Demokratie, in: dies. (Hg.):Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie, Bielefeld, S. 7-23
- Heintze, C. (2008): Der aufhaltbare Abstieg in die polarisierte Ungleichheitsgesellschaft. Deutsche (Staats-)Anorexia und die skandinavische Alternative, Heft 120 der Pankower Vorträge, Berlin im Juni 2008 (online-Publikation unter: http://www.axeltroost.de/article/2622.cornelia_heintze_der_aufhaltbare_abstieg_in_die_ungleichheitsgesellschaft.html)
- Hexel, D. (2009a) (Hg.): Never Change a Winning System. Die Mitbestimmung von heute auf dem Erfolgsweg für morgen, Marburg
- Hildebrandt, J. (2009): Wirtschaftsprogrammatische des DGB im Spannungsfeld des kalten Krieges. Referat auf dem Workshop des Netzwerk Geschichte „Wirtschaft und Demokratie in historischer Perspektive“ am 29./30.05. 2009, Düsseldorf (Mitschrift)
- Hirschel, D.; Schulten, T., (2010): Mit Wirtschaftsdemokratie aus der Krise? Gewerkschaftliche Debatten über einen notwendigen Kurswechsel nach der Krise, Berlin (Manuskript)
- Hobshawm, E. (1996): Das Zeitalter der Extreme, Frankfurt am Main, Zürich, Wien
- Höpner, M. (2004): Unternehmensmitbestimmung unter Beschuss. Die Mitbestimmungsdebatte im Licht der sozialwissenschaftlichen Forschung, MPlfG Discussion Paper
- Höpner, M. (2007): Behutsame Modernisierung. Erste Einschätzung der Vorschläge der Biedenkopfkommission, in: Die Mitbestimmung, Heft 1+2,2007, S. 46-52
- Hörisch, F. (2010): Mehr Demokratie wagen – auch in der Wirtschaft. Die Weiterentwicklung der Unternehmensmitbestimmung in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise, in: WISO direkt, Februar 2010, S. 1-4
- Huber, B. (2010): Kurswechsel für Deutschland. Lehren aus der Krise, Frankfurt/New York

- IG Metall (2009): Aktiv aus der Krise. Gemeinsam für ein gutes Leben. Aktionsplan der IG Metall. FfM, März 2009
- Jürgens, U.; Lippert, I. (2005): Kommunikation und Wissen im Aufsichtsrat: Voraussetzungen und Kriterien guter Aufsichtsratsarbeit aus der Perspektive leitender Angestellter, Discussion Paper II 2005-301, Wissenschaftszentrum Berlin
- Jürgens, U.; Lippert, I. (2009): Ansätze zur Verbesserung von Information, Kommunikation und Wissen im Aufsichtsrat, in: Hexel, D. (Hg.): Never Change a Winning System. Erfolg durch Mitbestimmung, Marburg, S. 157-165
- Kambartel, F. (1994): Arbeit und Praxis, in: Honneth, A. (Hg.): Pathologien des Sozialen. Die Aufgaben der Sozialphilosophie, Frankfurt am Main, S. 123-139
- Keynes, J.M. (1933) Nationale Selbstgenügsamkeit, in: Mattfeldt, H. (1985): Keynes. Kommentierte Werkauswahl, Hamburg, S. 152-161.
- Klönne, A. (1980): Die Deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen, Düsseldorf-Köln
- Korflür, I.; Nettelstroth, W.; Schilling, G.; Schlette, M.; Vanseloh, A. (2010): „Besser statt billiger“ im Betrieb; WSI-Mitteilungen 2/2010, S. 109-112
- Krippendorf, E., (2001): Jefferson und Goethe, Hamburg
- Krugman, P-. (2009): Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt a. M.
- Krull, S.: Krise von Auto und Mobilität, in: Sozialismus 10/2010, S. 25-28
- Krysmanski, H.-J. (2010): Gesellschaftliche Planung und das System vernetzter Computer, in: Das Argument, 286, 2/2010, S. 195-204
- Kuda, E.; Strauß, J. (Hg.) (2002): Arbeitnehmer als Unternehmer? Herausforderungen für Gewerkschaften und berufliche Bildung, Hamburg
- Lange, H. (2009): Nachhaltigkeit als Anreiz für radikale gesellschaftliche Innovationen, Vortrag auf dem Workshop „Soziale Innovation, sfs 13.02. 2009 (Foliensatz und Mitschrift)
- Lange, H. (2010): Innovationen im politischen Prozess als Bedingungen substantieller Nachhaltigkeitsfortschritte, in: Howaldt, J.; Jacobsen, H. (Hg.): Soziale Innovation. Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma, Wiesbaden, S. 199-216
- Lessenich, S. Möhring-Hesse, M. (2004): Ein neues Leitbild für den demokratischen Sozialstaat, Expertise für die Otto-Brenner Stiftung, Berlin
- Lessenich, S., Nahles, A.; Peters, J.; Stoiltefroth u.a. (2005): Den Sozialstaat neu denken, Hamburg
- Lieb, A. (2009): Demokratie: Ein politisches und soziales Projekt? Zum Stellenwert von Arbeit in zeitgenössischen Demokratiekonzepten, Münster
- Lüthje, B. (2006): Ökonomische Modernisierung und industrielle Beziehungen im neuen chinesischen Kapitalismus, in: Das Argument, 268, 5-6/2006, S. 61-75
- Manow, P. (2008): Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation, Frankfurt am Main
- Markovits, A. (1989): Die Gewerkschaften in Gegenwart und Zukunft. Überlegungen zu einer korporatistisch orientierten Gewerkschaftsorganisation, in: IG Metall (Hg.): Solidarität und Freiheit. Internationaler Zukunftskongress 1988, Köln, S. 376-390
- Martens, H. (1999): Auslaufmodell oder Reformkonzept für die moderne Teilhabegesellschaft. Eine kritische Würdigung der Ergebnisse der neuen Kommission Mitbestimmung von Hans-Böckler-Stiftung und Bertelsmann Stiftung, in: Soziale Welt, 1/1999, S. 67 – 86
- Martens, H. (2002) Die Zukunft der Mitbestimmung beginnt wieder neu, Münster-Hamburg-London
- Martens, H., (2007a): Industriesoziologie im Aufbruch?, Herausforderungen empirischer Arbeitsforschung im Epochenbruch, Münster
- Martens, H. (2007b): Primäre und institutionalisierte Arbeitspolitik – ein zu erneuernder Zusammenhang, in: Peter, G. (Hg.): Grenzkonflikte der Arbeit. Die Herausbildung einer neuen europäischen Arbeitspolitik, Hamburg, S. 182-201
- Martens, H. (2008): Primäre und sekundäre Arbeitspolitik und Öffentlichkeit. Zum Nutzen einer analytischen Unterscheidung in der Debatte um die Revitalisierung der Gewerkschaften, in: Lidner, U.; Nowak, J.; Paust-Lassen, P. (Hg.) (2008): Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit. Frieder Otto Wolf zum 65. Geburtstag, Münster
- Martens, H. (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg

- Martens, H.; Dechmann, U. (2010): Am Ende der Deutschland AG: Standortkonflikte im Kontext einer neuen Politik der Arbeit, Münster
- Matthöfer, H. (1994): Brauchen Gewerkschaften eigene Unternehmen?, in: Krahn, K.; Peter, G.,; Skrotzki, R. (Hg.): Immer auf den Punkt. Beiträge zur Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik. Willi Pöhler zum 60. Geburtstag, Dortmund
- Mouffe, C.. (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt am Main
- Naphtali, F. (1977/1928): Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt
- Negt, O. (2006): Menschenwürde in der Arbeitswelt, in: Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J.; Wolf, F.O. (Hg.) (2006): Turnaround. Strategien für eine neue Politik der Arbeit, Münster, S. 66-77
- Negt, O.; Kluge, A. (1972): Öffentlichkeit und Erfahrung, Frankfurt am Main
- Notz, G. (2004): „Ein Fenster in die herrschaftsfreie Welt“. Das Demokratiepotential von Alternativökonomie, selbstverwalteten Betrieben und kommunitären Lebens- und Arbeitsformen – ein Positionsbeitrag, in: Weber, G.; Pasqualoni, P.-P.; Burtscher, C. (Hg.): Wirtschaft, Demokratie und soziale Verantwortung, Göttingen, S. 265-280
- Novy, K. (1984): Genossenschaftsbewegung und Arbeiterbewegung, in: Lern- und Arbeitsbuch Deutsche Arbeiterbewegung Bd. III, Bonn
- Novy, K.; Uhlig, G. (1984): „Wirtschaftsarchäologische“ Bemühungen zur Vielfalt verschütteter Formen der Gegenökonomie, in: Wagner, H.G. (Hg.): Demokratisierung der Wirtschaft. Möglichkeiten und im Kapitalismus, Frankfurt/Main New York
- Oertzen, P. v. (1976) Betriebsräte in der Novemberrevolution ((2. erweiterte Auflage) Berlin .Bonn-Bad Godesberg (Erstaufgabe Düsseldorf 1963)
- Offe, C.; Narr, W. D. (1976): Was heißt hier Strukturpolitik? In: Technologie und Politik. Das Magazin zur Wachstumskrise, Reinbeck bei Hamburg, S. 5-26
- O'Rourke, K.; Eichengreen, B. in „Die Zeit“ 16.04. 2009 (www.zeit.de/online/2009/16/bg-krise?2)
- Peter, G. (2009b): Wirtschaftsdemokratie und Arbeitsgestaltung – Neuinterpretation und Aktualität des HdA-Programms, in: Schröder, L.; Urban, H.-J (Hg.): Gute Arbeit. Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften, Ausgabe 2010, Frankfurt a. M., S. 54-65:
- Rancière, J. (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt am Main
- Reuter, E. (2010): Die Stunde der Heuchler – wie Politik und Wirtschaft uns zum Narren halten, Berlin
- Roesler, J. (2010a): Der schwierige Weg in eine solidarische Wirtschaft. Historische Erfahrungen aus Weltwirtschaftskrise und New Deal, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/2010
- Roesler, J., (2010b): Sozialistische Planung in einer solidarischen Ökonomie: Der Weg zum Ziel aus wirtschaftshistorischer Sicht, in: Das Argument, 2/2010, S. 170-180
- Redaktion Sozialismus (2010): Atomkraft? Ja bitte! Die schwarz-gelbe Energie-Planwirtschaft, in: Sozialismus 10/2010, S. 22-24
- Scholz, D. (2009): Vorwort: Den Freiheitsbegriff wieder in Besitz nehmen. Gewerkschaften vor neuen Herausforderungen, in: Neuendorff, H.; Peter, G.,; Wolf, F. O. (Hg.): Arbeit und Freiheit im Widerspruch? Bedingungsloses Grundeinkommen – ein Modell im Meinungsstreit, Hamburg, S. 7-9
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Reitzig, J.; Peter, G.; Wolf, F.O., (2005/2006): Spandauer Thesen: Eine neue Politik der Arbeit für eine neue Zeit, www.forum-neue-politik-der-arbeit.de, veröffentlicht in: Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J.; Wolf, F.O. (Hg.) (2006): Turnaround. Strategien für eine neue Politik der Arbeit, Münster, S. 272-299
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J.; Wolf, F.O. (Hg.) (2006): Turnaround. Strategien für eine neue Politik der Arbeit, Münster
- Scholz, D.; Pieper, Schmidt-Hullmann, A.;Karras, A.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Wolf, F.O. (Hg.) (2009): „Europa sind wir – Gewerkschaftspolitik für ein anderes Europa“, Münster
- Schroeder, W.; Weßels, B. (2003) (Hg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Wiesbaden
- Schumacher, J. (1978/37): Dier Angst vor dem Chaos. Über die falsche Apokalypse des Bürgertums, Frankfurt am Main
- Steinbrück, P. (2010): Unterm Strich, Hamburg

- Storz, W. (2005): Der Staatspolitik Beine machen – Die Demokratie demokratisieren – Das Festland besetzen, in: Hebel, S.; Kessler, W.; Storz, W. (2005): Wider die herrschende Leere. Neue Perspektiven für Staat und Wirtschaft, Frankfurt und Oberursel, S. 161-200.
- Strasser, J. (2010): Acht Thesen zur ‚Neuen Kultur der Arbeit‘, Vortrag auf der 10. Jahrestagung des Forums Neue Politik der Arbeit, Berlin 01./02.10. 2010 (www.FNPA.de), veröffentlicht in: in Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin, Ausgabe 05, September 2010
- Streeck, W. (1981): Gewerkschaftliche Organisationsprobleme in der sozialstaatlichen Demokratie, Königstein, Taunus
- Streeck, W. (2009): Rückkehr des Staates oder Ende der Politik? Die Gesellschaft als Geisel des Marktes, in: Rüttgers, J. (Hg.): Wer zahlt die Zeche? Wege aus der Krise, Essen, S. 103-111
- Urban, H.-J. (2009): Die Mosaik-Linke, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2009, S. 71-78
- Urban, H.-J. (2009): „Der Finanzmarktkapitalismus ist stabiler als wir dachten“. Gespräch mit Hans-Jürgen Urban über strategische Herausforderungen und Defizite der Gewerkschaften
- Vester, M.; Teiwes-Kügler (2007): Unruhe in der Mitte: Die geprellten Leistungsträger des Aufschwungs, in: WSI-Mitteilungen 5/2007, S. 231-239
- Vilmar, F.; Weber, W.G. (2004): Demokratisierung und Humanisierung der Arbeit – ein Überblick, in: Weber, W.-G.; Pasqualoni, P.-P.; Burtcher, C. (Hg.) (2004): Wirtschaft, Demokratie und soziale Verantwortung. Kontinuitäten und Brüche, Göttingen, S. 105-143
- Voß, G.G.; Pongratz, J. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine Grundform der Ware Arbeitskraft, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 1; 1998, S. 131-158
- Wallerstein, I. (2010): Krise des kapitalistischen Systems – und was jetzt? In: Wallerstein, I.; Müller, H. (2010): Systemkrise: Und was jetzt? Utopistische Analysen, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2010
- Wolf, F. O. (2001): „Selberausbeutung“ im Übergang wohin? - Überlegungen zur „Neuen Arbeit“ im Hinblick auf ihre gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten, in: Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F.O. (Hg.): Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit, Frankfurt am Main, S. 211- 242
- Wolf, F. O. (2006): Der „Epochenbruch“ als historisches Periodisierungsproblem: Epochenmerkmale der jüngeren Vergangenheit, in, Scholz, D. u. a. (Hg.) (2006): Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft, S. 180-192
- Wolf, F.O. (2009): Wie funktioniert europäische Politik und wie kann sie verändert werden?, in: Scholz, D.; Schmidt-Hullmann, F.; Karras, A.; Martens, H.; Paust-Lassen., P.; Pieper, W.; Wolf, F.O., (Hg.): „Europa sind wir“ – Gewerkschaftspolitik für ein anderes Europa, Münster, S. 17-39
- Wolf, F.O., (2010): Klassenkampf, Klassenherrschaft, Klassenstruktur. Zur Wiederkehr einer Problematik. Zum Sammelband von Hans-Günter Thien „Klassen im Postfordismus“, Münster 2010, Westfälisches Dampfboot, in: Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin, Ausgabe 04: Juli/August 2010
- Wolf, F. O.; Paust-Lassen, P.- (2002): Ökologie der Menschheit – Strategien der Nachhaltigen Entwicklung als Transformationsaufgabe, hgg. Vom Bildungswerk Berlin der Heinrich Böll Stiftung, Berlin
- WWF (2010): Living Planet Report 2010: Planet im Würgegriff (Download unter: www.wwf.de/presse/details/news/living_planet_report_2010_planet_im_wuergegriff.html)
- Zinn, K. G.(2007): Politische Kultur und beschäftigungspolitische Alternativen. Plädoyer für einen qualitativen Keynesianismus, in: Peter, G. (Hg.): Grenzkonflikte der Arbeit. Die Herausbildung einer neuen europäischen Arbeitspolitik, Hamburg, S. 48-76